

Isabella Weber
Antifaschistische
Wirtschaftspolitik

Maurice Höfgen
Der Osten braucht
Zukunft

Adam Tooze
Die Ökonomie des
Faschismus

Ausgabe 11
Oktober 2026
9,00€ (DE)



Surplus

Das Wirtschaftsmagazin

Die Rechten verschärfen
die Wirtschaftskrise. Doch
eine Politik für Bezahlbarkeit
kann sie stoppen.



Die Kosten des Rechtsrucks

Aktuelle Artikel, Analysen und Kolumnen auf surplusmagazin.de



Berlin hat die Wahl: Vergesellschaftung oder Barbarei

Der Senat hat die Reichen geholt und die Armen belastet. Wählt Berlin jetzt die sozialpolitische Wende? Von *Simon Zeise*



Krebs: Deutschland braucht einen radikalen Politikwechsel

Die Mitte-Parteien hängen an einer Wirtschaftspolitik der Vergangenheit und gefährden damit die Demokratie. Tom Krebs plädiert für eine radikale Kursänderung. Von *Tom Krebs*

Hendrik Wüst: grüner Reformier oder Merz-Light?

Hendrik Wüst könnte früher Kanzler werden als gedacht. Was ist von ihm wirtschaftspolitisch zu erwarten? Von *Verena Müller-Baltes*

Mecklenburg-Vorpommern: Rettet die SPD den Aufschwung?

Auch in Mecklenburg-Vorpommern könnte die AfD stärkste Kraft werden und den ökonomischen Aufschwung gefährden. Doch die SPD holt auf. Von *Daniel Stäbr*

US-Staatsanleihen: Fed und Finanzministerium ignorieren die Realität

Investoren steigen von Staats- auf Tech-Anleihen um. Fed und Finanzministerium sehen das Risiko durchaus – nur nicht ihre eigene Rolle im System. Von *Katharina Pistor*

»Blue Dot Fever«: Musikbranche in der Krise?

Die Ticketverkäufe für Konzerte brechen ein, viele Bands sagen ihre Touren ab. Was steckt hinter dem Phänomen Blue Dot Fever? Von *Isabella Caldart*



UN einigen sich auf Definition von »Killerrobotern« – aber ein Verbot will niemand

Es könnte die Basis für den ersten internationalen Vertrag zu KI im Krieg sein. Doch in Genf wird kein Verbot autonomer Waffen, sondern rote Linien für einzelne Systeme verhandelt. Von *Aya Jaff*



Städte zu Schwimmparadiesen!

Schwimmbäder bedeuten soziale Gerechtigkeit und Klimaresilienz. Ihr Aufbau sollte Teil staatlicher Missionen sein. Von *Mariana Mazzucato*

Diese und viele weitere Texte findest Du auf www.surplusmagazin.de
Folge uns auch unter [@surplusmagazin](https://www.instagram.com/surplusmagazin) auf:

Instagram

X

Threads

YouTube

Mastodon

LinkedIn

Editorial

Rechte Rezession

Gleich zweimal sind Faschisten bei den Ostwahlen stärkste Kraft geworden: in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Die Einschätzungen darüber, welche Folgen das haben wird, gehen weit auseinander. Auf der einen Seite steht die Entzauberungsthese: Die AfD werde sich an der Regierung als etwas radikalere CDU entpuppen. Auf der anderen Seite steht die Befürchtung, dass sie den Staat in Richtung eines autoritären Systems umbauen wird. In beiden Szenarien werden zuallererst Menschen mit Migrationshintergrund und queere Menschen unter einer AfD-Regierung leiden. Sie gilt es bestmöglich zu schützen.

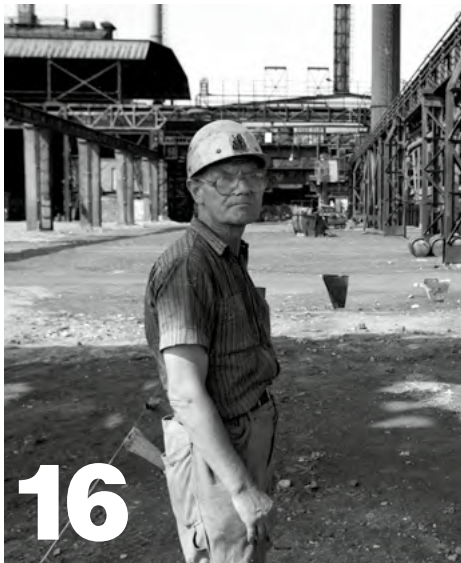
Gleichzeitig haben beide Wahlergebnisse auch eine ökonomische Dimension, auf die wir als Wirtschaftsmagazin in dieser Ausgabe den Fokus legen. Schon heute liegen Löhne, Vermögen und Renten in beiden Bundesländern deutlich unter dem Bundesschnitt. Wachsende Abstiegsängste und reale soziale Abstiege haben ihren Teil zu den Wahlergebnissen beigetragen, genauso wie die Kürzungsdebatten der vergangenen Monate. Was wir jetzt sehen, ist auch eine Folge dieser Entwicklung.

Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Elisabeth Kaiser von der SPD, erklärt deshalb im Interview mit Matthias Ubl, welche Fehler die Bundesregierung gemacht hat und wie es anders gehen könnte. *Surplus*-Herausgeberin Isabella Weber ordnet die aktuelle Lage in die Krisen der vergangenen Jahre ein und zeigt, wie eine antifaschistische Wirtschaftspolitik aussehen könnte. In Berlin ist ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern eine fortschrittliche Regierung möglich, die materielle Verbesserungen durchsetzt. Wie das gelingen könnte, zeige ich in einem Artikel über ökonomische Leuchttürme. *Surplus*-Herausgeber Maurice Höfgen untersucht, was ökonomisch ganz konkret aus einer AfD-Regierung folgt. Und *Surplus*-Herausgeber Adam Tooze zoomt heraus und fragt, inwiefern sich die neuen Faschisten von den historischen Faschismen in ökonomischer Hinsicht unterscheiden – und wo es Parallelen gibt.

Viele Erkenntnisse bei der Lektüre
Lukas Scholle



LUKAS SCHOLLE
ist Ökonom, Gründer und
Chefredakteur von *Surplus*.



Verscherbelt, zerschlagen, abgewickelt

1 Editorial

Von *Lukas Scholle*

4 Kein Antifaschismus ohne progressive Wirtschaftspolitik

Wirtschaftliche Unsicherheit, Austerität und steigende Preise haben den Aufstieg der extremen Rechten befeuert. Doch Wachstum allein reicht nicht, um sie zu bekämpfen. Von *Isabella Weber*

10 Wirtschafts- oder Migrationskrise?

Die Rechten gewinnen im Osten Wahlen, weil ökonomische Unsicherheit Menschen anfällig für ihre migrationsfeindliche Ideologie macht. Doch ihr Aufstieg ist kein ostdeutsches Problem. Von *Matthias Ubl*

11 High- und Low-Performer

Entscheidungen von Unternehmen beeinflussen Wirtschaft und Alltag. Wir zeigen eine gute und eine schlechte.

12 Der Osten braucht Zukunft

Die AfD würde die wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland nicht lösen, sondern verschärfen. Von *Maurice Höfgen*

16 Verscherbelt, zerschlagen, abgewickelt

Die Treuhand sollte DDR-Betriebe sanieren und in die Marktwirtschaft eingliedern. Am Ende wurde daraus Deindustrialisierung. Sechs Fälle, die bis heute für die Härte der Transformation stehen.

Die Kosten des Rechtsrucks

Ausgabenschwerpunkt: *Ostwahlen und neue Rechte*

18 Rechte Realpolitik

Gibt es eine rechte Realpolitik in Wirtschaftsfragen? Ein europäischer Vergleich zeigt: Die Rechten bewegen erstaunlich wenig. Von *Jonas Junack*

20 Die Ökonomie des Faschismus – damals und heute

Die ökonomischen Treiber des historischen Faschismus existieren heute nicht mehr. Was lässt sich aus dem 20. Jahrhundert lernen? Von *Adam Tooze*

25 Das sagt die Wissenschaft ...

In unserem Format »Das sagt die Wissenschaft ...« präsentieren wir die wichtigsten Studienergebnisse zum Aufstieg der Rechten.

26 Sonderwirtschaftszone Silicon Saxony

Rund um Dresden im »Silicon Saxony« entsteht ein neuer Technologieboom.

Doch wie passt die internationale Branche zum Rechtsruck in Sachsen? Von *Henrike Müller-Mahn*

32 Der Osten in Zahlen

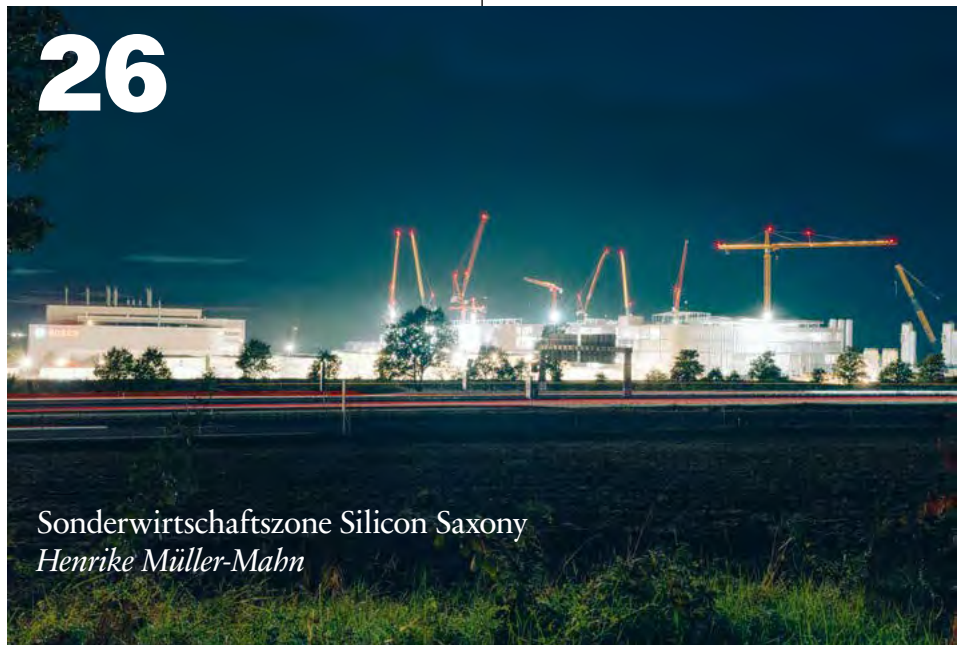
Ostdeutschland unterscheidet sich wirtschaftlich stark von Westdeutschland: ob Vermögen, Löhne, Industrie oder Kitaplätze – ein Überblick in Zahlen.

34 Wenn die Stromrechnung radikalisiert

Eine neue Studie wertet die politischen Folgen der Energiekrise von 2022/23 aus. Das Ergebnis: Mit der Stromrechnung stieg auch die AfD-Unterstützung. Von *Eva Kaiser*

36 Ostbeauftragte Kaiser: »Die Regierung hat die falschen Signale gesetzt«

Auch gegen den Reformkurs wählten viele Menschen im Osten die AfD. Die Ostbeauftragte *Elisabeth Kaiser* (SPD) erklärt im Interview mit *Matthias Ubl*, was falsch lief.



Sonderwirtschaftszone Silicon Saxony
Henrike Müller-Mahn

Wie Berlin einen progressiven
Leuchtturm schaffen kann
Lukas Scholle



42

42 Wie Berlin einen progressiven Leuchtturm schaffen kann

Rot-Grün-Rot könnte in Berlin ein Leuchtturmprojekt für ganz Europa schaffen. Doch dazu braucht es ein Transition-Team aus progressiven Technokraten. Von *Lukas Scholle*

45 Die großen Hebel

Politische Maßnahmen können das Leben der Menschen fundamental verbessern. *Kathrin Sonnenholzner, Claudia Kemfert und Ulrike Herrmann* machen Vorschläge.

46

Der Stimmungskiller des KI-Hypes

Star-Ökonom Daron Acemoglu ist einer der schärfsten Kritiker einer KI, die nur den Reichen dient. Deswegen hat der Economist eine Schmierenkampagne gegen ihn lanciert. Von *Daniel Stähr*

48

Sparpolitik ist eine Bedrohung für die EU

Überall wird die Bedeutung einer starken EU beschworen. Doch dafür braucht es eine Abkehr von der Sparpolitik. Von *Achim Truger*

50

Mazzucato: »Regierungen setzen meine Ideen falsch um.«

In ihrem neuen Buch beschreibt *Mariana Mazzucato*, wie sich Märkte auf Gemeinwohl ausrichten lassen. Im Interview mit *Lukas Scholle* erklärt sie ihre Vision.

48



Sparpolitik ist eine Bedrohung
für die EU *Achim Truger*

60



Elinor Ostrom – Das Glück der
Allmende *Leonhard Kersten*

54

Japan und Deutschland – konservative Geschwister

Japans wirtschaftliche Entwicklung ähnelt der deutschen. Gegen die Krise der Exportwirtschaft macht das Land jedoch vieles besser. Von *Patrick Kaczmarczyk*

59

Es gibt sie, die guten Nachrichten ...

Weltweit gibt es immer wieder Beispiele für wirtschaftliche Erfolge. Ob beim Klima, der Besteuerung von Superreichen oder in der Kultur – wir zeigen eine Auswahl. Von *Xenia Miller*

60

Elinor Ostrom – Das Glück der Allmende

Elinor Ostrom widerlegte die berühmte Tragödie der Allmende und erhielt als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis. Ihr Denken ist für die Frage nach den Gemeingütern zentral. Von *Leonhard Kersten*

Mitwirkende

HERAUSGEBERKREIS
Adam Tooze, Isabella Weber,
Martyna Linartas, Maurice
Höfgen

CHEFREDAKTEUR
Lukas Scholle

REDAKTION
Matthias Ubl, Xenia Miller,
Caro Rübe, Max Hauser, Patrick
Kaczmarczyk, Michelle Maier,
Ciara Cesaro-Tadic, Eva Kaiser

KOLUMNISTEN
Thomas Piketty, Mariana
Mazzucato, Luisa Neubauer,
Achim Truger, Aya Jaff

DESIGN
Markus Stumpf, Cristina Zickert

AUTORINNEN UND AUTOREN
Jonas Junack, Henrike Müller-Mahn,
Elisabeth Kaiser, Kathrin Sonnen-
holzner, Claudia Kemfert, Ulrike
Herrmann, Daniel Stähr, Leonhard
Kersten



Krise

Kein Antifaschismus ohne progressive Wirtschaftspolitik

Wirtschaftliche Unsicherheit, Austerität und steigende Preise haben den Aufstieg der extremen Rechten befeuert. Doch Wachstum allein reicht nicht, um sie zu bekämpfen. Von **Isabella Weber**



ISABELLA WEBER
ist Surplus-Herausgeberin, Professorin
für Volkswirtschaftslehre und Autorin von
»Antifaschistische Wirtschaftspolitik«



Die globale Finanzkrise kann als Kipppunkt in der Entwicklung der wirtschaftlichen Unsicherheit bezeichnet werden. In aller Welt begannen Wählerinnen und Wähler, ihre Stimme jedem zu geben, der den Status quo ablehnte, und zumeist bedeutete das, dass sie die extreme Rechte wählten. Im Jahr 2010 breitete sich die Tea-Party-Bewegung in den Vereinigten Staaten aus, und Viktor Orbán kam in Ungarn an die Macht. Im Jahr 2014 wurde Narendra Modi zum Premierminister Indiens gewählt, und bei der Europawahl belegten rechtsextreme Parteien in Frankreich (Front National) und Großbritannien (UK Independence Party) den ersten Rang. Im Jahr darauf setzte sich in Polen bei der Parlamentswahl die PiS-Partei (Prawo i Sprawiedliwość) durch. Im Jahr 2016 eroberte die extreme Rechte mit dem Brexit und Trumps Wahlsieg das Zentrum der westlichen Welt. Im selben Jahr wurde Rodrigo Duterte zum Präsidenten der Philippinen gewählt. Im Jahr 2017 zog die rechtsextreme AfD erstmals in den deutschen Bundestag ein. Ende 2018 wurde Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens gewählt.

Seit der globalen Finanzkrise haben Ökonomen und Ökonomen zahlreiche Studien zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Unsicherheit und dem Aufstieg rechtsextremer Parteien vorgelegt. Sie haben modernste empirische Techniken angewandt und ihre Ergebnisse in bekannten Publikationen vorgelegt. Sie legten neue Belege für eine alte Erklärung des Aufstiegs der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren vor: Wirtschaftliche Sorgen schüren den politischen Extremismus. In der Zwischenkriegszeit ebneten die Weltwirtschaftskrise und die ausufernde Arbeitslosigkeit den Faschisten den Weg zur Macht, vor allem dort, wo sie bereits eine politische Basis im Parlament hatten. Das Sparprogramm, das Kanzler Brüning von der Zentrumsparterie 1930–1932

durchsetzte, trieb bei der entscheidenden Wahl 1933 zahlreiche Wähler in die Arme der NSDAP. Es waren nicht in erster Linie die Arbeitslosen selbst, die Hitler wählten, sondern Menschen, die arbeiteten und trotzdem in Armut lebten, jene mit magerem Einkommen, die sich vor drohender Arbeitslosigkeit fürchteten und hofften, die Nationalsozialisten würden ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Es waren jene, die noch einen Job hatten, aber unter den gegebenen Umständen nicht auf ein Leben in Würde hoffen konnten. Die Wahlsiege der Faschisten waren Ausdruck der umfassenden Enttäuschung über die etablierten Parteien.



Buchtipps Dieser Text ist ein Auszug aus Isabella Webers neuem Buch »Antifaschistische Wirtschaftspolitik«.

Ökonomische Unsicherheit treibt den Rechtsruck

Seit einigen Jahren treibt die wirtschaftliche Unsicherheit erneut Wählerinnen und Wähler in die Arme der extremen Rechten. Im Fall Europas haben Ökonomen gezeigt, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit und den Stimmenanteilen sogenannter populistischer Parteien gibt. Das Problem ist, dass es sich dabei hauptsächlich um rechtsextreme Parteien handelt. Der Linken gelingt

es schon viel zu lange nicht, Wähler, die den Status quo ablehnen, mit einer klaren Vision der Hoffnung für die Mehrheit der Menschen auf ihre Seite zu bringen. Zur wirtschaftlichen Unsicherheit kommt der Effekt der »politischen Zwangsjacke«: Wenn die Wählerinnen und Wähler den Eindruck gewinnen, dass ihre demokratisch gewählte Regierung nicht imstande ist, sie vor schweren Schocks und Krisen zu schützen, verlieren sie das Vertrauen in die etablierte Politik und wenden sich Parteien zu, die den Status quo ablehnen. Länderstudien bestätigen den Beitrag der Arbeitslosigkeit zu dieser Entfremdung. In Schweden, das oft romantisch als Paradies der wirtschaftlichen Sicherheit verklärt wird, sind Kündigungen



Grund für ein Drittel des Stimmenzuwachses rechtsextremer Parteien. Sparmaßnahmen haben weitere Wähler dazu bewogen, sich den extremen Rechten zuzuwenden. Auch in Großbritannien wuchs infolge der Kürzung der Staatsausgaben unter David Cameron die Unterstützung für die UKIP und in der Folge für den Austritt aus der EU. Der Autor eines Artikels in der *American Economic Review*, der angesehensten wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschrift, gelangte zu folgendem Schluss: »Ohne die Austeritätspolitik hätte beim Referendum möglicherweise eine Mehrheit für einen Verbleib in der EU gestimmt.«

Aber Austerität und Arbeitslosigkeit sind nicht die einzigen Gründe dafür, dass wirtschaftliche Unsicherheit rechtsextreme Kräfte stärkt. Die jahrzehntelange Politik im Interesse der Großkonzerne hat einen Nährboden für rechte Demagogie erzeugt, indem sie zu einer rasant wachsenden Ungleichheit beiträgt, die großen Teilen der Bevölkerung das Gefühl gibt, nicht dazugehören. »Wirtschaftliche Ungleichheit ist einer der besten Prädiktoren für die Erosion der Demokratie«, heißt es in einer neueren Studie. Die Deindustrialisierung, die von amerikanischen und europäischen Unternehmen vorangetrieben wird, indem sie ihre Produktion an billigere Standorte wie China verlegen, hat in Europa und den Vereinigten Staaten zum wirtschaftlichen Niedergang ganzer Regionen geführt und die extreme Rechte gestärkt. Automatisierung und Arbeitsmarktderegulierung haben vergleichbare Auswirkungen. Wirtschaftliche Ungleichheit und Ungerechtigkeit können viele Formen annehmen und ähnliche politische Effekte haben.

Wirtschaftliche Unsicherheit vertieft kulturelle Gräben und verstärkt die Ablehnung gegenüber Migranten. Dani Rodrik, der Pionierarbeit in der Erforschung der ökonomischen Gründe für den Aufstieg der extremen Rechten geleistet hat, erklärt, dass »wirtschaftliche Schocks das Gefühl der Unsicherheit verstärken und Wähler dazu bewegen können, kategorischer zwischen Insidern (»Wir«) und ethnischen, religiösen oder rassifizierten Outsidern

(»Sie«) zu unterscheiden«. Diese Unsicherheit könne dazu führen, »dass sich Wähler nach einer vergangenen Zeit des Wohlstands und der Stabilität zurücksehnen, was traditionellen kulturellen Werten neue politische Bedeutung verleiht«. Diese Sehnsucht spricht der faschistische Mythos von einer glorreichen Vergangenheit an. Ironischerweise vertieft die in der Ökonomie übliche Darstellung von Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlusten als »China-Schock« diese rassifizierte Kluft. So wird ein Gegensatz zwischen »uns« und »China« konstruiert, anstatt die Konzerne in unseren eigenen Ländern zur Rechenschaft zu ziehen, die ihre Produktion den von unseren Regierungen mitgestalteten Gesetzen der Globalisierung entsprechend in Billiglohnländer verlegt haben.

Die Spaltung der Lohnarbeitenden

Aber die wirtschaftliche Unsicherheit ist nicht gleichmäßig verteilt. Spaltungen entlang rassifizierter Unterschiede führen zur Entstehung einer »permanenten Unterschicht«, wie es der Stratifizierungsökonom Darrick Hamilton ausdrückt. Die fragile Ehe zwischen Demokratie und Kapitalismus ist in eine existenzielle Krise geraten. Im Kapitalismus leben die meisten Menschen in wirtschaftlicher Unsicherheit. Schließlich müssen die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich einen Lebensunterhalt zu verdienen, und diese Abhängigkeit vom Markt erzeugt Unsicherheit. Diese Unsicherheit wuchs über Jahrzehnte hinweg, da die Schutzwälle rund um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgerissen wurden, und wurde durch Schocks und Krisen verschärft. Das macht die Stratifizierung entlang rassifizierter Spaltungen besonders wirksam, wie Hamilton erklärt, denn die Rechte »macht sich Instabilität und das Gefühl des Verlusts zunutze. Der vertikale Statusverlust weißer Arbeitskräfte wird durch die Festigung ihres horizontalen Status gegenüber nichtweißen Arbeitskräften kompensiert.«

Nur entschlossene Maßnahmen zur Disziplinierung des Kapitals, um die materiellen Bedürfnisse und die Würde der Menschen zu



verteidigen und Defätismus und Verzweiflung durch ein Projekt des kollektiven Überlebens und der Hoffnung zu ersetzen, können die Demokratie retten. Wenn sich die Regierenden dieser Herausforderung nicht stellen, riskieren sie den Aufstieg faschistischer Kräfte. Diese Lektion lernten die antifaschistischen Ökonomen in den 1930er und 1940er Jahren. Und aus der globalen Finanzkrise müssen wir dieselbe Lehre ziehen.

Aber die Geschichte ist nicht unser Schicksal. Sie ist nie eindimensional, sie verläuft nie linear. Es gibt stets Spielraum für Brüche, für Handlungsmacht, für Veränderung. An dem Wahlabend im Jahr 2020, an dem die Amerikanerinnen und Amerikaner entschieden, wer die nächsten vier Jahre regieren sollte, hing in unserer kleinen liberalen Universitätsstadt Amherst Angst in der Luft. Als Ausländerin durfte ich nicht wählen und beschäftigte mich stattdessen mit Gartenarbeit. Ich war so nervös, dass ich mich mit einem Werkzeug schnitt. Mir ist eine kleine Narbe von jenem Tag geblieben. Die Wahlbeteiligung war die höchste seit einem Jahrhundert. Als das Ergebnis einige Tage später endlich offiziell feststand, wirkte es befreiend. Die Menschen feierten auf den Straßen. Joe Biden hatte dank einer Massenmobilisierung der Zivilgesellschaft gewonnen, die durch die »Black Lives Matter«-Proteste ausgelöst worden war, die bis dahin größte Bürgerbewegung in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Doch trotz des vorübergehenden Siegs über Trump waren die politischen Rahmenbedingungen, die ihn an die Macht gebracht hatten, korrigiert, aber nicht beseitigt worden. Nach ihrem Wahlsieg erhielten die Demokraten eine zweite Chance, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und eine antifaschistische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Aber während sie mit fiskalischen Konjunkturmaßnahmen im Wesentlichen richtig auf die Rezession in-

folge der Corona-Pandemie reagierten, versagten sie in einem Bereich, der mindestens genauso wichtig war: in der Inflationsbekämpfung. Eine hohe Inflation, angefacht durch die Pandemie und die Preispolitik der Unternehmen, verstärkte unter Bidens Präsidentschaft Ungleichheit und Unsicherheit. Das Ergebnis war ein perfekter Sturm, den die extreme Rechte zu nutzen wusste. Die zögerliche Reaktion der Regierung eröffnete ihr eine neue Chance. Und das war nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Gemäßigte Regierungen in aller Welt übernahmen die Politik der Regierung Biden, und die Folgen waren ähnlich wie in den USA.

Wie einst im 20. Jahrhundert führte der Verzicht auf Eingriffe im Interesse der Mehrheit der Menschen zum Sturz einer liberalen Regierung. Während Ernährungsunsicherheit, Obdachlosigkeit und Armut in den Vereinigten Staaten einen Höchststand erreichten, während die Preise für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie in die Höhe schossen, während die Wählerinnen und Wähler in einer Umfrage nach der anderen erklärten, ihre größte Sorge sei die Inflation, beharrten die Demokraten darauf, dass sich die

Wirtschaft erhole. Das Wirtschaftswachstum war stärker als in anderen Ländern, die Inflation sank, die Arbeitslosenrate war so niedrig wie zu kaum einem anderen Zeitpunkt im vergangenen halben Jahrhundert. Die Demokraten fällten eine verhängnisvolle Entscheidung: Anstatt sich mit der Lebenswirklichkeit der wirtschaftlichen Unsicherheit zu beschäftigen, konzentrierten sie sich im Wahlkampf im Jahr 2024 darauf, mit der günstigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu werben. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Sorgen der Menschen wurden mit einer bloßen »Vibecession«, einer »Stimmungsrezession« erklärt: Die Bürger hätten einfach nicht das richtige Gespür, verstünden die Wirtschaft nicht, verstünden die Lage nicht.

Die jahrzehntelange Politik im Interesse der Großkonzerne hat einen Nährboden für rechte Demagogie erzeugt.



Die Krise der Bezahlbarkeit

Aber wie sich herausstellte, waren den Leuten die makroökonomischen Indikatoren gleichgültig, wenn die Preise essenzieller Güter, jener Dinge, auf die sie nicht verzichten konnten, in die Höhe schossen und das Leben unbezahlbar machten. Wenn man den Leuten in einer solchen Situation sagt, dass »die Wirtschaft auf Hochtouren läuft«, vertieft das nur ihre Frustration. Sie stellen sich die naheliegende Frage: Warum fällt es mir schwer, meine Rechnungen zu bezahlen, obwohl ich den ganzen Tag arbeite? Gehöre ich denn nicht zu »der Wirtschaft«? Und wie zum Hohn jagte eine Börsenhausse die andere. Die Unternehmensgewinne stiegen ebenfalls deutlich, und Managerinnen und Manager brüsteten sich im Fernsehen mit ihren Einnahmen. Selbst jene, die sich keine großen Sorgen über ihre finanzielle Lage machen mussten, sahen für die Gesamtwirtschaft schwarz. Eine Gesellschaft, die gerade eine Pandemie überstanden hatte und zum ersten Mal seit Jahrzehnten unter Inflation litt, mit zunehmenden geopolitischen Spannungen, dem Zusammenbruch der Globalisierung und einer eskalierenden Klimakatastrophe konfrontiert war, hatte die Hoffnung verloren. Während Umfragen zeigten, dass die Konsumentinnen und Konsumenten durchaus eine Verbesserung der gegenwärtigen Wirtschaftslage wahrnahmen, blieben ihre Zukunftserwartungen niedrig.

Die Regierung versuchte, mit einem Maßnahmenpaket im Bereich Infrastruktur, dem CHIPS Act und dem Inflation Reduction Act die progressive Politik Roosevelts wiederzubeleben, aber in Wahrheit mangelte es ihr in der Auseinandersetzung mit den Unternehmen an Mut und Entschlossenheit. »Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst«, hatte Roosevelt in seiner Antrittsrede erklärt. Aber Biden schreckte – so wie Harris

in ihrem Wahlkampf im Jahr 2024 – davor zurück, die Allgemeinheit vor den Preisschocks bei essenziellen Gütern und vor Profitmacherei zu schützen, und die übrige westliche Welt folgte ihm.

Dass die Regierung vor Eingriffen zurückschreckte, lag auch daran, dass sie seitens der Ökonomen keine Rückendeckung für entschlossene Maßnahmen erhielt. Als die Inflation nach dem Ende der Pandemie im Jahr 2021 zu steigen begann, schlugen die meisten Ökonomen eine von zwei Lösungen vor: Eine Gruppe wollte abwarten und die Entwicklung beobachten, die andere wollte die Staatsausgaben kürzen. Die Anhänger von »Team Ab-

warten« sprachen sich dafür aus, die Inflation zu akzeptieren, da sie darin nur eine kleine Unebenheit auf dem Weg der Erholung sahen: Sie würde früher oder später von allein wieder sinken. Die Anhänger der Austeritätspolitik wollten die Zinsen anheben und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Beide Lager sagten zur Politik: Entscheidet euch, welches Gift ihr schlucken wollt. Natürlich war das von den Anhängern der Austerität verschriebene

Gift sehr viel schlimmer als die abwartende Haltung, aber indem man eine Inflation hinnahm, die das Leben für Millionen Menschen unbezahlbar machte, während die Konzerne Rekordgewinne einstrichen, nahm man den Menschen das letzte bisschen Vertrauen in das System. Wenn die Leute arbeiten gehen und ihren Teil des Lohnkontrakts erfüllen, während sich die Preise der Dinge, auf die sie nicht verzichten können, vervielfachen, wird der Status quo untragbar. ●

Während Konzerne
Rekordgewinne
einstrichen, wurde
das Leben für
Millionen Menschen
unbezahlbar.

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von ISABELLA
WEBER direkt ins Postfach bekommen:
surplusmagazin.de/autoren/isabella-weber



Folgen

Martyna Linartas



Folgen

Ulrich Schneider



Folgen

Mariana Mazzucato



Folgen

Patrick Kaczmarczyk



Folgen

Tom Krebs



Folgen

Heiner Flassbeck



Folgen

Philippa Sigl-Glöckner



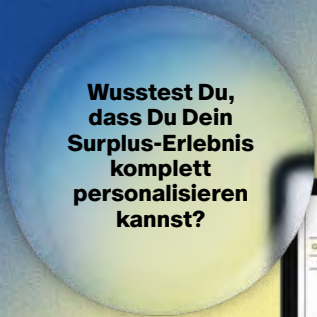
Folgen

Adam Tooze



Folgen

Marcel Fratzscher



Folgen

Isabella Weber



Folgen

Aya Jaff



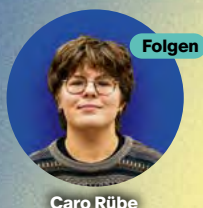
Folgen

Wolfgang M. Schmitt



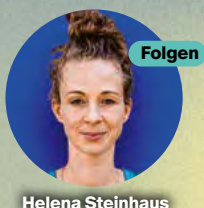
Folgen

Thomas Piketty



Folgen

Caro Rübe



Folgen

Helena Steinhaus



Folgen

Max Hauser

Lass Dich benachrichtigen, wenn es Neues von Deinen favorisierten Autorinnen und Autoren, Kolumnen oder Themen gibt.

surplusmagazin.de/autoren



Folgen

Achim Truger



Folgen

Katharina Pistor



Folgen

Anne Brorhilker



Folgen

Carmen Giovanazzi



Folgen

Lukas Scholle



Folgen

Maurice Höfgen



Folgen

Max Krahé



Folgen

Jayati Ghosh



Folgen

Luisa Neubauer



Folgen

Sebastian Dullien



Folgen

Johanna Wenckebach



Folgen

Lara Schulschenk





»Wir schaffen das« – mit diesem Diktum beschwor die Kanzlerin Angela Merkel 2015 eine humane, migrationsfreundliche Stimmung, die auch große

Teile der Bevölkerung erfasst hatte. Immer wieder wurde Merkels Haltung aus ihrer DDR-Erfahrung erklärt: Die Ostdeutschen waren über Jahrzehnte eingesperrt gewesen. Wer einmal hinter einer Mauer lebte und nur unter Lebensgefahr fliehen konnte, könne nicht wieder Grenzen schließen.

Heute ist es angesichts der ostdeutschen Geschichte umso verblüffender, dass so viele Menschen eine Partei wählen, die Migrantinnen pauschal ausweisen – und das Land anscheinend wieder einmauern will. 91 Prozent der AfD-Wählenden in Sachsen-Anhalt sagten, sie sorgten sich, weil zu viele fremde Menschen im Land seien. Doch sind die Überforderung durch Migration oder reiner Rassismus wirklich *die* ausschlaggebenden Faktoren für den Aufstieg der AfD?

Die Gegenerzählung geht so: Abstiegsängste, wirtschaftliche Not, kaputte Kommunen oder eine Daseinsvorsorge, die nicht funktioniert, verunsichern die Menschen und treiben sie nach rechts. Vieles davon ist in der Forschung mittlerweile sehr gut belegt. Doch weder die wirtschaftliche Not allein, noch die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte reichen für sich aus, um den Rechtsruck zu verstehen. Man muss sie zusammen betrachten. In Ostdeutschland zeigt sich dabei eine Entwicklung, die Lehren für die ganze Republik bietet. Zur Erinnerung: Auch in Umfragen für die Bundestagswahl ist die AfD mit Abstand stärkste Kraft.

Willkommen in der Einwanderungsgesellschaft

Blicken wir zunächst auf einige Zahlen: Die Beschäftigungsquote der Geflüchteten, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, lag in Deutschland 2024 bei 64 Prozent und hat sich damit an das durchschnittliche Niveau der Gesamtbevölkerung von 70 Prozent angenähert. Und das trotz wirtschaftlicher Dauerkrise, Lehrermangel, Kürzungen bei Integrations- und Sprachkursen. Für Ostdeutschland fallen die Werte geringer aus, sind aber auch nicht bedrohlich niedrig. Die mittlere jährliche Beschäftigungsquote in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegt bei 49 Prozent.

Selbst mit Blick auf die Fluchtmigration lässt sich also schwer behaupten, dass die Integration – vor allem in den Arbeitsmarkt – generell gescheitert ist. Gerade im Osten ist die Wirtschaft auf migrantische Arbeitende angewiesen. »Ohne ausländische Arbeitskräfte würde es schon gar nicht mehr funktionieren«, sagt etwa der Präsident des Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) in Mecklenburg-Vorpom-



Ostdeutschland

Wirtschafts- oder Migrationskrise?

Die Rechten gewinnen im Osten Wahlen, weil ökonomische Unsicherheit Menschen anfällig für ihre migrationsfeindliche Ideologie macht. Doch ihr Aufstieg ist kein ostdeutsches Problem. Von **Matthias Ubl**

mern, Lars Schwarz, gegenüber der *Welt*. »Wir sind die internationalste Branche, die es gibt.« Wie der Migrationsforscher Hein de Haas immer wieder betont, entsteht ein Großteil der Migration, weil Betriebe Arbeitskräfte suchen – und sie Menschen gezielt anwerben, manchmal informell, manchmal offiziell, manchmal politisch unterstützt. So ist es auch in Deutschland.

Und auch wenn der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern vergleichsweise gering ist, verändert Migration heute auch den Osten. Das wird vor allem im historischen Vergleich deutlich: In der DDR lebten zur Wende nur gerade einmal 200000 Ausländerinnen und Ausländer, nicht mal 1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wie der Soziologe Steffen Mau in seinem Buch *Lütten Klein* schreibt, war die DDR eine enorm homogene Gesellschaft. Zwar warb die DDR Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus Vietnam, Mosambik und Kuba an, tatsächlich lebten die Arbeitenden aus diesen Ländern jedoch oft abgeschieden, etwa in eigenen Wohnblöcken, weil die Regierung keine »Durchmi-

schung« wollte; der Spracherwerb wurde etwa nur so weit gefördert, wie es für den Arbeitsalltag nötig war. Das System war also auf Rückkehr angelegt.

Steffen Mau kommt zu dem Schluss, dass »aufgrund der jahrzehntelangen Abschottung« der »Umgang mit Fremdheit und Differenz« nicht eingeübt wurde. Denn wenn »die Anderen« immer nur als Separierte und Ausgeschlossene erlebt werden und nicht als normale Kollegen, Nachbarn und Freunde, stärkt das selbstverständlich rassistische Ressentiments. Daran kann die AfD anknüpfen.

Ökonomische Krise und das Nullsummendenden

Doch das ist nicht das ganze Bild. Denn diese Ressentiments werden oft dann politisch wirksam, wenn die Menschen subjektive oder reale Abstiegs Erfahrungen machen, biografische Brüche erleben – oder wirtschaftliche Not erleiden. Es kommt in diesem Zusammenhang zu einem weit verbreiteten Nullsummendenden, wie Oliver Nachtwey und Carolin Am-

Menschen in Ostdeutschland verdienen gut 800 Euro weniger als im Westen.

linger schreiben. Der Gedanke dahinter: »Die Gesellschaft wird vor allem als Ort von Verteilungskämpfen erlebt, in dem ich verliere, wenn jemand anderes gewinnt.« Das Soziologen-Team bezieht das direkt auf Fragen der Migration. Es gebe im Alltag sichtbar mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, und es gibt vielerorts zu wenige Wohnungen. »Das ressentimentgeladene Nullsummend Denken – von rechten Akteuren gleichermaßen instrumentell wie lustvoll befeuert – produziert die falsche Verknüpfung, Migrantinnen und Migranten seien die Ursache für die Wohnungsnot und ihr Ausschluss könne das Problem lösen.«

Migration hat also in den letzten Jahrzehnten die Gesellschaft verändert. Die deutsche Wirtschaft ist in allen möglichen Bereichen auf migrantische Arbeitskräfte angewiesen und wirbt sie informell oder offiziell an. Gleichzeitig erle-

ben wir eine Zunahme wirtschaftlicher Schocks und eine Krise der Bezahlbarkeit, die Menschen real einschränkt oder Abstiegsängste befeuert. Die Ostdeutschen treffen diese Krisen besonders hart: Menschen in Ostdeutschland verdienen gut 800 Euro weniger als im Westen. Das Durchschnittsvermögen liegt im Westen bei 182 000 Euro, im Osten gerade mal bei 88 000 Euro. Fast 30 Prozent der Ostdeutschen arbeiten im Niedriglohnbereich, wie Steffen Mau in seinem Buch *Ungleich vereint* schreibt.

Ostdeutschland hat dabei besonders viele ökonomische »Frakturen« erlebt. Durch die – man muss es so sagen – rücksichtslose Schocktherapie und den Ausverkauf der ostdeutschen Betriebe durch die Treuhand brach für viele das gewohnte gesellschaftliche Leben weg – während gleichzeitig erwartet wurde, dass man sich von heute auf morgen auf die Marktgesellschaft der Nachwendezeit einlassen sollte. In kurzer Zeit wurden mehr als 12 000 Betriebe überwiegend privatisiert und stillgelegt – ohne dabei die wirtschaftlichen Interessen der Ostdeutschen zu berücksichtigen. Die Folgen waren gravierend. Bis 1996 waren 40 Prozent der Ostdeutschen mindestens einmal arbeitslos.

Die Wunden dieses gesellschaftlichen Umbruchs sind bisher kaum verstanden. Die Studie »Wendekinder« zeigt, dass all jene, die um das Jahr 1990 herum Kinder oder Jugendliche waren, noch bis ins Jahr 2010 signifikant häufi-

ger von psychischen Belastungen betroffen waren als gleichaltrige Westdeutsche. Auch diese Transformationsgeschichte trägt dazu bei, dass Ostdeutsche besonders vulnerabel und damit ansprechbar für rechte Politik sind.

Wie hängen also Migration und ökonomische Unsicherheit zusammen, wenn es um den Aufstieg der AfD geht? Die Rechte gewinnt durch eine einfache, aber wirksame ideologische Verknüpfung: »Weil die Migrantinnen da sind, geht es euch schlechter.« Diese Ideologie verfängt aber dann am besten, wenn es den Leuten real schlecht geht: 89 Prozent der AfD-Wählenden sorgen sich darum, ihre Rechnungen nicht bezahlen zu können. 65 Prozent derjenigen, die ihre eigene finanzielle Lage als schlecht bewerten, wählten bei der Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt die AfD. Gleichzeitig verfängt diese Politik vor allem dann, wenn die anderen politischen Akteure keine glaubwürdige Zukunftsvision mehr vertreten können, die wirkliche Verbesserungen verspricht.

Sollte die aktuelle Politik keinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einschlagen, wird sie in ganz Deutschland die Krise verschärfen. Der Aufstieg der Rechten, den wir gerade im Osten sehen, droht dann bundesweit. ●

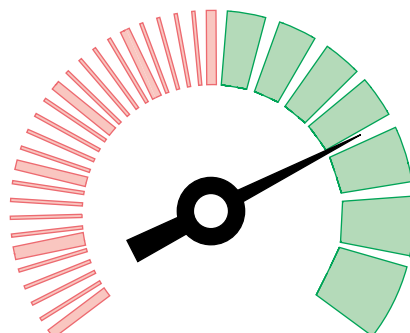
MATTHIAS UBL ist Chef vom Dienst bei Surplus. Als Journalist arbeitete er unter anderem für »Die Zeit« und die »FAZ«. Er ist Host des Podcasts »Jacobin Talks«.

High/Low Performer

Volkswagen



Zwickau sollte VWs Vorzeigewerk für die Elektromobilität werden. Die Beschäftigten stellten die Produktion vollständig auf E-Autos um – nun droht ausgerechnet ihnen der nächste Kahlschlag. Die Zahl der Beschäftigten ist bereits von rund 11 000 auf 8 000 gesunken; 2027 soll eine der beiden Fertigungslinien schließen. Und was nach 2030 mit dem Werk passiert, ist offen. Zeitweise stand sogar eine komplette Schließung im Raum. Dabei hatte VW Zwickau selbst zum Leitwerk seiner Elektrostrategie gemacht und später Modelle an andere Standorte verlagert. Die Botschaft an eine Region, die den Strukturbruch der 1990er Jahre noch immer spürt: Transformation wird verlangt – eine Zukunft garantiert sie nicht.



Entscheidungen von Unternehmen beeinflussen Wirtschaft und Alltag. Wir zeigen eine gute und eine schlechte.

Carl Zeiss



Hightech aus Jena, ohne Aktionäre, die Rendite sehen wollen: Zeiss gehört vollständig der Carl-Zeiss-Stiftung, deren Anteile nicht verkauft werden dürfen. Das Modell geht auf den Physiker und Sozialreformer Ernst Abbe zurück. Schon Ende des 19. Jahrhunderts führte er bei Zeiss Mitspracherechte, Gewinnbeteiligung, bezahlten Urlaub und den Achtstundentag ein. Bis heute verpflichtet das Stiftungsstatut das Unternehmen auf den Erhalt seiner wirtschaftlichen Substanz, die soziale Sicherung der Beschäftigten und die Förderung der Wissenschaft. Geschadet hat das offenbar nicht: Zeiss beschäftigt heute mehr als 47 000 Menschen und produziert unter anderem die weltweit führenden Lithografieoptiken für die Chipindustrie. Ein Weltmarktführer, der zeigt, dass Spitzentechnologie auch ohne Börse und private Eigentümer funktioniert.

Der Osten braucht Zukunft



MAURICE HÖFGEN
ist Ökonom, Publizist und Herausgeber
von Surplus.

Bernd Baumann hat sein Büro im Jakob-Kaiser-Haus des Bundestages. An der Wand hängen zwei Poster. Auf dem einen: der Philosoph Karl Popper. Auf dem anderen: der Ökonom Friedrich August von Hayek. Beide gelten als Ikonen des Neoliberalismus, als Verfechter eines kleinen Staates, der seine Finger aus der möglichst wenig regulierten Marktwirtschaft heraushält.

Das ist bemerkenswert. Denn Bernd Baumann ist parlamentarischer Geschäftsführer der AfD und behauptet, seine Partei sei inzwischen eine Arbeiterpartei. Hayek als Schutzpatron einer Arbeiterpartei? Das klingt zunächst

ungefähr so plausibel wie Friedrich Merz mit einem Poster von Rosa Luxemburg. Doch die Wanddekoration sagt viel über das politische Projekt der AfD. Denn hinter ihrer Arbeiterpose steckt wirtschaftspolitisch keine Politik für Beschäftigte, sondern eine Mischung aus Marktradikalismus, nationaler Abschottung und ökonomischer Selbstzerstörung.

Gerade in Ostdeutschland wäre das fatal. Dort ist die AfD besonders stark, gerade weil viele Regionen mit Problemen kämpfen, die nach der Wiedervereinigung nie wirklich gelöst wurden. Die Löhne sind noch heute niedriger, die Vermögen kleiner, die Wirtschaftsleistung schwächer. Die Renten liegen im Durchschnitt ebenfalls unter dem westdeutschen Niveau, während die Arbeitslosigkeit höher ist. Eine Zahl: Pro Kopf liegt die Wirtschaftsleistung in den östlichen Bundesländern fast ein Drittel unter der in den westlichen. Am niedrigsten ist sie in Sachsen-Anhalt – dort, wo die AfD jüngst ihr Rekordergebnis geholt hat.

Hinzu kommt ein Problem, das sich nicht mit einem Wahlplakat und auch nicht mit einer »Geburtenwende« lösen lässt: der demografische Wandel. Ganz Deutschland altert, aber Ostdeutschland besonders drastisch. Nach der Wende gingen Millionen Menschen weg, besonders junge und gut ausgebildete. Allein seit 1991 sind netto 727 000 Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren aus den ostdeutschen Ländern in den Westen gezogen.



Dieser Wanderungsverlust hat sich zwar abgeschwächt, aber hält bis heute an. Warum? Unter anderem, weil die Löhne immer noch deutlich auseinanderliegen. Im vergangenen Jahr verdienten Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland im Durchschnitt 824 Euro brutto pro Monat weniger als Beschäftigte im Westen. Wer jung ist und einen guten Job sucht, hat also weiterhin einen starken ökonomischen Anreiz, Richtung Westen zu gehen.

Gleichzeitig brachen die Geburten in Ostdeutschland in den Neunzigerjahren dramatisch ein. Das Problem ist deshalb heute doppelt sichtbar: Es fehlen die Menschen, die damals nicht geboren wurden, und viele von denen, die geboren wurden, sind später gegangen. Die Folge: Schon heute ist der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Osten deutlich geringer. Nach dem Zensus 2022 waren in den ostdeutschen Ländern ohne Berlin nur 57,5 Prozent der Bevölkerung zwischen

18 und 64 Jahre alt. Im Westen waren es 61,6 Prozent. In manchen ostdeutschen Regionen könnte die Zahl der Erwerbstätigen in den kommenden zehn Jahren außerdem um 10 bis 15 Prozent zurückgehen. Das ist keine ferne Zukunftsprognose. Das ist ein wirtschaftspolitischer Notfall.

Unternehmen brauchen Arbeitskräfte. Pflegeheime brauchen Personal. Schulen brauchen Lehrkräfte. Man könnte meinen, eine Partei, die vorgibt, sich besonders um Ostdeutschland zu sorgen, hätte dafür einen Plan. Die AfD hat tatsächlich einen. Nur würde er das Problem noch verschärfen.

Die Partei will Migration massiv begrenzen und betreibt einen politischen Kulturkampf gegen Integration. Selbst in Schulen soll Integration nach dem Willen der AfD zurückgedrängt werden. Keine Integration, keine Inklusion, keine Schulsozialarbeit. Nur: Lesen, Schreiben, Rechnen. Und zwar mit Frontalunterricht, systematischer Wiederholung und strenger Leistungskontrolle. Geflüchtete Kinder sollen separat in »Sonderklassen« unterrichtet, Mittel für Integrations- und Sprachkurse radikal gekürzt werden.

Gleichzeitig propagiert die Partei eine nationale »Geburtenwende«. In Sachsen-An-

halt zum Beispiel mit einer 2000-Euro-Geburtenprämie, einem Landeskindergehalt und Schuldenerlass bei Immobilienkrediten. Das Problem: Selbst wenn eine solche Politik funktionieren würde – was die Studienlage bei Kinderprämien nicht hergibt –, hilft ein heute geborenes Kind keinem Betrieb, der in fünf Jahren keinen Elektriker mehr findet. Im Gegenteil. Zunächst braucht ein zusätzliches Kind Betreuung, Bildung und öffentliche Infrastruktur – und muss ebenso wie Rentner von den Erwerbstätigen finanziert werden.

Eine Gesellschaft, die altert und Arbeitskräfte verliert, kann ihr Fachkräfteproblem

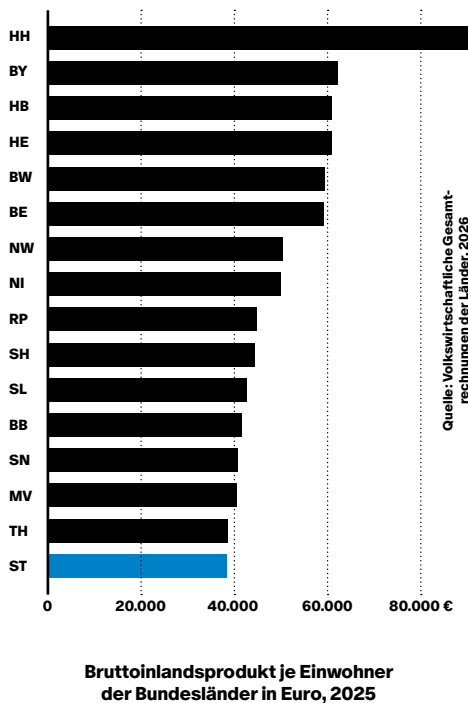
Links: AfD-Wahlkampfveranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Rechts: Ein leerer Plattenbau in Schwerin.



2,2 Mrd. Euro

beträgt die Finanzierungslücke des AfD-Wahlprogramms in Sachsen-Anhalt.

Quelle: IWH 2026



nicht lösen, indem sie diejenigen fernhält, die sofort arbeiten könnten, und gleichzeitig darauf hofft, dass in zwanzig Jahren genug neue Deutsche geboren werden. Ostdeutschland braucht Menschen im erwerbsfähigen Alter. Die AfD will weniger.

Und es geht noch weiter. Viele ostdeutsche Regionen haben bei der wirtschaftlichen Transformation eine historische Chance. Große, ländlich geprägte Regionen bieten ideale Bedingungen für den Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Brandenburg,

Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern produzieren bereits einen überdurchschnittlich hohen Anteil des deutschen Ökostroms. Und: Für energieintensive Industrien, Chipfabriken und Technologieunternehmen ist günstiger Ökostrom längst ein Standortfaktor. Am besten per Direktleitung von nebenan – ohne Netzentgelte und mit langfristiger Preissicherheit.

Doch: Die AfD kämpft gegen genau diesen Ausbau. Sie macht Windräder und Solarparks zu Feindbildern, statt zu verstehen, dass daraus ein wirtschaftlicher Vorteil entstehen kann. Andere Länder werben um Investitionen in Batterien, Chips, Wasserstoff und neue Industrie. Die AfD verspricht dagegen, die Energiepolitik in die Vergangenheit zurückzudrehen. Gas aus Russland und ein zweites (oder drittes) Leben für Kohlemeiler. Das ist ungefähr so, als hätte man in den Neunzigerjahren gesagt: Computer? Überbewertet. Wir investieren lieber in bessere Schreibmaschinen.

Besonders absurd ist der wirtschaftspolitische Kurs beim Euro. Die AfD bezeichnet ihn als instabile »Weichwährung« und fordert langfristig den Austritt aus dem Währungsraum. Auch Alice Weidel hat diese Position zuletzt im ZDF-Sommerinterview wieder offensiv vertreten. Schon der Befund ist falsch. Der Euro ist sehr wohl stabil. Abgesehen vom Energiepreisschock lag die Inflation nie weit von der Zwei-Prozent-Zielmarke entfernt. Und auch der Wechselkurs zum US-Dollar liegt heute auf demselben Niveau wie bei seiner Einführung.

Was Weidel sagt, stimmt vielleicht für den argentinischen Peso. Der hat seit 2007 mehr als 99 Prozent seines Wertes zum Dollar ver-



loren und das Land hat Hyperinflationen erlebt. Selbst Javier Milei, den sich die AfD mit seiner Kettensäge-Politik zum Vorbild nimmt, hat den Peso weiter drastisch abgewertet und die Inflation nicht unter Kontrolle (zuletzt über 30 Prozent pro Jahr).

Noch dramatischer als der falsche Befund wären aber die potenziellen Konsequenzen. Eine neue deutsche Währung würde sehr wahrscheinlich massiv aufwerten. Vielleicht 15, 20, 25 Prozent – über Nacht. Was für deutsche Urlauber zunächst angenehm klingt, wäre für die Exportwirtschaft ein Schock. Deutsche Produkte würden auf den Weltmärkten schlagartig teurer – und deshalb weniger nachgefragt. Das sollte Baumann vielleicht nochmal bei Hayek nachschlagen – Zwinker, Zwinker.

Das trifft nicht nur BMW und Mercedes. Gerade im Osten hängen ganze Regionen an der Industrie und ihren Zulieferern. Viele Automobilzulieferer kämpfen ohnehin mit sinkenden Aufträgen, Konkurrenz aus China und dem schwierigen Umbau zur Elektromobilität. Schon heute machen Schlagzeilen über den Abbau von Stellen die Runde. Eine drastische Aufwertung der Währung könnte für manche von ihnen den endgültigen Knock-out bedeuten. Die AfD verkauft den Euro-Austritt als Befreiung. Für viele Beschäftigte könnte er Arbeitslosigkeit bedeuten.

Auch beim Staat verfolgt die Partei einen Kurs, der vor allem eines garantiert: Es wird weniger Geld für die Probleme geben, über die sie sich täglich beschwert. Die AfD will an der Schuldenbremse festhalten und gleichzeitig gigantische Steuersenkungen durchsetzen. Die Erbschaftsteuer soll weg. Bei der Einkommensteuer schwebt ihr ein weitgehend einheitlicher Satz vor – wovon vor allem Topverdiener profitieren. In den Ländern soll etwa die Grunderwerbsteuer gesenkt werden. Alles zusammen kostet Milliarden, die die AfD ohne neue Schulden nicht aufbringen kann. Das lässt die Mathematik nicht zu.

Für Sachsen-Anhalt etwa hat eine Untersuchung des Leibniz-Instituts bereits gezeigt, wie groß das Problem ist. Bei der Analyse des AfD-Regierungsprogramms entstand eine gewaltige Finanzierungslücke von rund 2,2 Milliarden Euro – obwohl nur 28 von insgesamt 136 Ausgabenvorhaben überhaupt beziffert und berücksichtigt werden konnten. Mehr als hun-

Die AfD hat einen Plan, doch der wird die demografische Krise im Osten noch verschärfen.





Links: Wird Ulrich Siegmund erster AfD-Ministerpräsident? Rechts: Streets of Schwerin. Unten: Arbeitende im VW-Werk in Zwickau fürchten um ihre Jobs.

dert weitere Vorhaben wurden noch nicht einmal eingerechnet. 2,2 Milliarden Euro wohl-gemerkt auf einen Haushalt von 15 Milliarden Euro. Auf die Größe des Bundeshaushaltes bezogen wäre das, als würden 73 Milliarden Euro fehlen.

Die Folge: Für blaue Schaufensterprojekte wie die Geburtenprämie gibt die AfD das Geld aus, das nachher für Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Busverbindungen und öffentliche Infrastruktur fehlt. Also ausgerechnet für die Dinge, die darüber entscheiden, ob junge Menschen in einer Region bleiben oder wegziehen.

Damit schließt sich der Kreis. Ostdeutschland leidet darunter, dass Menschen gehen. Die AfD verschärft die Bedingungen, die Menschen zum Gehen bewegen. Sie will Zuwanderung begrenzen, obwohl Arbeitskräfte fehlen. Sie bekämpft Integration, obwohl eine altern-de Gesellschaft jeden Menschen braucht, der arbeiten und dazugehören kann. Sie stellt sich

gegen erneuerbare Energien, obwohl günstiger grüner Strom ein Standortvorteil sein kann. Sie will den Euro verlassen und damit die export-orientierte Industrie einem enormen Aufwertungsrisiko aussetzen. Sie will Steuern senken und gleichzeitig die Schuldenbremse verteidigen, obwohl ostdeutsche Regionen dringend öffentliche Investitionen brauchen.

Das Tragische ist: Gerade dort, wo die AfD besonders stark ist, wäre ihre Wirtschaftspolitik besonders zerstörerisch. Ostdeutschland braucht keine Hayek-Ökonomie mit Deutschlandfahne. Es braucht Investitionen, Zuwanderung, Integration, gute Löhne, funktionierende öffentliche Infrastruktur und eine Industriepolitik, die den technologischen Wandel nicht verleugnet, sondern zur Chance macht. ●

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von MAURICE HÖFGEN direkt ins Postfach bekommen: surplusmagazin.de/autoren/maurice-hoefgen

Anzeige

Zukunft der Industrie

Unsere Jobs sind mehr wert als ihre Profite

Industrie-Konferenz

**Keynotes.
Workshops.
Diskussion.**

**31. Oktober
Berlin**

**Jetzt
anmelden!**



dielinke-fvk.de

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Die Linke

Fraktions-
vorsitzenden-
konferenz (FVK)



Pentacon

Eine Kameraindustrie verschwindet

Pentacon war mit der Marke Praktica der größte Kamerahersteller der DDR, im Kombinat waren praktisch alle Kamerabetriebe des Landes vereint. Noch vor der Wiedervereinigung entschied die Treuhand gegen eine Fortführung des Dresdner Betriebs und für die Liquidation – gegen die japanische Konkurrenz sah sie keine Chance mehr. Dabei stand mit der Praktica BX20s bereits ein neues Modell vor der Serienreife.

Bilanz: Rund 5600 Beschäftigte erhielten nach Monaten der Kurzarbeit die Kündigung. Die Marke überlebte den Betrieb: Der westdeutsche Erwerber Schneider Kreuznach übernahm Logo und Markenrechte und ließ in Dresden noch Jahre weiter Kameras bauen.



Robotron

Das Ende der DDR-Computerindustrie

Robotron war das Zentrum der DDR-Computerindustrie, im Kombinat arbeiteten rund 68 000 Menschen in 21 Betrieben. Am Dresdner Stammsitz entstanden Großrechner und Bürotechnik, im Schreibmaschinenwerk die »Erika«. Die Treuhand löste das Kombinat auf und zerlegte es in Kapitalgesellschaften, deren einzige Eigentümerin sie selbst war. Ein Jahr später zog sie den Schlussstrich: Erst wurde das große Büromaschinenwerk in Sömmerda stillgelegt, dann die Robotron-Holding liquidiert.

Bilanz: Allein in Sömmerda, dem größten Robotron-Betrieb, standen zum Zeitpunkt der Stilllegungsentscheidung noch 9200 Menschen auf der Lohnliste. Weniger als 5 Prozent der einstigen Belegschaft fanden Platz in branchennahen Nachfolgeunternehmen.



SKET

Eine Privatisierung, die nie rechtswirksam wurde

Der Schwermaschinenbauer SKET gehörte zu den industriellen Schwergewichten Magdeburgs, mit rund 30 000 Beschäftigten im gesamten Kombinat, allein am Stammsitz etwa 13000. Nach der Wende wurde das Unternehmen zerlegt, drastisch verkleinert und mit weit über einer Milliarde D-Mark gestützt. Mitte der Neunziger übernahmen zwei Unternehmer, Gesellschafter der Salzgitter Maschinenbau GmbH, die Mehrheit am verbliebenen Betrieb – ein Deal, der am Ende nie rechtswirksam wurde, weil die EU-Kommission die dafür nötigen Beihilfen nicht genehmigte. Die Käufer stiegen wieder aus.

Bilanz: Von den einst 13000 Beschäftigten am Standort blieben zuletzt nur noch wenige Hundert in den privatisierten Auffanggesellschaften übrig.



Simson

Vom Volksbetrieb zum Überlebenskampf

Mopeds aus Suhl waren ein DDR-Klassiker: In besten Jahren verließen rund 200 000 Fahrzeuge jährlich das Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk »Ernst Thälmann«. Nach der Wende brachen Absatzmärkte und Exporte binnen kurzer Zeit auf ein Zehntel ein. Der Betrieb wurde in eine Fahrzeug- und eine Waffensparte geteilt, für den Fahrzeugteil leitete die Treuhand die Liquidation ein. Ehemalige Beschäftigte gaben nicht auf und gründeten ein Nachfolgeunternehmen, das die Zweiradproduktion in kleinerem Maßstab fortführte.

Bilanz: Von rund 4000 Arbeitsplätzen im Werk blieb nur ein Bruchteil. Der Zweiradbau hielt sich über mehrere Insolvenzen bis in die 2000er Jahre, ehe er endgültig endete.



Bischofferode

Hungerstreik gegen die Schließung

Um das Kaliwerk »Thomas Müntzer« in Bischofferode fand einer der bekanntesten Arbeitskämpfe der Nachwendezeit statt. Die Schließung war von Anfang an Teil des Fusionsvertrags, mit dem die Treuhand das ostdeutsche Kaligeschäft mit der westdeutschen Kali und Salz AG zusammenlegte – der Plan sah die Stilllegung gleich zweier Werke vor. Die Bergleute besetzten den Betrieb, traten in einen mehrwöchigen Hungerstreik, zeitweise beteiligten sich rund 40 von ihnen. Verhindern konnten sie die Schließung nicht, wohl aber einen ungewöhnlich großzügigen Sozialplan erzwingen.

Bilanz: Rund 700 Beschäftigte verloren ihre Arbeit. Bischofferode wurde zum Symbol des ostdeutschen Widerstands gegen die Treuhandpolitik.



Leuna und Minol

Der Milliardenverkauf mit Affäre

Die Leuna-Raffinerie und die Tankstellenkette Minol gehörten zu den begehrtesten Privatisierungsobjekten der Treuhand. Den Zuschlag erhielt ein Konsortium um den französischen Ölkonzern Elf Aquitaine und die Thyssen Handelsunion – gegen einen Kaufpreis von 720 Millionen D-Mark, flankiert von milliarden-schweren Investitionszusagen und von der EU genehmigten Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe. Thyssen zog sich später zurück, Elf übernahm allein.

Bilanz: Rund 88 Millionen D-Mark sollen aus verdeckten Konten von Elf und Thyssen über liechtensteinische Briefkastenfirmen an Vermittler geflossen sein. Verurteilt wurde am Ende nur in Frankreich, wo mehrere frühere Manager und ein Lobbyist ins Gefängnis mussten. In Deutschland kam es nie zu einer Anklage.

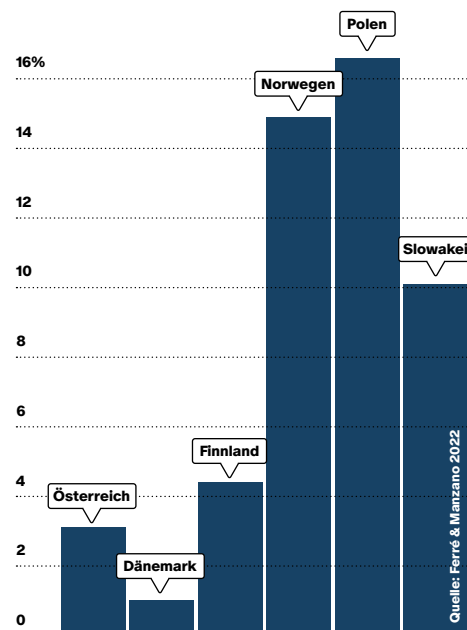


Verscherbelt, zerschlagen, abgewickelt

Die Treuhand sollte DDR-Betriebe sanieren und in die Marktwirtschaft eingliedern. Am Ende wurde daraus Deindustrialisierung. Sechs Fälle, die bis heute für die Härte der Transformation stehen.

Europa

Rechte Realpolitik



Anstieg der inflationsbereinigten Staatsausgaben unter konservativ-rechtspopulistischen Koalitionen zwischen 2011–2019 im Vergleich mit der jeweiligen Vorgängerregierung

Gibt es eine rechte Realpolitik in Wirtschaftsfragen? Ein europäischer Vergleich zeigt: Die Rechten bewegen erstaunlich wenig. Von **Jonas Junack**



2022 titelte *Die Zeit* »Giorgia Meloni: So rechts wie sie ist keine.« Heute, mehr als 1 400 Tage nach ihrem Amtsantritt, fragt dieselbe Zeitung: »War die Angst vor der Postfascistin übertrieben?« Und die Frage ist angebracht. Denn ein Blick in die europäischen Nachbarländer, also dorthin, wo Rechtspopulisten regieren oder regiert haben, zeigt vor allem eines: Wenn es um die Wirtschafts- und Sozialpolitik geht, machen Rechte radikale Versprechen, halten aber bemerkenswert wenige davon. Die Frage lautet daher, ob es – auf der ökonomischen Ebene – überhaupt so etwas wie rechte Realpolitik gibt. Und wenn ja, wie sie aussieht?

Die faschistischen Ökonomien

Schon im vergangenen Jahrhundert versuchten Experten diese Fragen zu beantworten. Ihr Streit dauert bis heute an, aber er offenbart so etwas wie ein Muster: Mit dem Faschismus entstand damals in Italien und Deutschland ein politökonomisches Gebilde neuen Typs, eine Art staatlich gelenkter Kriegskapitalismus. Der faschistische Interventionsstaat stellte zentrale Bereiche der Wirtschaft unter seine Kontrolle, ohne jedoch die Eigentumsrechte der ihm wohlgesonnenen Unternehmer infrage zu stellen. Er verschuldete sich massiv, um die Rüstungsindustrie und den Sozialstaat auszubauen,

zerschlug allerdings gleichzeitig Gewerkschaften und andere Institutionen der Arbeiterbewegung. Seine Staatsschulden versuchte er zu refinanzieren, indem er seine Grenzen ausdehnte, also mithilfe von Produktionsmitteln, die er in anderen Staaten eroberte.

Die Interventionsstaaten und Kriegswirtschaften des vergangenen Jahrhunderts gediehen auch, weil der fragile institutionelle Rahmen der internationalen Gemeinschaft bröckelte. Zwischen den Weltkriegen taumelte der ohnehin schwache Völkerbund in die Krise und zerbrach irgendwann; der internationale Goldstandard erodierte. Das ist heute anders. Die Regierungen Europas sind tief eingebettet in ein ganzes Institutionengeflecht, das zentrale Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor den Unwägbarkeiten politischer Wahlen schützt.

Der Soziologe Wolfgang Streeck spricht von der »Entpolitisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der Politik«. EU-Verträge und Schuldenregeln, unabhängige Zentralbanken, der Standortwettbewerb, Ratingagenturen und der Anleihemarkt verengen den politischen Handlungsspielraum. Auch für die Rechten. Vor diesem Hintergrund muss man einige der ökonomischen Forderungen der Rechtspopulisten betrachten: EU-Austritt, politische Kontrolle über Zentralbanken, Zoll- und Verkehrsschranken. Im Wahlkampf

Die Sorge, die Rechten könnten einen Interventionsstaat nach dem Vorbild der faschistischen Regimes des 20. Jahrhunderts errichten, erscheint absurd.



werben Rechtspopulisten damit, sich politische Beinfreiheit zu verschaffen, indem sie sich von dem Institutionengeflecht losreißen, das die Regierungen lähmt. »Take back control«, die Kontrolle zurückgewinnen, lautet ihr Motto.

Doch wenn sie an die Macht kamen, dann wurde bisher keine politökonomische Rückeroberungsoffensive der Nationalstaaten in Gang gesetzt, sondern vor allem Realpolitik gemacht – rechtspopulistische zwar, aber immer noch Realpolitik. Schauen wir uns also die zentralen Maßnahmen an.

Rechte Realpolitik: Don't take back control

Sowohl die ungarische Fidesz-Partei als auch die italienische Lega, die Fratelli d'Italia und die AfD sind für einen einheitlichen Einkommensteuertarif, eine sogenannte *Flat Tax*. Sie ist ein Evergreen, einer der zentralen Pfeiler rechtspopulistischer Steuerpolitik. Bisher wurde sie allerdings nur in Ungarn erfolgreich eingeführt, wo die Regierung Viktor Orbáns eine einheitliche Einkommensteuer von 16 Prozent verabschiedete. Da die Flat Tax meist ein progressives Steuermodell ersetzt, entlastet sie die höheren Einkommensgruppen am stärksten. Da Vermögens- und Erbschaftssteuern bei den Rechtspopulisten durch die Bank unbeliebt sind, versuchte die ehemalige ungarische Regierung, die Mindereinnahmen des Staates in Teilen durch Abgaben für große und zumeist ausländische Unternehmen und höhere Verbrauchssteuern zu refinanzieren, die vor allem die unteren Einkommensgruppen treffen.

Rechte Leader: Giorgia Meloni, Premierministerin von Italien, Viktor Orbán, ehemaliger Ministerpräsident von Ungarn, und Jarosław Kaczyński, ehemaliger Premierminister von Polen.



Wenn Rechtspopulisten den Sozialstaat reformieren, dann meist nach dem Prinzip der »*native producerist deservingness*«. Dahinter steckt die Idee, dass Transferleistungen nur Einheimischen zustehen, und davon auch nur jenen, die sich diese durch Arbeit verdient haben. Heißt unterm Strich: Rentner und Familien mit heimischem Pass. Hier kulminieren die gesellschaftspolitischen Ideale der Rechten in ökonomischer Praxis. Die Fidesz-Partei hielt das Rentenniveau und führte eine Frührentenoption für Frauen mit langer Erwerbsbiografie ein. Die polnische PiS senkte das Renteneintrittsalter ab und erhöhte das Kindergeld massiv, die Armutsquote sank um 2 Prozentpunkte. Einzig in Italien scheiterte die angekündigte Rentenreform der Regierung Meloni an ihrer Finanzierung.

Teil des Paradigmas der »*native producerist deservingness*« sind auf der anderen Seite massive Kürzungen bei Transferleistungen für Arbeitslose und Migranten. Die Regierung Orbáns verkürzte die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von neun auf drei Monate, verhängte Totalsanktionen gegen alle, die sich den öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verweigerten. Auch Giorgia Melonis Regierung strich das Bürgergeld für Hunderttausende Arbeitslose. Die Zahl der Empfänger halbierte sich; die Armutsquote stieg umgehend. »Diese Parteien treten nicht an, um Menschen zu schützen, die prekär arbeiten und leben«, sagt der Münchner Politikwissenschaftler Leonce Röth, der zur Wirtschaftspolitik rechtspopulistischer Parteien forscht. Jede Entlastung wird auf Kosten der Schwächsten erkaufte, auch dies ist ein Muster rechter Realpolitik.

Betrachtet man europäische Regierungen, die in einer ähnlichen wirtschaftlichen Ausgangslage an die Macht kamen, dann zeigt sich Folgendes: Ist in Westeuropa eine rechtspopulistische Partei Teil der Regierungskoalition, fällt das Haushaltsdefizit im Schnitt um etwas mehr als einen Prozentpunkt des BIP höher aus als bei Koalitionen ohne sie. Das liegt vor allem an dem schon genannten Mix aus höheren Sozialleistungen – insbesondere für Rentner – und Steuersenkungen für die Reichen. In Osteuropa ist es andersherum: Wenn dort rechtspopulistische Parteien regieren, sinkt das Haushaltsdefizit im Vergleich zu Regierungskonstellationen ohne Rechtspopulisten um durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte des BIP. Das liegt daran, dass diese Staaten stärker auf ausländische Investoren und Kapitalgeber angewiesen sind und deshalb eher sparen als ihre westeuropäischen Nachbarn. In beiden Fällen ist der rechtspopulistische Fußabdruck im Haushalt zwar sichtbar, aber nicht besonders groß.

Und der Vergleich offenbart noch etwas: Weder machen sich die rechtspopulistischen Regierungen Europas daran, den Staat abzu-



bauen, wie es etwa Javier Milei in Argentinien tut. Noch fallen sie mit großen industriepolitischen Projekten, Verstaatlichungen oder wenigstens Vermögensabgaben auf. Sicher, Staaten verschulden sich wieder, um in Kriegsgerät zu investieren und die Rüstungsindustrie soll mancherorts die drohende Deindustrialisierung abfedern – aber daran sind die Rechtspopulisten bis dato unbeteiligt. Die Regierung Orbáns lag immer wieder im Clinch mit der EU, aber austreten? Niemals. Ja, selbst die US-Regierung Donald Trumps, die bekannterweise nicht von EU-Regeln gebunden ist und dank des Dollars quasi unerschöpfliche Geldquellen besitzt, zuckt zurück, sobald die Zinsen auf amerikanische Staatsanleihen steigen.

Die Sorge, die Rechten könnten versuchen, einen Interventionsstaat nach dem Vorbild der faschistischen Regimes des 20. Jahrhunderts zu errichten, erscheint angesichts all dessen absurd. Der Politikwissenschaftler Leonce Röth nennt die Rechtspopulisten nicht umsonst eine »Parteienfamilie neuen Typs«.

Hinter ihrer Wirtschaftspolitik steht eine Idee, und diese hat bisweilen brutale Konsequenzen, vor allem für die Ärmsten. Dennoch ist das, was sie praktisch umsetzen, nicht halb so radikal wie angekündigt. Betrachtet man ihre Regierungsbilanzen als Belastungsprüfung für die Institutionen der liberalen und globalisierten Marktwirtschaft, dann muss man konstatieren, dass die Bindungskräfte dieser Institutionen bemerkenswert stark sind. Liest man sie aber als ideologischen Stresstest für die Rechtspopulisten selbst, zeigt sich, dass sie sich in diesem Institutionengefüge in Wahrheit durchaus wohlfühlen scheinen.

Eine Entwarnung ist das nicht. Denn das Ganze mündet nicht in der plötzlichen Entzauberung der Rechtspopulisten – falls es so etwas überhaupt gibt –, sondern in einem Teufelskreis: Wir sind eingesperrt mit einem Haufen Parteien, die sich von der Wut auf einen gelähmten politischen Betrieb ernähren, aber selbst nicht die Kraft oder das Interesse haben, an diesem Zustand etwas zu ändern. Die Krise scheint offenbar selbst jenen alternativlos, die die Alternative im Namen tragen. ●

JONAS JUNACK ist freier Politikjournalist und hat unter anderem für die ZEIT, die Süddeutsche Zeitung und das Jacobin Magazin geschrieben.

Die Ökonomie des Faschismus



ADAM TOOZE
ist Herausgeber von *Surplus* und
Professor für Wirtschaftsgeschichte an
der Columbia University in New York.

Der Faschismus fasziniert bis heute. Er war so einschneidend, dass er nicht nur die damalige Welt veränderte, sondern auch eine bleibende Erinnerung hinterließ, die selbst ein Jahrhundert später die Gegenwart überschattet.

Es ist paradox. Wir können einfach nicht umhin, immer und immer wieder auf den Faschismus zu verweisen. Und doch versperren die Geschichte und das, was der Faschismus angerichtet hat, jegliche potenzielle Rückkehr zu alten Zeiten. Für die heutige radikale Rechte ist das ein gewisses Problem.

Es ist heutzutage schwer, ein rassistischer Fremdenhasser zu sein, ohne umgehend als Nazi ti-

tuliert zu werden. Dabei sind die Vertreter der heutigen radikalen Rechten in Europa ganz offensichtlich weit vom Original entfernt.

Ja, die Skinhead-Mobs, die mehr oder weniger offen mit der AfD und Giorgia Melonis Fratelli d'Italia in Verbindung stehen, sind eine ernsthafte Bedrohung und Gefahr. Sie betreiben zugleich eine seltsame Art Cosplay, bei der sich die extrem gewalttätigen Mixed Martial Arts des 21. Jahrhunderts mit Retro-Rockmusik und der Nachstellung von Hitlerjugend-Ritualen am Lagerfeuer vermischen.

Es überrascht nicht, dass die AfD in ihrer offiziellen Propaganda die Geschichte des Nationalsozialismus weitgehend ausspart. Doch worauf verweist sie dann, wo landet sie? Bei ihrer ganz eigenen Art von Retropolitik, die das Erbe Bismarcks und der deutschen Traditionen bis zurück zur Reformation und ins Mittelalter heraufbeschwört.

Natürlich hatte auch der ursprüngliche Faschismus diese retro-historistische Facette. Gleichzeitig war er aber eine originäre, beispieldose Reaktion auf eine Welt, die durch das erste brutale Aufstreben des Kapitalismus und der Urbanisierung, den verheerenden Schock des totalen Ersten Weltkriegs und die folgenden intensiven Umwälzungen durch Inflation und Klassenkonflikte völlig verändert worden war.

Schon eine einfache Betrachtung des BIP pro Kopf vermittelt einen Eindruck davon, wie

groß die Kluft zwischen unserer Zeit und der Ära des klassischen Faschismus ist.

Die Ökonomie des historischen Faschismus

Um einen Eindruck vom materiellen Hintergrund des Original-Faschismus zu gewinnen, kann man sich die starken Schwankungen des Pro-Kopf-BIP zwischen 1914 und 1950 (sowohl hinsichtlich der Entwicklung als auch der Niveaus) ansehen: Das durchschnittliche Pro-Kopfeinkommen in Deutschland und Italien schwankte damals, gemessen in Kaufkraftparität, zwischen etwa 2000 und 5000 US-Dollar pro Kopf und Jahr in heutiger Währung, also zwischen dem Niveau eines armen Entwicklungslandes und dem eines Landes mit unterem mittleren Einkommen. Wenn man nun die Ungleichheit hinzunimmt – die Hälfte der Bevölkerung lag unter diesen Durchschnittswerten –, kann man ein Gespür für die wortwörtlich existenziellen Fragen bekommen, um die es damals ging.

Mit Blick auf die Konjunkturzyklen stieg der Faschismus im Zuge einer massiven Wirtschaftskrise zur Macht auf. Die konkrete Richtung und der Stellenwert dieses Zusammenhangs waren zunächst unklar.

Die ersten faschistischen Bewegungen in Deutschland und Italien entstanden aus der letzten Mobilisierungswelle des Ersten Weltkriegs und den späteren Turbulenzen in Form

A complex collage featuring a large portrait of a man, a circular graphic, and various images of people and currency. The central figure is a large, stylized portrait of a man with a serious expression, set against a background of swirling, concentric circles. To the right, there is a large, detailed image of a person's face, partially obscured by a circular graphic. Below this, a crowd of people is visible, with some individuals holding up their hands. In the bottom right corner, there is a large, detailed image of a person's face, looking upwards. The collage also includes various images of currency, including a 20 Euro banknote and several Euro coins. The overall composition is dense and layered, with a mix of historical and contemporary imagery.

**— damals und
heute**

von Inflation und Revolution. Der italienische Faschismus übernahm 1922 vor dem Hintergrund eines zweijährigen intensiven, von der Inflation befeuerten Klassenkonflikts die Macht. In dieser Zeit schienen sich echte revolutionäre Möglichkeiten zu ergeben, wie die Massenstreiks der Landarbeiter und diverse Fabrikbesetzungen belegen. In dieser Zeit erwarben sich Italiens faschistische Trupps ihren Ruf (und ihren Lebensunterhalt) als äußerst effektive Stoßtruppen im Klassenkampf: Sie zerstörten Gewerkschaftsbüros, verprügelten und ermordeten gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Von den lokalen Wirtschaftseliten wurden sie für das Erledigen dieser »Drecksarbeit« großzügig entlohnt.

Benito Mussolini selbst hatte größere Pläne für die Bewegung, hatte sie zu dieser Zeit aber noch nicht vollständig unter seiner Kontrolle. Erst im Laufe der 1920er Jahre sollte er ein hierarchisches Regime aufbauen können, in dessen Mittelpunkt er selbst als »Il Duce« stand.

Um dieses entstehende Phänomen zu erklären, entwickelten die Theoretiker der Komintern damals ein vermeintlich allgemeingültiges Konzept des Faschismus, das vom italienischen Beispiel abstrahierte. Dieses Konzept beschäftigt seither und bis heute die intellektuellen und akademischen Debatten.

Im Kern dieses Konzepts stand die bis vor kurzem in linken Kreisen noch weit verbreitete Vorstellung, der Faschismus müsse in erster Linie als eine Bewegung des radikalisierten Kleinbürgertums definiert werden, das seinerseits als Werkzeug des Finanzkapitals instrumentalisiert werde. Was die Instrumentalisierung angeht, traf dies auf Italien in den frühen 1920er Jahren durchaus zu. Allerdings wird dieses Konzept

der späteren eigenständigen und gewaltvollen Entwicklung von Mussolinis Regime sowie insbesondere dem Aufkommen der faschistischen Bewegung in Deutschland nicht gerecht.

Anfangs teilte Hitlers Bewegung einen Großteil der »DNA« des italienischen Faschismus. Auch sie entstand aus dem Ersten Weltkrieg heraus. Ihre frühe Basis war weitgehend kleinbürgerlich. Sie lebte von einer gewissen Begeisterung für gewalttätige Straßenkämpfe. Als sie jedoch versuchte, Mussolinis Beispiel zu folgen und im November 1923 die Macht zu ergreifen, scheiterte sie. Die Gründe für dieses Scheitern sind wichtig: Die NSDAP war im Deutschland Anfang der 1920er Jahre schlichtweg nicht die führende antikommunistische und antirevolutionäre Kraft, sondern nur eine von vielen derartigen Gruppierungen. Die Freikorps, die die »Drecksarbeit« bei der Niederschlagung der Linken verrichteten, standen teilweise in Kontakt zur NSDAP, waren aber eigenständige Kräfte mit engen Verbindungen zur Reichswehr. Sie genossen breite öffentliche Unterstützung bis hinein in die SPD-geführte Reichsregierung.

Die NSDAP verfügte noch nicht über tiefere Kontakte in den entscheidenden Kreisen der Berliner Elite, die 1923 ihrerseits mit der französischen Besetzung des Ruhrgebiets und dem Abrutschen in die Hyperinflation zu kämpfen hatte. Entscheidend war also nicht die Stimmung in einem Münchener Bierkeller, sondern die internationale Reparationsdiplomatie. Bei den Verhandlungen über den späteren Dawes-Finanzplan von 1924 konnten die deutschen Eliten auf einen hetzenden Möchtegarn-Diktator gut verzichten.

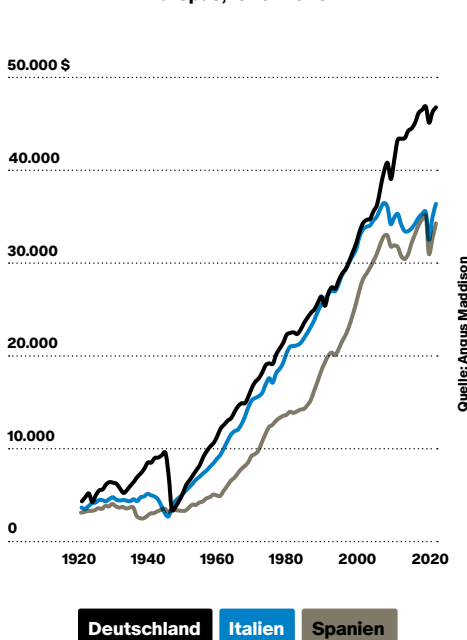
Der geschlagene Hitler und seine Bewe-

gung fokussierten sich nun auf Wahlkampf statt Revolution und bemühten sich um die Vormachtstellung am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums. Inmitten der deflationären Wirtschaftsstabilisierung nach 1924 ließ die Unterstützung für die radikale Politik der NSDAP nach. Zwar verlor die SPD Sitze im Reichstag, doch im wichtigen Preußen blieb die Sozialdemokratie die dominierende Kraft. Als die Weimarer Republik 1928 zunehmend stabil erschien und eine neue SPD-geführte Regierung daran ging, einen ambitionierten Sozialstaat aufzubauen und zu festigen, war die NSDAP nahezu bedeutungslos geworden.

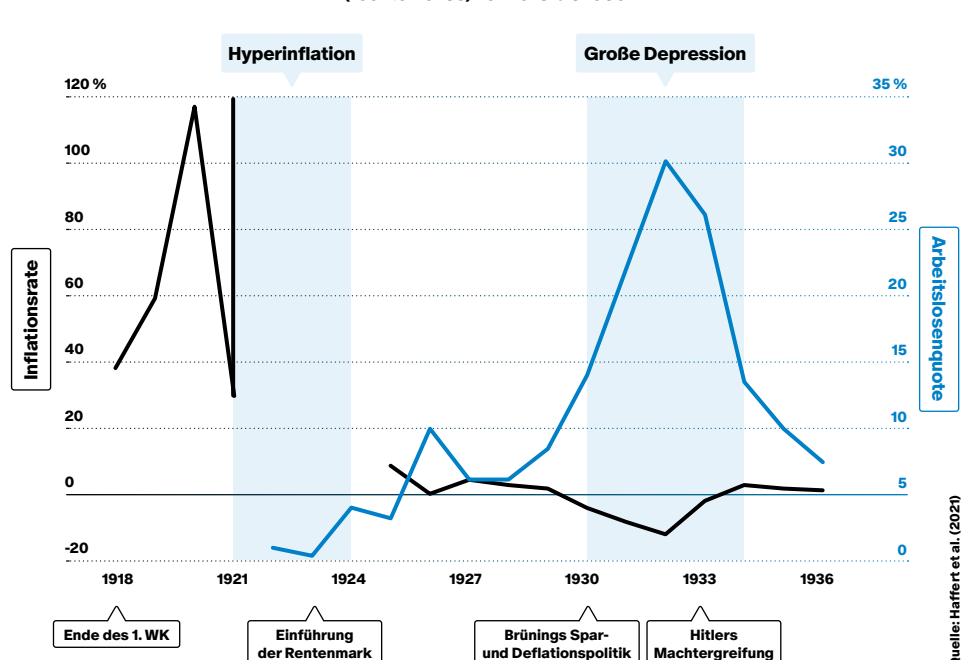
Was ihr in den kommenden Jahren dennoch den Sieg beschern sollte, war eine makroökonomische Dynamik und eine politische Ökonomie, die praktisch das Gegenteil dessen darstellten, was Mussolini in Italien an die Macht gebracht hatte. Während der italienische Faschismus eine Partikularinteressenspartei im Klassenkonflikt war, angetrieben durch die Verteilungskämpfe im Zuge der Inflation, machte Hitlers NSDAP ihrem Namen alle Ehre: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war eine Sammelbewegung, die die Chance für klassenübergreifende Bündnisse nutzte, die sich aus der allgemeinen Wirtschaftskrise ergaben.

Die erste neue Wählergruppe, die ab 1930 zur NSDAP strömte, waren Landwirte, die sich einem Deflationsschock bei den Rohstoffpreisen gegenübersehen. Danach gewann die Partei zunehmend breite Unterstützung aus allen Teilen der deutschen Gesellschaft. Die Idee einer »Volksgemeinschaft«, die erstmals im Ersten Weltkrieg an Bedeutung gewonnen hatte, sorgte dafür, dass eine Art »Volkspartei« entstehen

Inflations- und kaufkraftbereinigtes BIP/Kopf in ehemals faschistischen Ländern Europas, 1920–2023



Jährliche Inflationsrate (linke Achse) und Arbeitslosenquote (rechte Achse) von 1918 bis 1936



Viele, die mit der AfD sympathisieren, sorgen sich um Inflation und Lebenshaltungskosten.

konnte, wie Deutschland sie bis dahin noch nie erlebt hatte. Keine andere Partei hatte zuvor eine derart breite gesellschaftliche Anziehungskraft besessen. Das ist ein klassisches Ergebnis von Anti-Depression-Politik, eher als der Nullsummen-Klassenkampf aus der Inflationsära. Keynes wies darauf hin, dass in einer wirtschaftlichen Depression durch gezielte Maßnahmen praktisch jeder Bürger und jede Bürgerin besser gestellt werden kann. Die »Volksgemeinschaft« scheint sich dann tatsächlich verwirklichen zu lassen.

Allerdings waren es zunächst nicht die direkten Opfer der Wirtschaftsflaute, die nun vermehrt dazu neigten, für die NSDAP zu stimmen: Die Arbeitslosen strömten stattdessen zur KPD. Im Gegensatz zu ihren italienischen Pendanten in den Jahren 1920/1921 waren die deutschen Kommunisten Anfang der 1930er Jahre aber nicht in der Lage, eine revolutionäre Bedrohung darzustellen oder beispielsweise Fabrikbesetzungen zu initiieren. Was sie jedoch mit Begeisterung taten, war, die bürgerkriegsähnlichen Straßenkämpfe der frühen 1920er Jahre nachzustellen – diesmal allerdings ohne schwere Waffen.

Diese während der Weltwirtschaftskrise inszenierte Nachstellung des echten Bürgerkriegs, der sich zehn Jahre zuvor abgespielt hatte, bot den Nationalsozialisten eine zweite Chance, an die Macht zu gelangen. Denn die Straßenschlachten mit der KPD trieben die Wähler in die Arme Hitlers. 1932 war die NSDAP die größte Partei im Reichstag. Ebenso wichtig waren aber auch das Manövrieren und die Politik der Eliten.

Denn während im Jahr 1923 die Gewerkschaften und die Großindustrie noch maßgeblichen Einfluss auf die jeweilige Suche nach Lösungen hatten, waren sie 1932/1933 durch Deflation und Wirtschaftskrise beide ihrer Macht beraubt. Vorschläge wie der WTB-Plan oder der Lautenbach-Plan, die Konjunkturmaßnahmen nach keynesianischem Vorbild vorsahen, stießen in der Brüning-Regierung auf taube Ohren. Die Regierungen Papen und Schleicher sahen zwar das Ende der Reparationszahlungen voraus und begannen, Konjunkturmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. Da sie aber die NSDAP nicht einbezogen, fehlte ihnen die Mehrheit im Reichstag.

Was schließlich den Weg für die Hitler-Regierung ebnete, war ein Wandel der internationalen Rahmenbedingungen: Im Jahr 1923 hatte der internationale Druck noch als stabilisierende Kraft gewirkt und die deutschen Eliten gegen den rechtsradikalen Staatsstreichversuch geeint. 1924 hatte der Dawes-Plan neue amerikanische Finanzmittel ebenso wie den Rückzug der Franzosen aus dem Ruhrgebiet gebracht. Doch 1933, als die Weltwirtschaft in Trümmern lag, gab es keine Aussicht auf neue US-Kredite. Die liberale Vorherrschaft war auf globaler Ebene

zusammengebrochen. Für Deutschland bedeutete das: Eine Rettung konnte nur von einem auf das Nationale fokussierten Konjunkturprogramm ausgehen. Und wer sollte so etwas besser und glaubwürdiger bewerkstelligen können als die NSDAP?

Alles deutet darauf hin, dass Hitler selbst in Fragen von Inflation und Geldpolitik eher konventionell und engstirnig war. Wichtig war ihm lediglich, dass die Reichsmark nicht abwertete. Er war kein Instinkt-Keynesianer. Trotzdem gab die Makroökonomie letztlich den Ausschlag. Wie Lautenbach Hitler bei einem persönlichen Treffen erklärte, gab es trotz aller Macht des Führers schlichtweg keine Möglichkeit, im Deutschland der frühen 1930er Jahre inflationäre Entwicklungen herbeizuführen. Der Weg war frei für die staatlich finanzierte Schaffung von Nachfrage und Arbeitsplätzen.

Ein weiterer entscheidender Faktor waren dabei die politischen Ziele des Regimes: Die Priorität der NS-Führung lag von Anfang an auf einer massiven Wiederaufrüstung. Bis 1939 führte dies zu einer Umwidmung von Geldern in Höhe von 20 Prozent des BIP – die größte jemals in einem kapitalistischen Staat in Friedenszeiten verzeichnete derartige Umverteilung.

Die AfD ist nicht die NSDAP

Zum Ende der 1930er Jahre führte dies zu echten Verteilungsproblemen. Nazi-Deutschland als »Gefälligkeitsdiktatur« zu bezeichnen, wie es Götz Aly tut, ist absurd, insbesondere natürlich während der Kriegsjahre. Die Einschränkungen beim Konsumniveau waren nur allzu real. Doch in den ersten Jahren konnte das Regime tatsächlich beides bieten: Obwohl Devisen knapp waren, verbesserte sich der allgemeine Lebensstandard, selbst als sich die Prioritäten in der Produktion verlagerten.

Dieser Rückblick soll zeigen: Nichts davon findet eine Entsprechung in der heutigen rechtsradikalen Szene Europas und insbesondere in der AfD.

Zunächst das Thema Krieg. Der Faschismus identifizierte sich absolut mit dem Krieg; unter seinen Protagonisten waren zahlreiche Veteranen. Diese waren der Überzeugung, dass Geschichte im Krieg geschrieben wird. Die AfD hingegen stellt sich heute gegen eine Konfrontation mit Russland. Die Original-Faschisten propagierten die »Frontgemeinschaft«, da diese die Klassenunterschiede überwand. Heute leben wir zwar in Gesellschaften, die von tiefer Ungleichheit geprägt, jedoch in keiner Weise mit den geradezu kastenartigen Klassenstrukturen des frühen 20. Jahrhunderts vergleichbar sind. Die heutige radikale Rechte verspricht, den Marginalisierten *zuzuhören*. Das unterscheidet sich erheblich davon, die Kontrolle über den Klassenkampf zu übernehmen und ihn in uniformierte, kollektive Massenorganisationen – von der HJ bis zur SS – zu kanalisie-

ren. Derartige Ansätze und eine solche Energie sind in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts weitgehend erloschen.

Viele, die mit der AfD sympathisieren, sorgen sich um Inflation und Lebenshaltungskosten. Aber wir haben heute keine Hyperinflation – und auch keine mächtigen Gewerkschaften, gegen die man als Rechter ankämpfen müsste. Lohn-Preis-Spiralen sind Panikmache von Zentralbanken, kein Thema der Realität.

Befragt man die derzeitigen Anhängerinnen und Anhänger der AfD, so gibt es unter ihnen durchaus einige, die Maßnahmen zur Umverteilung oder Mietpreisbindung befürworten. Doch das gilt für jede Partei. Betrachtet man

15%

beträgt der Ausländeranteil
in Deutschland.

wohl die italienischen Faschisten als auch die deutschen Nationalsozialisten waren natürlich von Xenophobie, Nationalismus und einer Gegenbewegung zur Geschlechtergleichstellung getrieben.

Migration verändert die Gesellschaft

Und im 21. Jahrhundert sind Transformationen in diesen Bereichen wahrhaft dramatisch. Im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts hat sich der Ausländeranteil von zirka fünf auf rund 15 Prozent mehr als verdreifacht. In den letzten 15 Jahren hat er sich verdoppelt. Rechnet man Menschen mit Migrationshintergrund hinzu, vervielfacht sich diese Zahl. Bekanntermaßen liegt der Ausländeranteil in Ostdeutschland unter dem bundesweiten Durchschnitt, doch die Trends sind dieselben. In Sachsen-Anhalt hat sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung seit 2015 verdoppelt. Die AfD hat somit nicht Unrecht: Die letzten Jahrzehnte haben die deutsche Gesellschaft verändert. Und dieser umstrittene und tiefgreifende Wandel war nicht Gegenstand einer kollektiven Entschei-

Das ist politisches Versagen. Das muss man sich eingestehen und versuchen, die Fehler durch künftige Investitionen wieder wettzumachen. Allerdings sollte man nicht davon ausgehen, dass der politische Schaden, der durch die Politikansätze der letzten Jahrzehnte angerichtet wurde, einfach durch die eine oder andere bessere politische Maßnahme rückgängig gemacht werden kann. Der Verlust an Glaubwürdigkeit und Legitimität ist nachhaltig. Der enorme Aufschwung der Nationalisten ist Realität. Er verändert das konservative Spektrum, das früher von CDU und CSU bestimmt wurde, grundlegend. Die AfD verspricht nicht einmal, sich mit existenziellen Fragen in Sozial- und Wirtschaftspolitik zu befassen, und dennoch gewinnt sie weiterhin Stimmen von Menschen mit sehr realen ökonomischen Problemen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass jahrzehntelange Blockaden und politischer Stillstand in der politischen Mitte jeglichen Glauben zerstört haben, dass demokratische Politik ein probates Mittel ist, um das Alltagsleben zu verbessern und das Versprechen auf eine bessere Zukunft

Der enorme Aufschwung der Nationalisten verändert das konservative Spektrum grundlegend.

das Profil der AfD-Anhängerschaft insgesamt, so steht diese rechts von der CDU. Sie sind im Vergleich zum durchschnittlichen CDU-Wähler beispielsweise entschlossener, gegen Bürgergeldbezieher vorzugehen, und sie verteidigen die Schuldenbremse mit Nachdruck.

Ganz gleich, welche persönlichen Ansichten die individuelle AfD-Anhängerin zu sozioökonomischen Fragen vertreten mag – niemand, der bei klarem Verstand ist, würde diese Partei nur deshalb wählen, weil sie Probleme der Ungleichheit, der Unterbeschäftigung oder der Lebenshaltungskosten anzugehen vorgibt. Wenn es Massenarbeitslosigkeit gäbe, wäre sie die letzte Partei, an die man sich für einen Lösungsansatz wenden würde. In diesem Sinne ist sie viel zu unsozial, um als wahre Erbin der NSDAP durchzugehen.

Auch ihr Rassismus und ihre Kulturpolitik weisen einen anderen Charakter auf. Diese fokussieren sich heute auf Migration, insbesondere auf die Zuwanderung von Muslimen, sowie auf eine Reaktion auf die Kulturpolitik der Mitte und der Linken.

Hierin könnte man immerhin ein gewisses »Echo« des frühen Faschismus erkennen. So-

lung, wie es beispielsweise bei der Stilllegung der deutschen Atomkraftwerke der Fall war. Er ging auch nicht mit einem massiven und gezielten Einsatz entsprechend notwendiger Ressourcen einher. Auch hier ist der Kontrast zur Energiepolitik auffällig: Der Kohlekompromiss von 2019 sah 40 Milliarden Euro für die betroffenen Regionen vor, wobei die Gesamtausgaben sogar mit 70 bis 90 Milliarden veranschlagt wurden. Und das für einen Wirtschaftszweig mit nicht mehr als 40 000 bis 50 000 Beschäftigten.

Der Wandel der deutschen Gesamtbevölkerung und der Erwerbsbevölkerung durch Migration ist ein weitaus größerer und folgenreicherer historischer Prozess. Und doch wurde er (anders als die Energiewende) vor allem als eine Frage von Normen und bürgerlicher Moral verstanden – und nicht als langfristige materielle Herausforderung von enormem Ausmaß. Das ist nicht nur ein Patentrezept für gesellschaftliche Spannungen und das Florieren von Ressentiments. Es ist eine riesige verpasste Chance. In jeder Erhebung, insbesondere im Bildungsbereich, schneidet die migrantische Bevölkerung in Deutschland schlechter ab als der Durchschnitt.

einzulösen. In dem Vakuum, das diese Desillusionierung hinterlässt, gedeiht die AfD.

Die erste Aufgabe einer progressiven, demokratischen Politik muss daher darin bestehen, das Vertrauen wiederherzustellen. Sie muss überzeugend unter Beweis stellen, dass sie Ergebnisse liefern kann und dass die Wählerinnen und Wähler somit eine echte Wahl haben. Eine solche Glaubwürdigkeit kann nicht auf grotesken und gewaltverherrlichenden Versprechungen beruhen, man werde das »alte« und »reine« Deutschland zurückbringen. Sie kann aber auch nicht auf den Ausreden und Ausflüchten der etablierten Parteien basieren. Die echte Alternative zur Alternative muss mit der Bereitschaft beginnen, die Veränderungen, die in der deutschen Gesellschaft im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts stattgefunden haben, offen zu diskutieren – und nicht für die Verteidigung des bisherigen Status quo einzutreten, sondern für proaktive Investitionen in die aktive Gestaltung der Zukunft. ●

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von ADAM
TOOZE direkt ins Postfach bekommen:
surplusmagazin.de/autoren/adam-tooze

Das sagt die Wissenschaft...

Abbau der Daseinsvorsorge stärkt Rechtsradikale

Studien aus verschiedenen Ländern haben gezeigt, dass die Verbindung zwischen dem *individuellen* Einkommen und der Unterstützung für Rechtsradikale eher schwach ist. Wichtiger sind *regionale* Erfahrungen der Entbehrung, so eine Studie von Forschenden der Universität Bocconi in Mailand. Entscheidend sei demnach der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Verwaltung. Zur Prüfung der These verglichen sie die Wahlergebnisse der radikalen Rechten vor und nach einer italienischen Kommunalreform im Jahr 2010. Die Reform sollte durch Gemeindefusionen die Kosteneffizienz erhöhen, reduzierte aber effektiv das Angebot der Daseinsvorsorge. Die Analyse bestätigt, dass die Reform ursächlich für eine Stärkung der Rechtsradikalen in den von Leistungskürzungen betroffenen Gemeinden war. Das liegt auch daran, dass die Rechtsradikalen diese Sparpolitik konsequent mit der Einwanderungspolitik in Verbindung brachten.

Cremaschi, S., et al. (2025). Geographies of discontent: Public service deprivation and the rise of the far right in Italy, in: *American Journal of Political Science*, 69:1581–1599

Wachstum gegen Rechts?

Wenn Krise und Stagnation Rechtsradikale stärken, werden sie umgekehrt mit Wachstum und Investitionen geschwächt? Laut einer Studie von Forschenden im Auftrag der Bertelsmann Stiftung senken regionale Fördermittel die politische Unzufriedenheit und somit AfD-Wahlergebnisse. Das gilt vor allem für Regionen unter hohem Transformationsdruck und für Fördermittel für die kommunale Infrastruktur. Einer der Autoren, Politikwissenschaftler Hanno Hilbig, hat in einer weiteren Analyse diesen Zusammenhang für *private* Investitionen in Sachsen-Anhalt gemessen. Hilbig zufolge dämpften private Investitionen wie das neue Daimler-Logistikzentrum in Halberstadt den jüngsten AfD-Wahlerfolg, jedoch nur um 2 Prozentpunkte gegenüber den Gemeinden ohne solche Investitionen. Nur auf mehr Wachstum zu setzen, würde demnach gegen den Aufstieg der AfD nicht reichen. Es braucht auch eine gerechtere Verteilung sowie eine positive Zukunftsvision, in der Fortschritte glaubhaft aufgehen können.

Hilbig, H., et al. (2026). Regionalpolitik als Stabilitätsanker im Strukturwandel? - Evidenz zu den politischen Effekten der Regionalförderung in Deutschland. Bertelsmann Stiftung. & Hilbig, H. (2026). *Can Growth Stop The Far-Right? Evidence from Investment Projects in Saxony-Anhalt*. Working Paper.

Rechtspopulisten lügen am meisten

Die Verbreitung von Desinformationen produziert ein falsches Bewusstsein und untergräbt demokratische Prozesse. Eine Studie von Forschenden der Universität Amsterdam kommt nun zum Ergebnis, dass rechtspopulistische bis rechtsradikale Parteien am meisten Desinformationen verbreiten – oder auf Deutsch: schamlos lügen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hielten sich Abgeordnete sozialistischer und anderer linker Parteien im Schnitt am meisten an die Fakten. Analysiert wurden 32 Millionen Tweets von über 8000 Abgeordneten von Parlamenten in 26 europäischen Ländern über sechs Jahre hinsichtlich der Faktentreue der verlinkten Medien. Die Forschenden deuten die Ergebnisse als Ausdruck einer Vertrauenskrise in demokratische Institutionen. Der Kampf gegen Desinformationen ließe sich demnach nicht alleine mit Faktenchecks und Plattformregulierung gewinnen, sondern durch eine Stärkung der demokratischen Teilhabe an der Gesellschaft.

Törnberg, P. & Chueri, J. (2026). When Do Parties Lie? Misinformation and Radical-Right Populism Across 26 Countries, in: *The International Journal of Press/Politics*, Vol. 31(2), 367–386

»Es gibt nicht genug für alle!«

In einem Nullsummenspiel sind die Gewinne des einen zwangsläufig die Verluste des anderen. Wer so über die Welt nachdenkt, geht davon aus, dass es »nicht genug für alle« gibt. Das kann für Landbesitz, Einkommen oder sozialen Status gelten. Eine Studie der Universität Harvard zeigt anhand von Umfragedaten aus den USA, dass Nullsummendenden politisch mit einem Wunsch nach mehr Umverteilung und mehr Migrations-skepsis einhergeht. Damit unterläuft die Unterscheidung zwischen Menschen, die in Nullsummen oder Positivsummen denken, das übliche Spektrum von links nach rechts. Das könnte erklären, wieso in Wirtschaftskrisen Rufe nach »Ausländer raus!« und »Tax the rich!« lauter werden. Es macht auch die hohe Anziehungskraft von Donald Trump auf die Menschen aus der Studie verständlicher: Seine »America First«-Doktrin ist Nullsummendenden wie aus dem Lehrbuch.

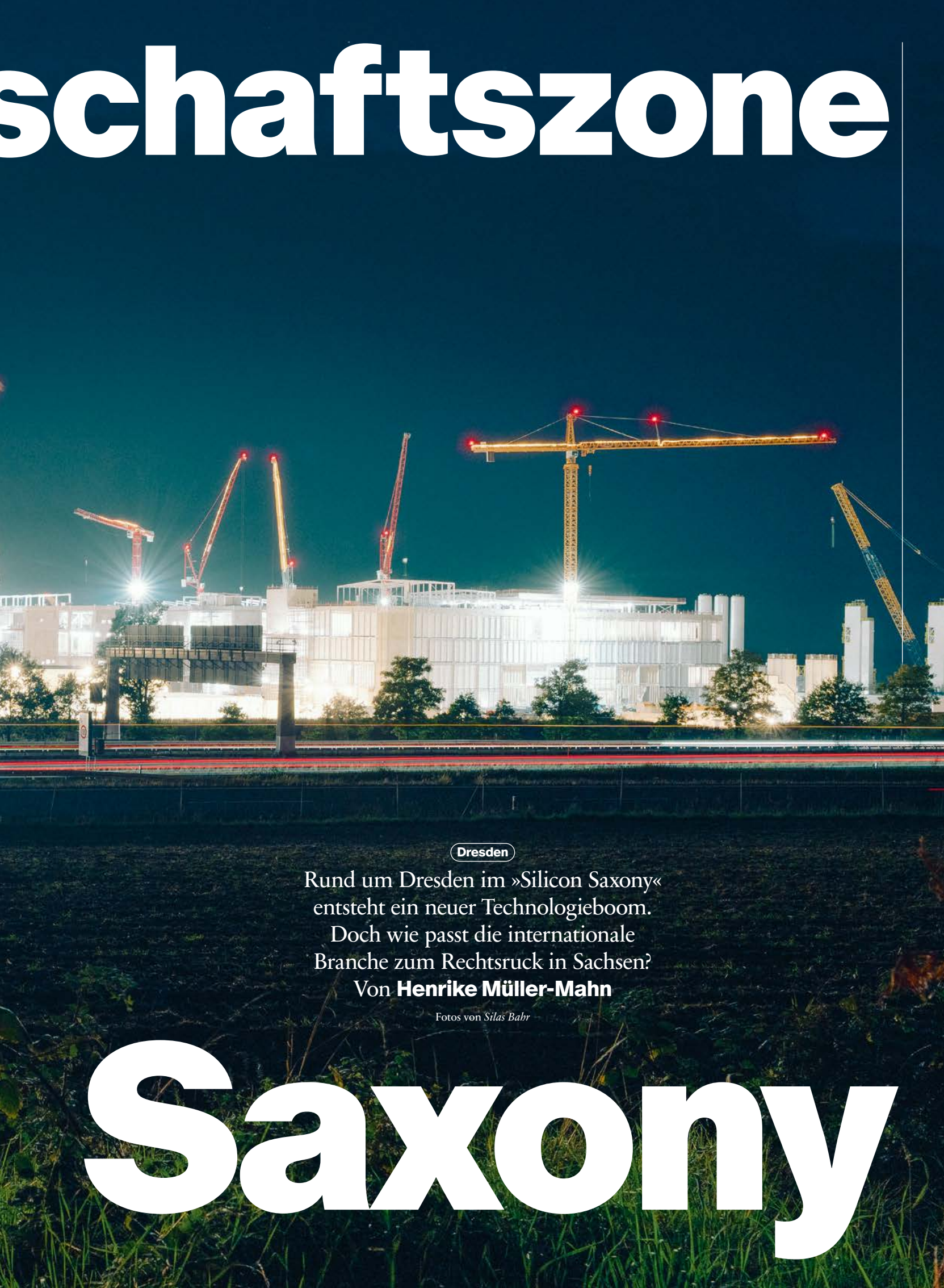
Chinoy, S., et al. (2026). Zero-Sum Thinking and the Roots of US Political Differences, in: *American Economic Review*, 116(3), 1052–1096

Sonderwirts

A nighttime photograph of an industrial site. On the left, a large, modern building is illuminated, with the 'BOSCH' logo visible in red. To the right, several tall construction cranes are lit up with red and yellow lights. In the foreground, a dark field is visible, and a road with red light trails from passing vehicles runs horizontally across the middle of the image. The sky is dark with some clouds.

Silicon

schäftszone

A nighttime photograph of a large-scale construction project. Several tall tower cranes with red and yellow lights are visible against a dark sky. In the background, a large, modern building with a glass facade is under construction, illuminated by bright lights. The foreground shows a dark, grassy field with some light trails from a road or railway in the distance.

Dresden

Rund um Dresden im »Silicon Saxony«
entsteht ein neuer Technologieboom.

Doch wie passt die internationale
Branche zum Rechtsruck in Sachsen?

Von **Henrike Müller-Mahn**

Fotos von *Silas Bahr*

Saxony



»Du hast eine Minute!«, sagt ein Mann in Casual Business Wear. In einer imposanten Gründerzeitvilla südlich vom Dresdner Hauptbahnhof treffen sich rund 30 junge Menschen, um ihre Businessideen zu pitchten. Es ist ein Spätsommertag in der Woche nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. In der Villa herrscht Start-up-Optimismus, während in Deutschland Untergangsstimmung herrscht. Es wird ganz selbstverständlich Englisch gesprochen. Angehende Gründer und Gründerinnen aus über 20 Nationen kommen hier zusammen. Ein Student im weißen Poloshirt und blonder Gelfrisur präsentiert eine App, die Bewegungsabläufe mittels Sensoren beim Sport optimieren soll. Es werden noch Investoren für mehrere Tausend Euro gesucht. Er, wie alle anderen hier, durchläuft das Programm YETI: Young Entrepreneurs in Tech and Innovation. Drei Semester haben sie, um aus ihren Ideen funktionierende Geschäftsmodelle zu machen. Jemand fragt, wie viel Zeit man dafür mitbringen solle – er müsse daneben noch seine Abschlussarbeit und den Nebenjob unterbringen. Die Antwort: »Just keep pushing!«

Mitten in der sächsischen Landeshauptstadt, zwischen malerischen Elbhängen und der weltweit berühmten Altstadt, wird hier an der technologischen Zukunft gearbeitet. Es soll ein Silicon Saxony entstehen – ein Zentrum für Innovation, nach dem Vorbild des kalifornischen Silicon Valleys. Und das in einer Stadt, in der die AfD bei der Bundestagswahl 2025 beide Direktmandate holen konnte. In einem Bundesland, für das die Opferberatungsstellen des RAA Sachsen e.V. für 2025 einen weiteren Anstieg an Opfern rechter Gewalt verzeichneten. Über die Hälfte der Fälle war rassistisch motiviert. Die meisten Angriffe wurden in den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz registriert. Wie verträgt sich das alles?

Eines der Projekte, das in der YETI-Villa entsteht, heißt chipfoundry.one. Zwei Frauen und zwei Männer, die meisten sind Mitte 20, stehen kurz vor dem Launch ihres Start-ups. Ihr Ziel? »To fill the fab.« Fabs sind Fabriken der Halbleiterindustrie. Sie stellen die Chips her, die in Smartphones, Computern, Autos oder Haushaltsgeräten stecken. Jeder dritte in Europa produzierte Chip kommt mittlerweile aus dem Silicon Saxony. 3650 Unternehmen mit über 80 Tausend Beschäftigten erwirtschaften hier rund 13 Prozent des sächsischen Industrieumsatzes. Die Branche boomt, auch mit Hilfe staatlicher Subventionen. Gerade baut das Gemeinschaftsunternehmen ESMC unter Führung des taiwanischen Chipkonzerns TSMC eine neue Halbleiterfabrik. Unterstützt wird der Bau vom Bund mit fünf Milliarden Euro. Infineon erweitert gleichzeitig seinen Standort.

Chipfoundry.one möchte Fabriken, die unter ihrer Herstellungskapazität bleiben, mit Kunden matchen, die kleinere Serien an Chips produzieren wollen – eine Art Marktplatz für freie Fab-Kapazitäten. Der erste zahlende Kunde ist bereits unter Vertrag.

Zwei Teammitglieder kommen aus Indien: Harshita Sharma hat in Bochum Materialwissenschaft studiert und arbeitet am Fraunhofer-Institut für Elektronische Nanosysteme in Chemnitz. Sie möchte gerne nach Dresden ziehen. Dort gebe es ein großes Ökosystem an Firmen und Forschungseinrichtungen, von denen sie profitieren möchte. Sanchit Jain ist Softwareentwickler und Start-up-Manager. Er ist nach Dresden gekommen, weil er hier die perfekten Bedingungen für Entrepreneurship sieht. Seit 2020 gab es hier über eine Milliarde Euro Subventionen in Start-ups. Ihre Kollegin Thorgund Nemec schließt: »Dresden ist ein Ort, in dem

Sanchit Jain, Thorgund Nemec und Harshita Sharma (v.l.n.r.) wollen in Dresden Start-ups groß machen.



man entweder Innovation voranbringen oder nutzen kann.« Ihr Dresden klingt tatsächlich ein bisschen nach Silicon Valley: jung, international, technologiegläubig.

Weiße Dresden von seinem Boom?

Einige Gehminuten weiter ist dagegen wenig vom Silicon Saxony zu spüren. Die Prager Straße zieht eine lange Schneise aus hellem Pflaster vom Hauptbahnhof Richtung Altstadt: gesäumt von wuchtigen DDR-Wohnriegeln, Hotels und Kaufhäusern. Fragt man Vorbeilaufende nach dem Silicon Saxony, schaut man in ratlose Gesichter. Die wenigsten haben davon mitbekommen, dass Dresden gerade eine europäische Boomregion der Halbleiterindustrie wird. Einer älteren Frau sagt die Chipindustrie gar nichts, auch nicht die großen Baustellen am Rande der Stadt, wo Kräne neue Fabriken hochziehen. Ein junges Paar kann zwar etwas mit dem Sili-

3.650 Unternehmen mit über 80.000 Beschäftigten erwirtschaften im Silicon Saxony rund 13% des sächsischen Industrieumsatzes.

con Saxony anfangen, macht sich aber eher Sorgen, dass der Boom zu weiter steigenden Mieten in der Stadt führen könnte. Ein älterer Mann winkt bei der Frage nach dem Boom ab und erklärt auf Dresdnerisch, dass alles, was bei ihm ankomme, höhere Preise seien. Man spürt hier ökonomische Abstiegsängste, die bekanntlich zu hohen Wahlergebnissen der AfD beitragen.

Wenn hier gerade eines der größten industriepolitischen Projekte Deutschlands stattfindet – warum merkt man mitten in Dresden so wenig vom Silicon Saxony?

Sächsische Bescheidenheit

Für Dresdens Wirtschaftsbürgermeister Jan Pratzka liegt das auch an der Bescheidenheit der Sachsen. In der TSMC-Zentrale in Taiwan sei Dresden längst auf der Weltkarte. »Wir aus Dresden können stolz darauf sein, Zukunftstechnologien zu haben«, sagt er.

Das sei kein plötzliches Wirtschaftswunder. Es begann mit der Halbleiterproduktion in der DDR. Nach der Wiedervereinigung siedelten sich neue Hersteller an, dazu Zulieferer, Forschungseinrichtungen und Ausbildungsstätten. Heute reiche die Wertschöpfungskette von den Chipfabriken über Maschinenbauer bis zu Unternehmen, die Technik für Reinräume herstellen – also Räume, in denen selbst kleinste Staubpartikel aus der Luft gefiltert werden, damit sie die Chipproduktion nicht stören. Davon profitiere die ganze Stadt: Die Chipindustrie bringe der Stadt Exporte und Gewerbesteuererinnahmen. Die Beschäftigten gäben ihr Geld beim lokalen Bäcker oder Handwerker aus. Pratzka verkörpert die klassische Hoffnung hinter einem Industriecluster: Wenn ein Teil der Wirtschaft wächst, zieht er andere mit. Wie viel Geld durch die Halbleiterindustrie tatsächlich im Dresdner Haus-

halt landet, lasse sich allerdings nicht sauber beziffern. Zu verwoben sei das Geschäft der Zulieferer mit anderen Branchen, sagt Pratzka. Ein Unternehmen für Klima- und Kältetechnik kann schließlich sowohl staubfreie Reinräume für Fabs als auch ein Krankenhaus ausstatten.

Dresden wird internationaler

Was sich hingegen beziffern lässt, ist die Menge an Jobs, die bereits an der Industrie hängen. Allein in den Fabs und bei Zulieferern der Chipindustrie arbeiten aktuell in Dresden und Region 26 Tausend Beschäftigte. Bis 2030 erwartet eine Studie des Instituts für Innovation und Technik, im Auftrag der Wirtschaftsförderung Sachsen, weitere 24 Tausend Arbeitsplätze. Der Boom braucht also vor allem eines: Menschen. Und die werden nicht alle aus Dresden kommen.

Baustelle eines neuen ESMC-Werks.



Dresdens Wirtschaftsbürgermeister Jan Pratzka.



Laut Pratzka werde dafür viel getan: Der Nachwuchs kommt nicht ausschließlich aus Ausbildungsbetrieben und von der Technischen Universität in Dresden. Unternehmen rekrutieren bundesweit, europaweit und längst auch global. Der Start von ESMC wird von mehreren hundert Spezialisten aus Taiwan begleitet. Ein Welcome Center bei der Ausländerbehörde soll Unternehmen und internationale Fachkräfte beim Erlangen der Arbeitslaubnis und anderen bürokratischen Fragen unterstützen. Auch die internationale Schule wird ausgebaut. Denn wer für einen Job nach Dresden zieht, bringt möglicherweise Partner und Kinder mit – und entscheidet nicht allein nach dem Arbeitsplatz, ob er bleibt.

Schon jetzt arbeiten laut Pratzka in Dresden fast 30 Tausend ausländische Menschen sozialversicherungspflichtig, das entspricht über 10 Prozent aller Beschäftigten – diese Anzahl sei rasant angestiegen. Für Pratzka ist das ein Beleg dafür, dass Dresden auf dem inter-



nationalen Arbeitsmarkt funktioniert. Von einem drohenden Fachkräftemangel will er deshalb nicht sprechen. Es gebe einen Bedarf, sagt er, aber bislang »keinerlei Anzeichen«, dass der Ausbau der Chipindustrie an fehlenden Beschäftigten scheitern könnte.

Stört der Rechtsruck den Boom?

Das ist eine selbstbewusste Prognose. Denn gleichzeitig wird andernorts längst darüber diskutiert, was passiert, wenn Regionen zwar Arbeitsplätze schaffen, aber für die Menschen, die sie besetzen sollen, an Attraktivität verlieren. Deutschland – besonders die ostdeutschen Bundesländer – steht für viele eben nicht für wirtschaftlichen Boom, Innovation und Arbeitsplätze, sondern für den Anstieg rechter Bedrohungen.

Wie stark dieser Faktor wirken kann, zeigt sich in Sachsen-Anhalt. Im Zusammenhang mit der kürzlichen Landtagswahl, in der der rechtsextrem eingestufte Landesverband der AfD 43,8 Prozent der Stimmen bekam, prognostizieren Forscher des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle eine wachsende Beschäftigungslücke von 46 Tausend fehlenden Beschäftigten bis zum Ende der Legislaturperiode. Es ist eine Folge einer gegen Migration gerichteten Politik und einer nach rechts rückenden Gesellschaft.

Wirtschaftsbürgermeister Pratzka sagt, er sei von den internationalen Unternehmen noch nie auf die AfD angesprochen worden. Einzelne Menschen machten auch schlechte Erfahrungen, räumt er ein. Für das Gesamtbild der Stadt hält er diese aber nicht für prägend.

Die Bubble und der Boom

Wie selbstverständlich Internationalität in dieser Branche längst ist, zeigt sich bei DAS Environmental Expert. Das Dresdner Unternehmen gibt es seit Anfang der 1990er Jahre. Es

baut unter anderem Anlagen zur Abgasreinigung für die Halbleiterindustrie und ist damit Teil jener Wertschöpfungskette, die den Boom überhaupt erst möglich macht. Rund 500 Menschen arbeiten am Dresdner Standort, noch einmal ungefähr so viele an Standorten weltweit. In Dresden kommen die Beschäftigten aus rund 25 Nationen.

Ein Kollege aus Taiwan könne nicht nur übersetzen, sondern auch dabei helfen, technische Anforderungen eines taiwanischen Kunden schneller zu verstehen. Internationalität, sagt die Unternehmenssprecherin und Chief Culture Officer Daniela Georgi, mache die Zusammenarbeit schlicht effizienter.

Das ist er wohl, der Dresdner Boom: ein Unternehmen mit Wurzeln in der Stadt, das vom globalen Wachstum der Halbleiterindustrie profitiert und selbst internationaler wird. Doch selbst die Unternehmenssprecherin nennt ihre Branche eine »Bubble«. Was pas-



Viele große Chiphersteller haben ihre Konzernzentralen nicht in Dresden, sondern in den USA, Taiwan oder anderswo.

Links: Angehende Startup-Gründer.

Rechts: Werkhalle bei DAS Environmental Expert.

siert, wenn die Beschäftigten diese Blase verlassen, ist schwierig zu messen. Bei DAS habe man bislang nicht erlebt, dass Beschäftigte angegriffen oder massiv beleidigt worden seien. Viele internationale Kolleginnen und Kollegen, die zum Studium nach Dresden kamen, fühlten sich wohl und blieben. Möglich sei allerdings eine Dunkelziffer von Menschen, die Sachsen wegen seines Rufes gar nicht erst in Betracht ziehen. Ob das bei einer ausgeschriebenen Stelle einer oder 30 Bewerbende seien, könne niemand wissen.

Dass viele Dresdner mit dem Silicon Saxony wenig anfangen können, überrascht die DAS-Vertreterin nicht. Im Gegenteil: Diesen Eindruck könne sie »auf jeden Fall bestätigen und unterschreiben«. Das liege auch an der Struktur der Branche. Viele große Chiphersteller hätten ihre Konzernzentralen nicht in Dresden, son-

dern in den USA, Taiwan oder anderswo. Entscheidungen über die Öffentlichkeitsarbeit würden dort getroffen. Kleinere Zulieferer wiederum haben weniger Geld für Stadtmarketing oder Sponsoring. Auch DAS müsse sich überlegen, ob sein Kommunikationsbudget in internationale Vertriebsarbeit fließe oder etwa in einen Firmenlauf in Dresden, sagt Georgi. Rein wirtschaftlich gebe es derzeit wenig Grund, viel Geld dafür auszugeben, die eigene Rolle in der Stadt sichtbar zu machen.

Das Silicon Saxony ist eine Blase. Genau darin sieht sie aber auch eine vertane Chance. Würden mehr Menschen aus Dresden mit der Chipindustrie in Kontakt kommen, könnte die Branche zeigen, dass internationale Zusammenarbeit nichts Besonderes sein muss. Wer einen Menschen kenne, sehe irgendwann zuerst den Menschen und weniger dessen kulturellen Hintergrund. Dafür brauche es keine »moralische Keule«, sagt sie, sondern Begegnung.

24.000

Arbeitsplätze sollen in der Tech-Branche bei Dresden bis 2030 entstehen.

Kommt der Boom in der Stadt an?

Wirtschaftsbürgermeister Pratzka hat dafür ein ziemlich konkretes Bild im Kopf. Nach einer Reise nach Taiwan schwärmt er von den Nachtmärkten dort. So etwas würde er sich auch für Dresden wünschen: einen Ort, an dem nachts unter freiem Himmel gegessen wird und sich die kulinarische Vielfalt der Stadt zeigt. Noch scheitert das vielleicht an deutscher Nachtruhe und deutschem Wetter, scherzt er. Aber wenn mit den Fachkräften Familien kämen, würden auch deren Talente und Kulturen stärker im Stadtbild sichtbar.

In der Gründerzeitvilla der Yetis ist diese Entwicklung noch greifbarer. Die meisten Start-ups werden von Teams mit unterschiedlichen Backgrounds gegründet. Sanchit Jain von chipfoundry.one sagt, bevor er nach Dresden kam, habe er gehört, Sachsen sei wenig international. Heute erlebe er das anders. Es gebe mehr internationale Studierende, mehr kulturelle Veranstaltungen, mehr Menschen, mit denen er Englisch sprechen könne. In Workshops, die er an der Uni hält, saßen 60

bis 70 Prozent internationale Studierende. Er macht sich keine Sorgen um den Rechtsruck, schließlich sei er legal in Deutschland. Seine Kollegin Harshita Sharma sagt: »Mir wird öfters die Frage gestellt, ob ich in Dresden Diskriminierung erlebe, als dass ich tatsächlich diskriminiert werde.«

Ob bald auch Dresdner und Dresdnerinnen außerhalb der Tech-Bubble wissen, dass sie in einer Boomregion leben, wird sich auch daran entscheiden, ob der erzeugte Wohlstand allen zugutekommt. Und daran, wie viele Arbeitsplätze die Branche langfristig schafft. Die ganzen Innovationen in der Stadt würden gerade erst richtig Fahrt aufnehmen, sagt chipfoundry.one-Kollegin Thorgund Nemec. In 15 Jahren könnte Dresden wie München sein – also ein starkes Ökosystem für Start-ups und Industrie haben. Im Laufe der Zeit werde sich das Silicon Saxony mehr in die Stadtgesellschaft integrieren.

Dann wäre der Boom vielleicht auch auf der Prager Straße angekommen. Offen bleibt, ob die Dresdner Münchner werden wollen. ●

HENRIKE MÜLLER-MAHN ist freie Journalistin in Berlin und arbeitet viel zu Ostdeutschland und Jugendkultur. Ihre Mutter hat zu DDR-Zeiten eine Zeit lang in der Halbleiterindustrie gearbeitet. Aber das ist eine Geschichte für ein anderes Mal.

Anzeige

»Demokratie braucht eine Wirtschaftspolitik des *Nie wieder*.«

Isabella M. Weber
Antifaschistische
Wirtschaftspolitik
Klappenbroschur
26,00 €

Mehr erfahren:



Suhrkamp



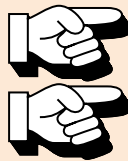
Foto: Heike Steinweg / Suhrkamp Verlag

Der Osten in Zahlen

Ostdeutschland unterscheidet sich wirtschaftlich stark von Westdeutschland: ob Vermögen, Löhne, Industrie oder Kitaplätze – ein Überblick in Zahlen.

Arbeitslosenquote

7,8% vs. 5,9%



Die Arbeitslosenquote liegt im Osten seit der Wiedervereinigung durchgehend über dem Westniveau.

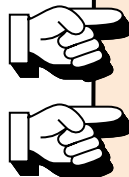
Der Abstand gilt als strukturelles Erbe der Deindustrialisierung der 1990er Jahre, die den Osten besonders hart traf.

Quelle: bpb.de, Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit (2025)

Kita-Betreuungsquote

54,2% vs. 32,7%

Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Tageseinrichtungen (2023)



Im Osten besucht mehr als jedes zweite Kind unter drei Jahren eine Kindertageseinrichtung, im Westen nur etwa jedes dritte.

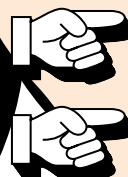
Der Unterschied ist ein Erbe der DDR, in der ganztägige Kinderbetreuung fester Teil der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen war.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wanderungssaldo

-1,2 Mio.

Wanderungsverlust Ost → West seit 1991 (netto, ohne Berlin)



Seit der Wiedervereinigung sind netto rund 1,2 Millionen Menschen mehr von Ost- nach Westdeutschland gezogen als umgekehrt.

Besonders junge Menschen unter 25 Jahren und Frauen sind überproportional stark abgewandert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Geschlechterverhältnis & Familien

< 70 Frauen

auf 100 Männer



In manchen ländlichen Regionen Ostdeutschlands kommen auf 100 Männer weniger als 70 Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren.



Ursache ist eine über Jahrzehnte geschlechtsselektive Abwanderung: junge Frauen verließen strukturschwache Regionen häufiger als Männer.

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

OST

Löhne

3.973 € vs. 4.810 €

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (2024)

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst liegt im Westen aktuell rund ein Fünftel über dem im Osten.

Damit hat sich die Lohnlücke seit der Wiedervereinigung spürbar verringert, ist aber bis heute nicht geschlossen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

WEST

Gender Pay Gap

OST

5% vs. 17%

Gender Pay Gap (2025)

Im Osten fällt der Gender Pay Gap deutlich geringer aus, weil Frauen dort historisch bedingt häufiger in Vollzeit erwerbstätig sind als im Westen.

Bundesweit liegt der Wert bei 16 % und damit näher am West- als am Ost-Niveau, weil dort der Großteil der Erwerbstätigen lebt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

WEST

Vermögen

97.800 € vs. 214.500 €

OST

Immobilienvermögen je Haushalt (2023)

Der Immobilienbesitz westdeutscher Haushalte ist im Schnitt mehr als doppelt so viel wert wie der ostdeutscher Haushalte.

Auch beim Geldvermögen liegt der Westen vorn: durchschnittlich 81 500 € pro Haushalt gegenüber 49 100 € im Osten (2023).

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

WEST

Entindustrialisierung des Ostens
nur 20–25%

der ostdeutschen Industriearbeitsplätze blieben nach 1990 erhalten.

In den 1990er Jahren gingen in kürzester Zeit drei Viertel der ostdeutschen Industriearbeitsplätze verloren.

Bis heute fehlen dem Osten große, überregional exportierende Industrieunternehmen – die Wirtschaft bleibt kleinteiliger als im Westen.

Quelle: Bernd Martens: »Der entindustrialisierte Osten«, bpb.de

Altersstruktur

OST

28% vs. 22%

Anteil der über 65-Jährigen (2024)

Der Anteil älterer Menschen ist im Osten spürbar höher als im Westen.

1990 war es noch umgekehrt: Die ostdeutsche Bevölkerung war im Schnitt jünger als die westdeutsche.

Quelle: Statistisches Bundesamt

WEST

Wenn die Stromrechnung radikalisiert

Studienportrait

Eine neue Studie wertet die politischen Folgen der Energiekrise von 2022/23 aus. Das Ergebnis: Mit der Stromrechnung stieg auch die AfD-Unterstützung. Von **Eva Kaiser**



Preissignal erhalten, Verluste mit Transfers ausgleichen – so lautet die Standardempfehlung der Mainstream-Ökonomie für Preisschocks. Das heißt in der Praxis, dass alles teurer werden muss – und Haushalte an anderer Stelle entlastet werden. Doch was vermeintlich »ökonomisch effizient« ist, kann hohe politische Kosten verursachen, wie eine neue Studie von Forschenden des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) zeigt. Demnach wurden diejenigen Haushalte, die während der Energiekrise 2022/23 eine überdurchschnittliche Erhöhung der Stromabschlagszahlung erhielten, mit einer um 7,5 Prozentpunkten höheren Wahrscheinlichkeit zu Unterstützern der AfD. Diese Unterstützung hielt auch an, als die materielle Belastung wieder nachließ.

Der Markt kann nie versagen

Infolge des Angriffskriegs auf die Ukraine im Frühjahr 2022 drosselte Russland die Gaslieferungen nach Europa und Deutschland, bevor sie mit weiteren Sanktionen und Sabotage an der Nordstream-Pipeline nahezu vollständig zum Erliegen kamen. Über die Kopplung mit Gaskraftwerken und dem Merit-Order-Preissystem auf dem Strommarkt griffen die höheren Gaspreise auf die Strompreise über – es kam zu einem umfassenden Energieschock. Das löste eine Inflation aus, die zu den höchsten Reallohnverlusten der Nachkriegsgeschichte führte. Schnell wurden Rufe nach Preisbremsen laut, die jedoch von Ökonomen mehrheitlich abgelehnt wurden.

Exemplarisch verdeutlichte das die spätere Vorsitzende der Gaskommission und Mitglied im Sachverständigenrat Wirtschaft, Veronika Grimm. Im August 2022 sagte sie in der *Welt*: »Besser als ein Preisdeckel wäre eine Einmalzahlung, die den Kostenanstieg kompensiert.« Die Bundesregierung unter der Am-

pel-Koalition folgte in der Energiekrise 2022/23 dieser Logik zumindest teilweise: Sie ließ die gestiegenen Energiepreise bei den Verbrauchern ankommen und versuchte zugleich, die Belastungen mit drei Entlastungspaketen im Volumen von mehr als 95 Milliarden Euro abzufedern. Später griff sie mit der Strom- und Gaspreisbremse allerdings auch direkt in die Preisbildung ein.

Gestaffelte Preiserhöhungen

Doch trotz der Bemühungen der Bundesregierung, den Kostenschock teilweise abzufedern, reagierten Teile der Bevölkerung ungehalten. Konkret untersuchte das nun ein Forschungsteam um Théo Konc (PIK/Wageningen/TU Berlin) und Jan Christoph Steckel (PIK/TU München) genauer. Über vier Befragungswellen hinweg – von Januar 2023 bis Anfang 2024 – interviewten sie wiederholt etwas mehr als 2000 Haushalte und verknüpften anschließend deren Stromrechnungen mit ihren politischen Einstellungen. Die Studie nutzt dabei eine Eigenheit des deutschen Abrechnungssystems als natürliches Experiment: Weil die rund 1400 Stromversorger ihre Abschlagszahlungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten anpassen, erlebten Nachbarn im selben Haus den Preisschock oft Monate auseinander – unabhängig von Einkommen, Wohnort oder politischer Haltung. Wer erst in der dritten oder vierten Fragerunde angab, eine Stromkostenerhöhung erhalten zu haben, konnte auf diese Weise direkt mit Personen verglichen werden, die schon zu einem früheren Zeitpunkt von gestiegenen Kosten berichteten. Auf diese Weise konnten die Wissenschaftler beobachten, dass die Haushalte je nach Betroffenheit unterschiedlich reagierten. Und dass unter denen, deren Energiekosten über den gemessenen Mittelwert (31 Prozent) hinaus stiegen, die Stimmung tatsächlich zu dem Zeitpunkt kippte, in dem sie höhere monatliche Abschläge zahlen mussten.

AfD gewinnt, die Grünen verlieren

Die Wissenschaftler errechneten, dass die Wahrscheinlichkeit, in Zukunft die AfD zu unterstützen, unter diesen Haushalten um 7,5 Prozentpunkte stieg. Andere Parteien profitierten hingegen gar nicht von einem geänderten Wählerverhalten; die Grünen verloren gar an Unterstützung.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Zustimmung oder Ablehnung einer bestimmten Partei nicht zwingend mit einem grundsätzlichen Wandel der politischen Haltung einherging. Die Autoren konnten etwa keinen Beleg dafür finden, dass die Überläufer beispielsweise rassistischer wurden oder einer Umverteilung zunehmend positiver gegenüberstanden, nachdem der Kostenschock sie traf. Bis auf eine leicht wachsende Antipathie gegenüber Klimaschutzmaßnahmen blieben die neu gewonnenen AfD-Wähler ihrer vorherigen Einstellung im Großen und Ganzen treu. Wer, nachdem er eine gehörige Nebenkostenerhöhung erhalten hatte, zur AfD wechselte, war in der Regel auch vorher schon ähnlich rassistisch eingestellt wie das AfD-Stammklientel. Noch hatte er sich allerdings ausreichend gut aufgehoben gefühlt bei einer Partei, die zumindest die demokratische Grundordnung akzeptierte. Erst die konkrete

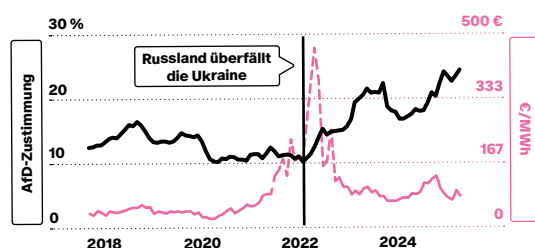
Erfahrung eines Energiepreisschocks aber veranlasste die Betroffenen dazu, eine Partei zu unterstützen, die 2022 bundesweit Proteste gegen die Energiepolitik der Bundesregierung organisierte, auf denen häufig Reichskriegsflaggen geschwenkt wurden.

Preisgetriebener Rechtsruck

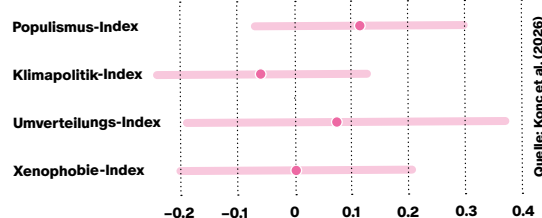
Nun lautet die gute Nachricht, dass Haushalte, die »nur« etwa ein Drittel mehr für Strom und Heizen ausgeben mussten, sich im Schnitt weiterhin an die demokratischen Parteien hielten. Die Studie gibt keine Auskunft darüber, ob sie sich eher von der relativ willkürlichen Energiepreispause in Höhe von 300 Euro im September 2022 besänftigt fühlten oder von der Gaspreisbremse, die ab März 2023 umgesetzt wurde und rückwirkend ab Januar galt.

Dafür macht die Studie aber sehr deutlich, dass die Abwanderung zur AfD unter denjenigen, deren Energiekosten überdurchschnittlich stark stiegen, eine direkte Antwort auf den Kostenschock war. In ihrer politischen Haltung blieben diese Menschen unverändert; ihre Parteipräferenz änderten sie aber schlagartig. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass gerade das in Lehrbüchern gepriesene Preissignal, das es in jedem Fall zu erhalten gelte, sie im Moment einer Krise so empföhrte, dass sie sich den Rechten zuwandten. Preisspitzen, unabhängig davon, was sie verursacht hat, ohne Abfederung an die Bevölkerung weiterzugeben, hat deshalb hohe politische Kosten. Offenbar haben die AfD-Überläufer die Entlastungsmaßnahmen kaum in Zusammenhang gebracht mit der Zumutung einer Stromrechnung, die durch die Decke schoss. Wollen Regierungen für zukünftige Preiskrisen daraus Lehren ziehen, dann müssen sie einen Werkzeugkasten entwickeln, mit dessen Hilfe Entlastungen prompt und zielgenau dort erfolgen können. Das können Preisdeckel sein. Oder Zahlungen, die beispielsweise direkt mit der Stromrechnung verknüpft werden. Das erfordert ein hohes Maß an Koordination und unverzügliche Handlungsbereitschaft. Einmalzahlungen, die Monate nach dem Schock ankommen, stellen niemanden zufrieden. Somit erweist sich die ordoliberal-ökonomische Lehrbuchantwort »Preissignal weitergeben und kompensieren« als politischer Sprengstoff für jede Regierung, die ihr folgt. ●

Monatliche AfD-Sonntagsfrage in Prozent und durchschnittlicher Großhandelsstrompreis in Euro je Megawattstunde



Einfluss einer Kostenerhöhung über dem Mittelwert



● Schätzung auf Grundlage der Stichprobe in der Studie
 Konfidenzintervall = wahrscheinlicher Bereich bei Befragung aller Haushalte, je breiter, desto unsicherer

EVA KAISER ist Redakteurin bei Surplus. Sie studiert im Master in Global Studies and Economic History an der London School of Economics und der Universität Leipzig.

SPD

Auch gegen den
Reformkurs wählten viele
Menschen im Osten die AfD.
Die Ostbeauftragte
Elisabeth Kaiser (SPD)
erklärt im Interview mit
Matthias Ubl, was falsch lief.

Fotos von Doro Zinn





Jahre zur Ursache aller Probleme gemacht wird. Und man muss ehrlicherweise sagen: Auch wir haben dieses Narrativ teilweise aufgegriffen und es damit verfestigt.

Auch real trifft die Regierungspolitik viele, die ohnehin ökonomische Sorgen haben. Kürzungen beim Elterngeld, beim Wohngeld, die Regelungen zur Krankschreibung.

Ich will dazusagen: Die letzte Koalition, die Ampel, ist an vier Milliarden Euro im Haushalt gescheitert. Jetzt hatten wir eine Lücke von 34 Milliarden und haben es trotzdem geschafft, einen soliden Haushalt aufzustellen. Dafür mussten alle Ressorts einsparen, und auch das Familienministerium hat sich entschieden, beim Unterhaltsvorschuss und beim Elterngeld zu sparen. Jetzt ist natürlich die Frage: Können wir das so mittragen? Ich muss klar sagen, dass das für mich die falschen Signale sind. Das muss nachgebessert werden. Wir müssen auch die Vermögenden in den Blick nehmen,

»Die Regierung hat die falschen Signale gesetzt«

Frau Kaiser, der Reformkurs der Regierung hat den Sieg der AfD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit befeuert. Ist die SPD mitverantwortlich für den Aufstieg der AfD?

Elisabeth Kaiser: Der Trend, Populisten zu wählen, ist nicht neu. Wir sehen das seit über zehn Jahren, in ganz Deutschland, Europa und weltweit. Wenn Menschen unsicher sind, wenn sie Angst um ihren sozialen Status haben, wenn ihnen finanzielle Ressourcen, Bildungsressourcen und ein stabiles soziales Umfeld fehlen, dann sind sie anfälliger für einfache Antworten und populistische Erzählungen. Und da verfängt die AfD.

Ich glaube, dieses Gefühl »wir hier unten und die da oben« wurde in dieser Regierung verstärkt, insbesondere durch die Rhetorik: Man solle sich mehr anstrengen, um dieses Land nach vorn zu bringen, man solle länger arbeiten, man mache zu oft krank. Das kommt gerade in Ostdeutschland überhaupt nicht gut an. Die Realität – mit durchschnittlich niedrigeren Löhnen – war dort immer: Ich muss mich abstrampeln, um in diesem System überhaupt mithalten zu können. Das ist natürlich Enttäuschung und Ernüchterung, die die Menschen da gespürt haben, die AfD bespielt diese Gefühle, sie verspricht Wirkmächtigkeit. Und die Antwort: »Wenn wir die Migranten aus diesem Land verweisen, wird alles besser«, verfängt leider auch, weil Migration schon über

die unheimlich viel Wohlstand auf sich vereinigen. Es bleibt die Frage, wie wir Reformen so gestalten, dass sie möglichst gerecht sind. Das wird noch einige Diskussionen brauchen.

Sie sagen, man könne den Haushalt entlasten, indem man Reiche stärker besteuert. Aber das ist mit der CDU offensichtlich nicht möglich. Müsste die Konsequenz nicht sein, nicht mit der CDU zu regieren? Letztlich schafft sich die SPD doch durch diese Kompromisse selbst ab?

Natürlich würden sich das viele wünschen, auch in der eigenen Partei. Aber wir sind immer schon die Partei, die staatspolitische Verantwortung trägt und sagt: erst fürs Land, dann für die Partei. Und was die Mehrheiten im Bundestag angeht, können wir momentan nicht einfach so herausgehen. Dann stellt sich nämlich die Frage, was dann passiert. Es gibt durchaus auch in der Union Kräfte, die sich vorstellen können, Mehrheiten mit der AfD zu suchen. Dieser Gefahr wollen wir unser Land nicht aussetzen. Und ich glaube auch, dass es schlecht wäre für die Stabilität der Konservativen, dass es sie zerreißen könnte. Da könnten wir sagen: Das ist nicht unser Problem. Aber ich glaube es am Ende doch, weil es für unsere Demokratie schwierig ist, wenn die großen Parteien auseinanderfallen.

Aufgrund dieser schwierigen Mehrheitsverhältnisse stehen wir in der Verantwortung, zu versuchen, in dieser Koalition Lösungen zu finden – die leider nicht immer das sind, was wir uns als Sozialdemokratie vorstellen, die aber in Richtung der notwendigen Reform und Modernisierung unseres Landes gehen. Wir müssen nur wirklich aufpassen: zum einen, dass wir die Menschen nicht zu stark belasten, und zum anderen, dass wir respektvoll mit ihnen reden.

Sie haben es selbst beschrieben: Ökonomische Faktoren sind ausschlaggebend für den Aufstieg der AfD. Müsste man nicht, um die AfD als stärkste Kraft bei der Bundestagswahl zu verhindern, jetzt eine radikal andere Wirtschaftspolitik verfolgen?

Zum einen sehen wir schon, dass wirtschaftliche Faktoren eine Rolle spielen – aber nicht alle, die AfD wählen, stehen ökonomisch schlecht da. Manche stehen recht gut da, aber die Angst, diesen Wohlstand zu verlieren, ist für viele ein Thema. Und ein Teil der Menschen, denen es finanziell und ökonomisch wirklich nicht gut geht, hat möglicherweise die Hoffnung, dass es mit der AfD besser wird. Sie hoffen darauf, dass das System umgestürzt und verändert wird, weil die Eliten ja angeblich nur in die eigenen Taschen wirtschaften. Das ist das Narrativ, das die AfD erzeugt hat. Erst einmal wäre es unsere Aufgabe, die Lage und die Realität in unserem Land wieder zu vermitteln. Denn die AfD hat es über Kommunikation, über Social Media geschafft, einen ganz anderen Eindruck davon zu erzeugen, wie das System funktioniert und wie die Demokratie in unserem Land beschaffen ist – bis hin zum Deep State und allem Möglichen. Diese Desinformation zu entlarven, ist nicht einfach. Ich finde schon: Wir müssen über ein neues Wirtschaftsmodell sprechen, an dem mehr Menschen teilhaben können, über andere Bildungschancen. Das ist die Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Dafür müssen sich auch die linken Kräfte stärker zusammenschließen.

Ich komme selbst aus dem sächsischen Zwickau und kenne den Osten gut. Wir haben dort einen riesigen Niedriglohnsektor, weniger Leute in hohen beruflichen Positionen, weniger Menschen mit Hochschulabschluss, mehr Menschen im ländlichen Raum. Sozialstrukturell ist das anders als im Westen. Wie kann man für den Osten etwas tun?

Es ist enorm wichtig, dass wir die Tarifbindung und die Mitbestimmung stärken, denn damit schaffen wir bessere Voraussetzungen für höhere Löhne. Und da sind wir gerade in einer heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, weil die Wirtschaft stark dafür lobbyiert, vor allem an die Arbeitskosten und an die Mitbestimmung heranzugehen, nach dem Motto: Das unternehmerische Primat muss absolute Geltung haben. Aber wir wissen – die Hans-Böckler-Stiftung hat dazu Studien veröffentlicht –, dass Unternehmen mit Mitbestimmung im Durchschnitt viel erfolgreicher sind. Und es wird umso wichtiger, je mehr KI in die Arbeitswelt Einzug hält, dass die Beschäftigten über die Entwicklung des Unternehmens mitentscheiden, aber auch die Möglichkeit haben, vom Gewinn zu profitieren. In diese Richtung müssen wir viel stärker denken, denn dann kommt man auch zu anderen Löhnen, als wir sie bisher haben. Da wäre eine Investitionsförderung; eine Kapitalstärkung im Osten, wichtig. Wir haben in Ostdeutschland eine unheimlich starke Innovations-

kraft, die Hochschulen produzieren sehr viele gute Patente. Aber sie kommen noch nicht stark genug in die Anwendung. Natürlich haben wir sehr gute Förderprogramme wie das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), das INNO-Kom oder die industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF). Diese Programme fördern innovative Ideen von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen und helfen dabei, sie weiterzuentwickeln. Das ist gerade in Ostdeutschland mit seinem geringen privaten F&E-Volumen besonders wichtig. Ich meine aber, dass diese Programme finanziell weiter verstärkt werden müssten. Darüber bin ich auch mit Lars Klingbeil im Gespräch.

Wie könnten staatliche Investitionen genau ausgestaltet sein?



Die Frage ist: Wie kann der Staat in strukturschwachen Gebieten Unternehmen anlocken beziehungsweise diesen zu mehr Wachstum verhelfen? Die Bundesregierung unterstützt bereits heute Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen. Maßnahmen wie Investitionen in gute Infrastrukturen für Logistik und Kommunikation helfen, dass Unternehmen sich für bestimmte Standorte entscheiden.

Ich sage aber auch ganz klar: Eines der größten Probleme für die Unternehmen ist immer häufiger der Fachkräftemangel. Gerade kleinere Firmen in Ostdeutschland leiden massiv darunter. Mit Investitionen allein können wir hier keine Abhilfe schaffen. Die Bundesregierung versucht deshalb, auch aus dem Ausland Fachkräfte anzuwerben. Doch es kommt natürlich auch vor Ort auf die richtige Willkommenskultur an.

Darüber hinaus müssen wir in besonderem Maße wirtschaftliche Ökosysteme in Zukunftsbranchen fördern und weiterentwickeln. Neben staatlichen Maßnahmen braucht es dafür auch engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie gut ausgebildete Fachkräfte.

Wir haben bereits eine ganze Reihe solcher wirtschaftlichen Ökosysteme oder Wirtschafts-Cluster, wie im Bereich der Mikroelektronik, der Automobilindustrie (wenngleich ein bedeutender Teil hier gerade in der Krise ist) oder auch der grünen Technologien. Solche zukunftsorientierten Cluster müssen wir weiterentwickeln – hier müssen wir dranbleiben, denn hier gibt es große und nachhaltige Wachstumschancen.

Ein Beispiel wäre das »Silicon Saxony«, also die Region um Dresden, die ein neuer Technologie-standort werden soll.

Genau, und dann haben wir auch das Optik- und Photonik-Cluster in Jena – ein Paradebeispiel für ein funktionierendes Hightech-Cluster in ganz Deutschland. Wir haben Magdeburg und Sachsen-Anhalt mit Medizintechnik, aber auch Life Sciences – da gibt es spannende Entwicklungen. Maritime Wirtschaft und die erneuerbaren Energien sind im nördlichen Ostdeutschland ein erfolgreiches Riesenthema. Damit stellt sich übrigens eine zentrale Frage: Wie können wir die Energiepreise so regeln, dass sich Unternehmen dort ansiedeln, wo die Energie günstig und erneuerbar ist, und wir sie nicht künstlich durch Gaskraftwerke unterstützen müssen? Die Erneuerbaren weiter auszubauen und das Wasserstoffnetz zu stärken, birgt für Ostdeutschland ein enormes Potenzial. Da spielt für mich die Zukunftsmusik. Wir haben überall Bereiche, die sich gut und stark entwickeln. Es gilt, genau dort hinein zu investieren und diese Cluster weiter zu stärken.

Wenn wir auf die Chemie- oder die Automobilindustrie schauen, sieht die Lage nicht besonders gut aus. Wie ist die Stimmung bei den Unternehmen, mit denen Sie sprechen?

Wir sehen, dass die mitteldeutsche Chemie stark unter Druck steht und dass es da große Ängste gibt. Während die Chemie-Märkte in China und den USA wachsen bzw. sich stabilisieren, passiert in Europa das Gegenteil und das bereits seit einigen Jahren. Hier schrumpfen die Produktionskapazitäten dramatisch. Davor ist auch die mitteldeutsche Chemie nicht gefeit. Dass sich große Investoren wie DOW und DOW zurückziehen, bedeutet natürlich starke Veränderungen – einmal für die Beschäftigten und auch für die Abnehmer der Produkte. Hier sind auch die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dringend notwendige Grundstoffe weiterhin geliefert werden, damit nicht ganze Lieferketten zusammenbrechen und weitere Unternehmen schließen müssen. Die Länder und der Bund müssen das selbstverständlich unterstützen.

Und bei der Automobilindustrie sprechen wir natürlich schon lange darüber: Was kann der Staat tun, welche Rahmenbedingungen braucht es? Da finde ich es richtig zu sagen: Wir müssen den Kurs der Elektromobilität und der Dekarbonisierung auch im Automobilbereich weitergehen. Das ist ein großer Markt und eine große Chance.

Aber genau diese Elektromobilität wird ja nun wieder zurückgefahren. Nehmen wir das VW-Werk in Zwickau, eines der ersten in Europa, das komplett auf E-Mobilität umstellte. Jetzt ist seine Zukunft bedroht. Am Werk hängt eine ganze Zuliefererstruktur und damit wirtschaftlich eine ganze Region. Gleichzeitig werden Entscheidungen über VW

von Niedersachsen aus gefällt. Was kann man da als Ostbeauftragte machen, um die Region konkret zu unterstützen?

Natürlich ist es wichtig, nah an der Region zu sein, mit den Beschäftigtenvertreterinnen und -vertretern zu sprechen, aber auch mit der Leitung am Standort und in Wolfsburg. Und es ist ja zumindest eine günstige Konstellation, dass man einen guten Draht zum niedersächsischen Ministerpräsidenten hat. Mit dem bin ich natürlich intensiv im Austausch.

Bei allem Verständnis dafür, dass man in Niedersachsen das eigene Bundesland und die eigene Region sieht: Auch dort weiß man um die Bedeutung der Automobilindustrie und des Standorts Zwickau für die gesamte Region. Und wenn ich in einer Region Perspektivlosigkeit hinterlasse, die ohnehin nicht besonders optimistisch auf die Politik und auf die anstehenden Veränderungen schaut, dann spiele ich der AfD, den Populisten, die Bälle praktisch ins Tor. Das muss man sich bewusst machen. Und nicht nur politisch – auch wirtschaftlich macht es keinen Sinn, weil es eben ein so modernes Werk ist. Es ist eines der kosteneffizientesten Werke, die VW hat, auch in Europa. Da muss man schon sehen, dass man eine gute Verwendung findet und dass es eine Zukunftsperspektive gibt.

Danach sieht es aber im Moment nicht aus.

Es wird an verschiedenen Lösungen gearbeitet. Ich bin – wie gesagt – auch im Austausch mit dem VW-Konzern. Wenn es gelingt, Kosten einzusparen, und wenn man prüft, inwieweit der europäische Markt für Fahrzeugmodelle offen ist, die ursprünglich in China produziert werden sollten – dann könnte das für Zwickau durchaus eine Chance sein. Eine andere Idee ist der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft im VW-Werk Zwickau. Es wird ja zunehmend wichtig, dass wir teure Rohstoffe wieder in den Umlauf bringen und wiederverwenden. Allerdings würden die Beschäftigtenzahl im Werk und die Anzahl der Zulieferer und Logistiker verglichen mit dem heutigen Stand massiv einbrechen, was wiederum einen kaum zu ersetzenden Kaufkraftverlust für die gesamte Region nach sich zöge. Deshalb könnte das nur ein Teil der Lösung sein.

Wenn Sie von Einsparungen beim Konzern sprechen – schwebt Ihnen da auch so etwas vor wie weniger Dividenden auszahlen, gekürzte Gehälter oder sogar Entlassungen im Top-Management? Das könnte man ja auch machen.

Ich glaube, dass es viele im VW-Konzern gibt, die das verstehen und befürworten würden. Wir müssen auch einmal schauen, ob diese Renditen gerechtfertigt sind. Aber am Ende hängt der Vorstand natürlich auch an der Eigentümerfamilie, die gewisse Renditeerwartungen hat. Ich bin bei den Zahlen nicht ganz sicher, aber es geht um 3,8 Milliarden Euro Gewinn und darum, auf neun Milliarden zu steigen – zum Teil natürlich auch, um die nötigen Investitionen zu tätigen und bei der Modernisierung Schritt zu halten. Aber dahinter stehen eben immer auch Gesellschafterinteressen und die Frage der künftigen Investitionsbereitschaft. Und um das zu bedienen, werden weiterhin hohe Dividenden ausgeschüttet. Das ist natürlich eine schwierige Spirale, weil hohe Renditen zu Lasten notwendiger Investitionen am Ende immer auch auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Standorte gehen. Da würde ich mir schon eine größere Ausgewogenheit wünschen.

Lassen Sie uns über die Vermögens- und Einkommensunterschiede zwischen Ost und West sprechen. Es ist ja bekannt, dass die reichsten Ostdeutschen immer noch zugezogene Westdeutsche in Potsdam sind. Welche Maßnahmen schweben Ihnen vor, um in Ostdeutschland den Vermögensaufbau zu stärken und die Ungleichheit zu reduzieren?

Erst einmal ist es insgesamt wichtig, dass große Erbschaften anders betrachtet werden. Das ist für ganz Deutschland relevant, weil die Schere zwischen Vermögenden und Nichtvermögenden überall größer geworden ist. Und der Unterschied zwischen Ost und West hat sich nicht verändert, der ist nach wie vor dramatisch. Das heißt: Wir müssen insgesamt an die großen Vermögen heran und sie stärker besteuern, und eben auch große Erbschaften stärker besteuern, damit wieder mehr in die Infrastruktur investiert werden kann. Damit meine ich nicht nur die bauliche Infrastruktur, sondern auch die soziale und die Bildungsinfrastruktur.

Auf der anderen Seite muss es darum gehen, wie Ostdeutsche besser Vermögen aufbauen können. Das fängt früh mit guter Bildung an – und damit, dass es nicht davon abhän-

gen sollte, in welchem Elternhaus ich aufwache. Und dann ist Finanzbildung enorm wichtig. Wenn mein Elternhaus außer dem Sparbuch keine Erfahrung damit hat, Geld so anzulegen, dass es für mich arbeiten kann – Aktien zu kaufen oder in einen Fonds zu investieren –, dann ist einem das fremd. Mir ging es auch so, ich habe lange mit solchen Dingen gefremdelt.

Deshalb glaube ich, dass man früh anfangen muss. Ich halte auch die Frühstart-Rente für eine sehr sinnvolle Idee: Für Kinder von 6 bis 18 Jahren wird ein staatliches Depot angelegt, und da wird schon ein Stück weit fürs Alter oder für eine mögliche Bildungsunterstützung Geld angelegt. Die Eltern müssen dann auch damit umgehen und das könnte für die gesamte Familie von Vorteil sein. Aber es bleibt die Frage: Kann man die große Ungleichheit so schnell auflösen? Das wird sich zeigen müssen.

Bei den im Koalitionsvertrag festgehaltenen 10 Euro pro Monat häufen sich über 12 Jahre bei optimistisch gerechneten fünf Prozent Rendite nach Abzug der Inflation knapp 2.000 Euro an. Ob das die Ungleichheit merklich reduzieren wird, darf bezweifelt werden. Und langfristige fünf Prozent Rendite nach Inflation sind eher optimistisch.

Ich glaube, es geht eher darum, die Idee an sich zu unterstützen: Ich lege etwas an, und den Elternhäusern wird deutlich gemacht, dass sie das verstärken können. Es geht darum, den ersten Kontakt mit diesem Thema herzustellen. Das ist die Idee dahinter. Es gibt auch die Überlegung eines Grunderbes, und die finde ich immer noch spannend. Natürlich kommt dann sofort die Frage: Ist das gerecht, es gibt in Westdeutschland ja genauso ärmere Haushalte? Und wenn man es für alle Kinder ab 18 macht, betrifft es eben auch die Reichen. Da müsste man überlegen, wie man so etwas fair einführt. Aber ich halte es nicht für verkehrt, weil es am Ende die Startchancen von allen ein Stück weit erleichtert. ●

Die Erneuerbaren weiter auszubauen und das Wasserstoffnetz zu stärken, birgt für Ostdeutschland ein enormes Potenzial.



Ein Jahr Surplus. Zwei Monate geschenkt.



**Wechsele jetzt ins Jahresabo
und spare 24 € pro Jahr.**

- Ein Jahr progressive Wirtschaftsnachrichten
- Surplus gewinnt Planungssicherheit
- Big Tech verliert Transaktionsgebühren



[www.surplusmagazin.de/
#/portal/account/plans](http://www.surplusmagazin.de/#/portal/account/plans)

Wirtschaftspolitik

Rot-Grün-Rot könnte in Berlin ein Leuchtturmprojekt für ganz Europa schaffen. Doch dazu braucht es ein Transition-Team aus progressiven Technokraten.
Von **Lukas Scholle**



Wie Berlin einen progressiven Leuchtturm schaffen kann



In Berlin ist nach Jahren des Rückschritts wieder eine progressive Koalition möglich. Erstmals unter Führung der Linken. Damit geht es jetzt ans

Eingemachte. Es könnte jener Moment sein, ab dem Politik anders gemacht wird. In der Kommunikation, die deutlich näher an den Menschen ist. Aber auch in den Ergebnissen, die sich deutlich mehr an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Das neue Rot-Grün-Rot in Berlin könnte den Vertrauensvorschluss des Wahltags in Erfolge überführen, die in vielen vorangegangenen Koalitionen unerfüllt blieben – in Brandenburg, in Thüringen, in Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und in Berlin selbst. Dabei geht es dann nicht nur um einen kostenlosen Eintritt ins Museum oder ins Freibad. Es geht um rot-grün-rote Leuchttürme, die Signalwirkung haben: Das Leben der Menschen lässt sich nachhaltig und tiefgreifend verbessern, etwa durch eine Jobgarantie, einen kostenlosen ÖPNV oder die Vergesell-

schaftung großer Wohnungskonzerne.

Damit kann Berlin zum Reallabor transformativer Politik werden. Natürlich gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Bremen und im Saarland durchweg solide sozialdemokratische Politik. Doch substanzielle Gewinne zugunsten der großen Mehrheit und zulasten der Reichsten gab es in diesen Ländern nicht. Doch das kann nun in Berlin (und vielleicht sogar Mecklenburg-Vorpommern) gelingen, wenn man das Regieren strategischer aufstellt.

Technokraten for the many

Mit Politikerinnen, Strategen und Aktivistinnen kann man Wahlen gewinnen. Doch für substanzielle Verbesserungen für die Bevölkerung braucht es dann die Technokraten, allen voran Ökonominen und Juristen. Damit sind nicht jene gemeint, die in zentristischen Regierungen auf die Bremse treten. Da hört man dann, was alles nicht geht. Es

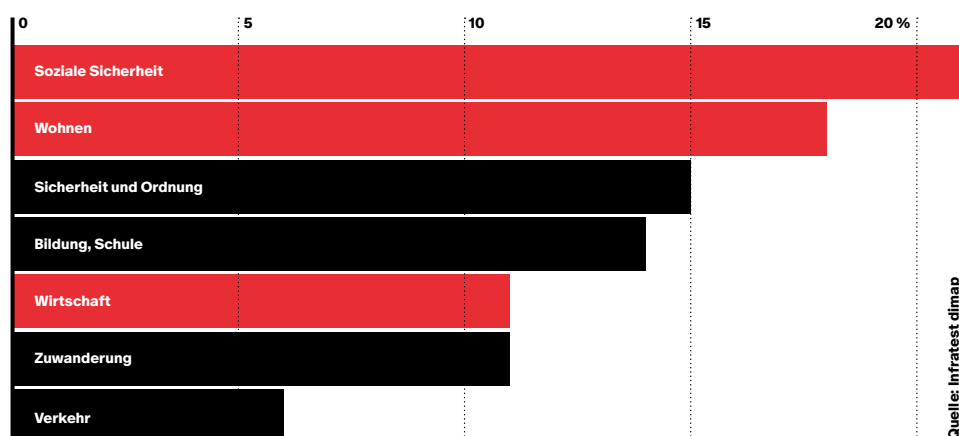


tausende Wohnungen. Im vergangenen Jahr stimmten Mitte-Links-Regierungen potenziell unbegrenzten Rüstungsschulden sowie der Senkung der Unternehmenssteuer zu. Alles Beispiele, in denen ein neoliberales Paradigma die Köpfe beherrschte – und es entweder keine Beratung progressiver Ökonomen oder schlichtweg neoliberale Beratung gab.

Mamdani zeigt in New York, wie es anders geht: Wenige Tage nach der Wahl kündigte er ein Transition-Team an, das aus ausgewiesenen Fachleuten bestand – aus Intellektuellen mit operativer Exzellenz, etwa der Politstrategin Elana Leopold, der Kartelljägerin Lina Khan, der Wohnungsexpertin Maria Torres-Springer, der Sozialexpertin Grace Bonilla und der Finanzexpertin Melanie Hartzog – alle mit Regierungserfahrung. Direkt zu Beginn durchforstete die Spitzenjuristin Lina Khan alle

Das Problem daran: Die neuen Minister und ihre Unterhändler müssen sich dann mit Abteilungsleitern herumschlagen, die schlechtestenfalls eine entgegengesetzte politische Perspektive haben. Dagegen gibt es auch Maßnahmen: den Anteil der austauschbaren politischen Beschäftigten in Landesregierungen erhöhen, blockierende Leute versetzen oder neue Abteilungen aufmachen. Ein Vorbild könnte dafür ironischerweise die »Delivery Unit« sein, wie sie der neoliberale britische Premierminister Tony Blair 2001 einführt. Damit sollte der Staatsabbau in den Ministerien überwacht und beschleunigt werden. Unter umgekehrten Vorzeichen könnte eine »Taskforce Bezahlbarkeit« als neue Abteilung bei der Bürgermeisterin im Roten Rathaus angesiedelt sein. Gerade bei Bezahlbarkeit als ministeriumsübergreifendem Thema würde das

Wirtschaftswahl in Berlin:
Diese Brot-und-Butter-Themen waren wahlentscheidend



geht um das Gegenteil: Technokraten, die fortschrittliche Politik ermöglichen. Fehlen sie, kann eine transformative Politik gleich doppelt scheitern. Einerseits kommt eine Regierung vielleicht gar nicht erst auf die bestmöglichen politischen Antworten, weil ein kreativer Raum für Expertise nie entstanden ist. Jeder weiß, dass Wahlprogramme oft hochkomplexe politische Kompromisse sind, in denen nicht unbedingt das beste Argument zählt oder gar die Umsetzung konkret ausgestaltet ist.

Andererseits kann auch in der Regierung die beste oder zweitbeste Idee in der Umsetzung an fehlendem technischen Können scheitern. Die Liste der Beispiele dafür ist lang: 2022 hat die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin unter dem grünen Finanzsenator Daniel Wesener mitten in der Energiepreiskrise einen Haushaltsüberschuss erzielt – und das mit Stolz. Diese Regierung hat härter gespart als Christian Lindner in der Bundesregierung. Anfang der Zweitausender privatisierte Rot-Rot unter dem sozialdemokratischen Finanzsenator Thilo Sarrazin zehn-

Gesetzgebungskompetenzen New Yorks, um den Handlungsspielraum der Stadt zu maximieren. Doch das war nur der Anfang. Kurz nach der Wahl schrieb Mamdani Stellen aus. Binnen einer Woche bewarben sich 50 000 Menschen für eine Mitarbeit in seiner Regierung. Darunter einige der besten Technokratischen und Technokraten der Welt.

Es gibt aber einen zentralen Unterschied, den man berücksichtigen muss: Berlin ist nicht New York. Mamdani kann direkt Hunderte Stellen besetzen und hat darüber hinaus das Recht, 6500 weitere neu zu besetzen, die sogenannte »exempt class«. In Deutschland können nur oberste politische Leitungsfunktionen ausgetauscht werden, wie Minister, Staatssekretärinnen, Büroleiter und politische Referentinnen. Das sind grob ein Dutzend pro Ministerium, macht in Summe vielleicht 150 Personen. Wohl gemerkt: Das ist die Summe für alle Parteien. Somit kann jede Koalitionspartei nur über einen Bruchteil verfügen. Obendrauf kommen noch ein paar Dutzend Aufsichtsratsmandate in den städtischen Unternehmen.

passen. Dann hat man die Chance, neue Leute mit Expertise und passender politischer Ausrichtung dazuzuholen.

Durch die begrenzten Spielräume deutscher Politik sind externe Impulsgeber umso wichtiger, um sich – übergeordnet zur Taskforce – mit Quick Fixes und Leuchtturmprojekten zu beschäftigen. Das beginnt bei einem beratenden Transition-Team zum Regierungsstart und reicht bis zu einem dauerhaften überparteilichen Beratergremium.

Solche Beratungsgremien sind nichts Neues in Deutschland. Allerdings sind sie oftmals dazu da, demokratische Prozesse auszuhöhlen, politische Konflikte auszulagern und Kürzungen mit dem Segen der wirtschaftsliberalen Expertinnen und Experten durchzudrücken. Oder sie sind mit Expertinnen mit völlig entgegengesetzten Positionen besetzt, so dass nichts Sinnvolles herauskommen kann.

Ein dezidiert progressives Gremium für Berlin müsste den Auftrag haben, kreativen Handlungsspielraum für progressive Wirtschaftspolitik zu erweitern. Ganz konkret

könnte dieses Gremium schon in den Koalitionsverhandlungen Impulse geben und Ergebnisse wie Zwischenergebnisse reviewen, selbstverständlich in Kooperation mit den jeweiligen Fachexperten in den Ministerien sowie in der Zivilgesellschaft wie Gewerkschaften und Umweltverbänden. Dafür gibt es auch ein gutes Beispiel von der Bundesebene. Den Ökonomen Südekum, Hüther, Fuest und Schularick ist mit dem Investitionssondervermögen ein Coup im Auftrag von Saarlands sozialdemokratischem Finanzminister Jakob von Weizsäcker gelungen. Dadurch wurde der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes massiv erhöht (wenn auch teilweise mit dem falschen Fokus). Und es gibt noch ein Beispiel: die Expertenkommission des rot-rot-grünen Berliner Senats. Entgegen mancher Erwartungen hat die Kommission mehrheitlich die Realisierbarkeit der Vergesellschaftung bestätigt. Das ist ein gutes Vorbild, wie man Handlungsspielraum ausweiten kann.

So sollte bei einer Regierung auf Landesebene der Fokus wie bei Mamdani erst einmal auf der Maximierung der Gesetzgebungskompetenzen liegen. Das ist die eigentliche Herkulesaufgabe. Einerseits sind viele Hebel durch die Bundeskompetenz versperrt, andererseits liegen etliche Hebel bei den Bezirken selbst, in denen eigens gewählt wird. Auch hier könnte die zusätzliche Überzeugungskraft des Gremiums gut helfen. Insofern bräuchten sowohl die Taskforce Bezahlbarkeit als auch das beratende Transition-Team einen gesunden Mix aus operativer Erfahrung im Staatswesen sowie ökonomischer und juristischer Expertise. Die Basis dafür ist da. Der New-Economy-Space aus progressiven Instituten und Thinktanks ist größer und vernetzter denn je.

Von Quick Fixes zu Leuchttürmen

Ja, Mamdani setzt nach deutschen Maßstäben sozialdemokratische Politik um – eine Politik, die es in Bremen, im Saarland, in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen bereits gab oder gibt. Doch dabei gibt es drei entscheidende Unterschiede: Erstens kommuniziert er in Bestform, was seine Regierung umsetzt. Zweitens geht er eine Reihe von Quick Fixes an, die sich direkt bemerkbar machen. Seien es kostenlose Fahrradhelme, ein Datingabend für Eltern, eine App für Schlaglöcher oder die Schnellreparatur von Spielplätzen. Aber vor allem verschiebt er drittens mit den Leuchttürmen wie einem Mietenstopp, kostenlosem ÖPNV oder öffentlichen Supermärkten das politische Gefüge: von einer Politik für Millionen zu einer Politik für Millionen. In der deutschen Landespolitik hat sich in den vergangenen Jahren recht wenig substantiell bewegt.

Mit einer ganz entscheidenden Ausnahme: dem Mietendeckel der linken Wohnungssena-

torin Katrin Lompscher unter Rot-Rot-Grün. Er war vielleicht das relevanteste Leuchtturmprojekt fortschrittlicher Politik in Deutschland seit Jahrzehnten. Auf einen Schlag deckelte er sogar rückwirkend die Mieten für Millionen Mieter – zulasten der Vermieter. Zwar ist er letztlich an der Gesetzgebungskompetenz gescheitert (wir erinnern uns an Lina Khan, die bei Mamdani so viel Wert auf die Gesetzgebungskompetenz legte). Dennoch ist der Mietendeckel das Paradebeispiel explorativer Wirtschaftspolitik, die sich etwas traut. Gleichzeitig muss man einpreisen, dass ambitionierte Vorhaben auch mal scheitern können. Doch auch wenn ein Leuchtturm scheitert, kann er den Weg für einen nächsten bereiten.

In diese Richtung muss Berlin nun weitergehen. Ein Mietenstopp bei öffentlichen Wohnungen, ein kostenloser Museumssonntag und Sozialtickets für den ÖPNV sind sinnvolle Maßnahmen, aber noch keine großen Leuchttürme. Ein solcher ist zweifelsohne



Wahlparty der Linken in Berlin-Kreuzberg mit Spitzenkandidatin Elif Eralp.

die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne, für die sich kürzlich erstmalig mit Tom Krebs bei *Surplus* ein deutscher Spitzenökonom aussprach. Auch wenn die Vergesellschaftung (um nicht Rekommunalisierung zu sagen) der wichtigste Leuchtturm ist, steht sie noch ziemlich weit am Horizont. Ökonomisch, rechtlich und praktisch wird ihre Umsetzung wohl Jahre in Anspruch nehmen – und auch dann setzt die Wirkung auf den Wohnungsmarkt erst allmählich ein.

Deswegen braucht es andere Leuchttürme, die schneller gehen, breiter wirken und sich direkter finanziell bemerkbar machen. Dieser Artikel soll keine Antworten liefern, das sollte ein Expertengremium. Dennoch wären ein kostenloser ÖPNV oder eine staatliche Jobgarantie, die jedem Arbeitswilligen einen guten Übergangsjob gibt, mehr als offensichtliche Punkte. Beides kostet aber Geld, das es in Berlin nicht gibt.

Eine Frage des Geldes

Um progressive Politik zu ermöglichen, braucht es in erster Linie finanziellen Handlungsspielraum. Weder sind massive Kürzungen mit fortschrittlicher Politik vereinbar, noch können ohne finanzielle Spielräume

Fortschritte erzielt werden. Vielleicht ist daher der Berliner Haushalt eine der größten Hürden für wirklichen Fortschritt. Durch eine Anpassung der Bevölkerungszahlen bekommt Berlin weniger Steuereinnahmen als geplant. Hinzu kommen steigende Leistungsübernahmen vom Bund und Nachzahlungen von zu niedriger Beamtenbesoldung sowie eine Pensions- und Nachbesetzungswelle mit doppelten Kosten.

Deswegen plante die schwarz-rote Koalition ab 2028 und 2029 mit Kürzungen von rund 2 Milliarden Euro – rund 5 Prozent des Landeshaushalts, bei ohnehin schon wenigen verfügbaren Mitteln. Auch dagegen gibt es Maßnahmen: etwas mehr Schulden über eine Konjunkturbereinigung und finanzielle Transaktionen. Und etwas mehr Umverteilung durch eine Villensteuer für Reiche, eine Nahverkehrsabgabe und höhere Gewerbesteuer für Unternehmen zur Finanzierung von kostenlosem ÖPNV. In jedem Fall wäre der Haushalt der erste Einsatzort für das Transition-Team. Allerdings dürften angesichts dessen auch haushaltsneutrale Maßnahmen wie Preiskontrollen umso relevanter werden. Sie können einseitig die Einnahmen zum Beispiel von Vermietern reduzieren und in der Folge die Mieten der Menschen senken, ohne den Staat dabei etwas zu kosten.

Weil die Haushaltslage aber so schlecht ist, stellten sich schon im Wahlkampf manche Politikerinnen und Politiker hin und gaben sich »realistisch«, indem sie keine Leuchttürme versprachen. Mag sein, dass man damit die Wählenden nicht enttäuscht. Es zeigt aber vor allem die Kreativlosigkeit der Politik, wenn man unter Hunderten Variablen keine einzige gedreht bekommt. Genau hier müssten das Transition-Team sowie die Taskforce Bezahlbarkeit ansetzen, um den Handlungsspielraum zu erhöhen und die Umsetzung zu beschleunigen.

Wenn all diese drei Punkte gelingen, die Technokraten zusammenkommen, die Leuchttürme gefunden und die Haushaltsprobleme gelöst sind, dann – aber auch nur dann – kann die Berliner Regierung tatsächlich etwas anders machen als die anderen: das Kräfteverhältnis fortlaufend weiter zugunsten der großen Mehrheit verschieben. ●

Die

Politische Maßnahmen können das Leben der Menschen fundamental verbessern. **Kathrin Sonnenholzner**, **Claudia Kemfert** und **Ulrike Herrmann** machen Vorschläge.

2 Für die Rettung der Pflege



Deutschland altert: Während die Gesamtbevölkerung zwischen 1991 und 2024 um etwa 3,3 Millionen Menschen gewachsen ist, stieg die Zahl der Über-65-Jährigen von 12 auf 19,3 Millionen; die Zahl der Hochbetagten hat sich sogar seit 1991 von knapp 1,2 Millionen auf 3 Millionen Menschen im Jahr 2024 mehr als verdoppelt – Tendenz steigend. Selbst bei gleichbleibenden Leistungen stellt sich die Frage, wie das seit Jahren kurz vor dem Kollaps stehende Pflegesystem nicht nur irgendwie den Mehrbedarf bei Pflege und Betreuung stemmen, sondern gar gute Pflege für alle sicherstellen soll.

Bisher sucht die Bundespolitik vor allem auf der Ausgabenseite nach Lösungen: noch weniger Leistungen bei den Pflegegraden, noch mehr private Absicherung, spätere Kostenübernahme bei stationärer Unterbringung, steigende Eigenanteile. Die Einsparungen greifen aber angesichts der demo-

grafischen Entwicklungen nicht einmal im Ansatz weit genug und fallen spätestens bei finanzieller Überlastung der Betroffenen auf die Sozialämter zurück. Stattdessen müsste endlich die Perspektive gewechselt werden: Nur wenn wir Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich verhindern und gleichzeitig Pflegerisiken solidarisch absichern, kann aus der Krise der Pflege ein stabiles Pflegesystem hervorgehen (dass die Praxis, sich für versicherungsfremde Leistungen aus den Pflegekassen zu bedienen, ein Ende finden muss, versteht sich von selbst).

Neben dem konsequenten Ausbau von Prävention heißt das: Alle Berufsgruppen und Einkommensarten müssen gestaffelt nach Einkommen und Vermögen an einer beitragsfinanzierten Sozialversicherung beteiligt werden. So lassen sich gerecht die notwendigen Mittel für eine Pflege-Bürgervollversicherung generieren, die das leistet, was bei ihrer Einführung angelegt war: pflegebedingte Kosten und damit gute Pflegequalität über die Pflegekassen abzusichern – für alle. ●

KATHRIN SONNENHOLZNER ist Vorsitzende des Präsidiums der Arbeiterwohlfahrt. Von 2003 bis 2018 war sie Abgeordnete im Bayerischen Landtag.

1 Für die Energiewende



Deutschland diskutiert viel über neue Kraftwerke, dabei liegt einer der größten Hebel der Energiewende längst in unseren Netzen, Speichern, Elektroautos und Gebäuden. Wir müssen das Stromsystem endlich flexibel machen.

Wind- und Solarenergie liefern inzwischen einen großen Teil unseres Stroms. Das Problem ist nicht ein Mangel an Energie, sondern dass Erzeugung und Verbrauch zeitlich und räumlich besser zusammengebracht werden müssen. Heute werden erneuerbare Anlagen abgeregelt, während zu anderen Zeiten fossile Kraftwerke einspringen. Das ist teuer und ineffizient.

Die Politik sollte deshalb Flexibilität systematisch belohnen. Dazu gehören ein schneller Smart-Meter-Rollout, dynamische Stromtarife, variable Netzentgelte und bessere Bedingungen für Speicher, Wärmepumpen und bidirektional ladende Elektroautos. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten davon profitieren, wenn sie Strom dann

nutzen, wenn viel erneuerbare Energie vorhanden und das Netz wenig belastet ist.

Gleichzeitig brauchen wir digitale und intelligent gesteuerte Verteilnetze. Auch Energy Sharing sollte endlich unkompliziert möglich sein, damit Haushalte, Kommunen und Unternehmen erneuerbaren Strom vor Ort gemeinsam erzeugen und nutzen können.

Davon profitiert auch die Industrie: Wer Produktion flexibel steuern, erneuerbaren Strom direkt beziehen und Speicher einsetzen kann, senkt Energiekosten und macht sich unabhängiger von volatilen Gas- und Ölpreisen. So wird die Energiewende zugleich zu einem Standortvorteil.

Das senkt Kosten, reduziert den Bedarf an fossilen Reservekraftwerken und macht das Energiesystem resilient. Die Energiewende braucht nicht immer neue Milliardenprogramme oder neue Großkraftwerke. Oft ist der entscheidende Hebel, die vorhandenen Technologien intelligent miteinander zu verbinden. ●

CLAUDIA KEMFERT leitet seit 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik.

großen

Hebel

3 Für schnellen Umweltschutz



Die Nachrichten aus der Natur sind bedrohlich: Die Erde erwärmt sich weitaus schneller, als es selbst das »Worst Case Scenario« des Weltklimarats vorhergesehen hat. Gefährliche Kipppunkte könnten demnächst erreicht sein, und es ist sogar denkbar, dass auch der Golfstrom bald zusammenbricht. Europa würde zur Eiswüste.

Schnelles Handeln ist zwingend, aber der Klimaschutz kommt viel zu langsam voran. Nur ein Schlaglicht: Momentan decken Solarpaneele und Windräder nur etwa zehn Prozent des deutschen Endenergiebedarfs ab – obwohl die erneuerbaren Energien seit mehr als 25 Jahren gefördert werden.

Deutschland ist noch immer ein fossiles Land. Jeder Bundesbürger emittiert pro Jahr knapp zehn Tonnen CO₂. Klimaneutral wären weniger als eine Tonne.

Es ist ein Dilemma: Eigentlich müssten wir Produktion und Konsum drastisch reduzieren, um weniger Treibhausgase zu emittieren und den Klimakollaps zu vermeiden. Doch der Kapitalismus benötigt Wachstum, um stabil zu sein und nicht in schwere Krisen zu geraten, die Millionen von Arbeitslosen hinterlassen.

Um Auswege aus diesem ökonomischen Dilemma zu finden, müssen wir uns Zeit kaufen – und jene Treibhausgase reduzieren, die das Klima kurzfristig besonders stark gefährden. Dies sind vor allem Methan und Lach-

gas, die 28- beziehungsweise 265-mal so schädlich sind wie CO₂. Beide Gase entstehen vor allem durch die Tierhaltung. Also runter mit dem Fleischverbrauch!

Übrigens wäre es sogar gesund, auf Fleisch zu verzichten. Vor allem Rind-, Schweine- und Lammfleisch können Krebs, Herzinfarkte und Diabetes auslösen. Auch für die Ökonomie wäre es kein Problem, wenn der Fleischkonsum sinkt: Die Menschen würden ja weiter essen – nur anders. ●

ULRIKE HERRMANN ist Wirtschaftsredakteurin bei der taz und Autorin des Bestsellers »Das Ende des Kapitalismus«.



Star-Ökonom *Daron Acemoglu* ist einer der schärfsten Kritiker einer KI, die nur den Reichsten dient. Deswegen hat der *Economist* eine Schmierenkampagne gegen ihn lanciert. Von **Daniel Stähr**

Technologie

Der Stimmungskiller des KI-Hypes



Wie wird die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz die Welt verändern? Diese Frage ist eine der drängendsten unserer Zeit, weil die Entwicklung von

KI nahezu alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens berührt. Für viele ist KI dabei der Schlüssel zum Paradies auf Erden. Der US-amerikanische Milliardär Marc Andreessen schreibt exemplarisch in seinem »Techno-Optimist Manifesto«, dass »jede Verlangsamung der KI Menschenleben kosten wird«. Diese To-

desfälle seien eine Form von »Mord«. Sprich: Wer die Überreichen nicht ungehindert ihre KI-Träume verfolgen lässt, wird zum Mörder.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die in der disruptiven Wirkung einer rasanten KI-Entwicklung enorme Gefahren sehen. Zu den prominentesten Vertretern dieses Lagers zählt Daron Acemoglu, spätestens seit dem Gewinn des sogenannten Wirtschaftsnobelpreises 2024 einer der einflussreichsten Ökonomen der Welt. Wiederholt warnte er davor, dass eine Ausbreitung von KI-Anwendun-

gen ohne demokratische Kontrolle die gesellschaftlichen Machtverhältnisse noch weiter von der Arbeiterschaft zu den Kapitalbesitzenden verschieben könnte. In seiner neuesten Studie kommt er sogar zu einem noch radikaleren Ergebnis: KI stellt eine Gefahr für die Demokratie an sich dar.

Acemoglus Weigerung, KI als Geschenk an die Menschheit zu sehen, hat nun dazu geführt, dass er auf die Abschlusliste des *Economist* geraten ist, der in einem bizarren Artikel versucht hat, seine akademische Glaubwürdigkeit zu untergraben. Die Motivation dieses Angriffs auf einen der renommiertesten Ökonomen unserer Zeit wird deutlich, wenn man sich die Finanzstruktur der Zeitung ansieht: Der größte Anteilseigner hat ein finanzielles Interesse daran, dass der KI-Boom ungehindert weitergeht. Koste es, was es wolle.

Unterdrückung oder Umverteilung?

Aber der Reihe nach: In einem im Juni erschienenen Working Paper mit dem sprechenden Titel *Automation and Repression*, das Acemoglu zusammen mit Mehdi Shadmehr und A. Arda Gitmez geschrieben hat, formuliert er seine Befürchtungen so explizit wie nie. Die Entwicklung von KI, so die Autoren, berge eine grundsätzliche Gefahr für die Demokratie. Um das zu zeigen, entwickeln sie ein theoretisches Modell, in dem die Gewinne einer Volkswirtschaft zwischen Kapitalisten und Arbeiterinnen aufgeteilt werden. Die Kapitalisten haben die Möglichkeit, mithilfe von KI Jobs zu automatisieren, dadurch ihre Gewinne auf Kosten der Arbeiterschaft zu maximieren und so die ökonomische Ungleichheit zu vergrößern. Die Arbeiterinnen wiederum stehen vor der Wahl, ob sie gegen das gegenwärtige System rebellieren wollen. Entscheiden sich genug für die Revolte, werden die Kapitalerträge konfisziert und zwischen ihnen aufgeteilt. Je höher die Ungleichheit, desto wahrscheinlicher wird die Revolte.

Im Zentrum der Analyse steht eine hypothetische Regierung, die die Interessen der Kapitalisten vertritt: der *Capitalist State*. Um die Revolution zu verhindern, hat dieser die Wahl zwischen Umverteilung und Unterdrückung. Laut Acemoglu und Co. hat der kapitalistische Staat immer den Anreiz, Unterdrückung



Cover des Economist: Bezos als Genie?

der Umverteilung vorzuziehen, weil dies kostengünstiger ist. Die Kosten der Unterdrückung sind in ihrem Modell fix, wohingegen die Kosten der Umverteilung mit steigender Automatisierung (aus Sicht der Kapitalisten) weiter zunehmen: »Unser Modell zeigt, dass die Volkswirtschaft – sofern die Revolutionsdrohung nicht allzu schwach ist – letztlich auf Repression zusteuert und der kapitalistische Staat den *Mistgabeln* [der Arbeiter] mit *Waffengewalt* begegnen wird.« Die Automatisierung von Jobs und staatliche Unterdrückung sind sich ergänzende Prozesse, die die Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterschaft bereichern. Tatsächlich geht die Analyse sogar noch weiter: In diesem Modell ist die Demokratie kein stabiles System. Weil die Kapitalisten immer stärker auf Repressionen statt Umverteilung drängen werden, kommt es früher oder später zu einem »antidemokratischen Coup« von oben, um die Revolte der Arbeiterschaft zu verhindern.

Die bizarre Attacke des Economist

Acemoğlus KI-skeptische Haltung, die in dieser Studie ihren bisherigen Höhepunkt fand, hat den *Economist* dazu veranlasst, eine Schmutzkampagne gegen den Ökonomen zu lancieren. In dem am 17. August veröffentlichten Artikel »The world's most influential economist is oddly unconvincing« (zu Deutsch: »Der einflussreichste Ökonom der Welt überzeugt seltsam wenig«) wird versucht, seinen Status innerhalb der Wissenschaftscommunity und die Qualität seiner Arbeit generell infrage zu stellen. Doch anstatt sich mit Acemoğlus Werk auf einer fachlichen Ebene auseinanderzusetzen, greift der *Economist* zu Methoden, die man sonst aus der Boulevardpresse kennt: »Gibt man Ökonomen jedoch ein paar Drinks, äußern einige von ihnen ihre wahre Meinung über diesen Giganten.« So beginnt eine Passage, in der ein namenloser, aber »bekannter Ökonom« zitiert wird, der sich polemisch über Acemoğlus politische Haltung echauffiert.

Dieser anonyme Kneipentalk reicht der bekanntesten Wirtschaftszeitung der Welt als Argument für die angebliche Überschätzung des Nobelpreisträgers. An anderer Stelle werden alte Zitate des Bloggers Noah Smith, der vor

allem für seine polemischen Posts auf X bekannt ist, und von Larry Summers, der gerade erst wegen seiner engen Beziehung zu Jeffrey Epstein von seiner Harvard-Professur zurückgetreten ist, gegen Acemoğlu ins Feld geführt. Dass der *Economist* keinen Autorennamen zu diesem Artikel nennt, passt ins unseriöse Gesamtbild.

Auslöser dieser polemischen Fundamentalkritik ist Acemoğlus Position zu KI; damit hält der Text nicht hinter dem Berg. So heißt es: »Herr Acemoğlus Argumente zum Thema KI sind so pessimistisch, dass sie an Glaubwürdigkeit verlieren.« Nicht die Qualität seiner Argumente ist entscheidend, sondern sein Pessimismus an sich. Gleichzeitig erschien im *Economist* eine Besprechung von Acemoğlus neuem Buch *Das liberale Versprechen*, die sich ebenfalls auf seine KI-Haltung versteift. In einer Reaktion Acemoğlus, die der *Economist* nach öffentlichem Druck am 21. August veröffentlichte, ordnet er diese Kritik selbst ein und stellt klar, dass sich nur ein halbes Kapitel seines Buches mit dem Thema KI auseinandersetzt. Für Acemoğlu ist dieses Vorgehen daher nur »als strategisches Framing zu deuten, das darauf abzielt, den Fokus auf das Lieblingsthema des *Economist* zu lenken: die Verteidigung und Förderung von KI«.

Acemoğlu zufolge hat der kapitalistische Staat immer den Anreiz, Unterdrückung der Umverteilung vorzuziehen.

Was Acemoğlu so gefährlich macht

Doch woher stammt die radikale Pro-KI-Haltung des *Economist*? Es gibt starke Indizien, dass sie etwas mit der Finanzierungsstruktur der Zeitschrift selbst zu tun haben könnte. Im Januar 2025 wurde John Elkann zum Aufsichtsratsmitglied bei Meta bestimmt, einem Konzern, der allein 2026 über 130 Milliarden US-Dollar in KI-Technologien investieren will und am KI-Boom verdient. Gleichzeitig ist Elkann CEO der Investmentgesellschaft Exor, die über 43 Prozent der Anteile am *Economist*

hält und damit der größte Shareholder der Zeitung ist. Ein Schelm, wer glaubt, Elkanns persönliches Interesse hätte Einfluss auf die redaktionelle Ausrichtung.

Acemoğlu ist da ein natürliches Feindbild, stellt er doch grundsätzlich infrage, dass KI eine Technologie ist, die pauschal zum Wohle aller funktioniert. Vielmehr zeigt er wiederholt, dass es die Arbeiterklasse ist, die unter der Entwicklung leidet. Was Acemoğlu gefährlich für das wirtschaftsliberale Establishment macht, ist, dass er diese Kritik aus den eigenen Reihen formuliert. Er ist kein sozialistischer Denker, der in allen Belangen die Klassenfrage sieht, sondern ein Ökonom, der tief im neoklassischen Denken verankert ist.

Seine Arbeit zu KI ist so besonders, weil sie zu Ergebnissen führt, die »denen der postkeynesianischen und sogar der marxistischen Schule sehr nahekommen«, wie der spanische Ökonom Alberto Garzón in einer Verteidigung Acemoğlus bei *Jacobin* schreibt. Nur erreicht Acemoğlu diese Schlussfolgerungen eben, ohne sich marxistischer Theorie zu bedienen, sondern nutzt das konventionelle Instrumentarium der Mainstream-Ökonomie. Da er dieses wie nur wenige andere beherrscht, ist es schwierig, ihn auf formal-technischer Ebene anzugreifen; entsprechend müssen anonyme Kneipentalks als Kritik herhalten. Das erklärt das unseriöse Verhalten des *Economist*. Kein Radikaler

Dabei ist Acemoğlu mitnichten ein Radikaler. Er stellt das kapitalistische System an sich keineswegs infrage und bezeichnete jüngst die Debatten um KI, die eine Generalkritik am Kapitalismus in den Fokus rückten, als »hirnlos«. Auch wenn es ihm darum geht, wie genau Regierungen die Arbeiterinnen vor den Folgen der KI-Entwicklungen schützen und wie Eingriffe in Marktstrukturen aussehen sollen, die eine »Arbeiterinnen-freundliche KI« ermöglichen, bleibt Acemoğlu vage. Forderungen nach Zerschlagung großer Tech-Konzerne oder nach der Vergesellschaftung dieser Unternehmen sucht man bei ihm vergebens.

Der Fall Economist vs. Acemoğlu ist mehr als nur ein fachinterner Zwist, weil er zeigt, dass es einflussreiche Interessengruppen gibt, die dazu bereit sind, die Reputation eines angesehenen Wissenschaftlers zu zerstören, wenn er sich gegen ihre KI-Agenda stellt. Der Kampf um die Demokratie, den Daron Acemoğlu in seinem neuen Aufsatz auf uns zukommen sieht, ist in vollem Gange. ●

DANIEL STÄHR ist Ökonom und freier Autor. Er promoviert zum Thema *Narrative Economics*. Im März 2026 erschien sein Buch »Die neuen Propheten. Wie Ökonomen unsere Zukunft verspielen« bei S. Fischer.



John Elkann im Gespräch mit Jeff Bezos.



ACHIM TRUGER
ist Wirtschaftsprofessor an der
Universität Duisburg-Essen,
»Wirtschaftsweiser« und schreibt
die Kolumne »Eine Frage des Geldes«
bei Surplus.

Die vielbeschworene »Zeitenwende« stellt eine gigantische Herausforderung für die EU-Staaten dar. Ausgerechnet während des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stellen die USA unter Donald Trump wiederholt ihre Bündnistreue innerhalb der Nato infrage. Zeitgleich führt Donald Trump einen Zollkrieg auch gegen seine wichtigsten politischen und ökonomischen Verbündeten. Schließlich hat die EU gegenüber China massiv an technologischer Wettbewerbsfähigkeit verloren und wird zudem durch subventionierte chinesische Produkte unter Druck gesetzt. Einzelne Länder haben diesen Herausforderungen offensichtlich wenig entgegenzusetzen.

Konsequenterweise fordern die EU-Staaten daher fast unisono eine Stärkung des Staatenverbundes. Als wesentliche Elemente werden neben einem Ausbau des EU-Binnenmarktes immer wieder eine stärkere Zusammenarbeit bei der Verteidigung, ein besserer Schutz der EU-Außengrenzen sowie die finanzielle Unterstützung der Ukraine gefordert. Zudem setzt der beschleunigte Strukturwandel viele Regionen in unterschiedlichen Mitgliedstaaten unter Druck, sodass eine Stärkung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit sowie regionalpolitische Maßnahmen notwendig sind. Es sollte unmittelbar einleuchten, dass all dies nicht ohne höhere öffentliche Ausgaben auf EU-Ebene gehen wird. Genau dies schien auch die Überlegung der EU-Kommission und ihrer Präsi-

Haushalt

Sparpolitik ist eine Bedrohung für die EU



Überall wird die Bedeutung einer starken EU beschworen. Doch dafür braucht es eine Abkehr von der Sparpolitik.

Von **Achim Truger**

dentin Ursula von der Leyen zu sein. Deshalb sehen ihre Pläne für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen in den sieben Jahren von 2028 bis 2034 einen spürbaren Ausgabenzuwachs für den EU-Haushalt auf insgesamt knapp 2 Billionen Euro vor.

Der Bundeskanzler mobilisiert die »Sparsamen Sechs«

Doch dieser Entwurf stieß bei Bundeskanzler Friedrich Merz in Berlin auf wenig Begeisterung. Daher lud er die Regierungschefs von Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Österreich und

Er betonte: »Wir sind nicht geizig, aber solche Aufschläge, wie von der Kommission vorgeschlagen, passen einfach nicht in unsere Zeit.« Gemeinsam forderten die sechs Regierungschefs, der geplante Finanzrahmen müsse um mehrere hundert Milliarden Euro gekürzt werden.

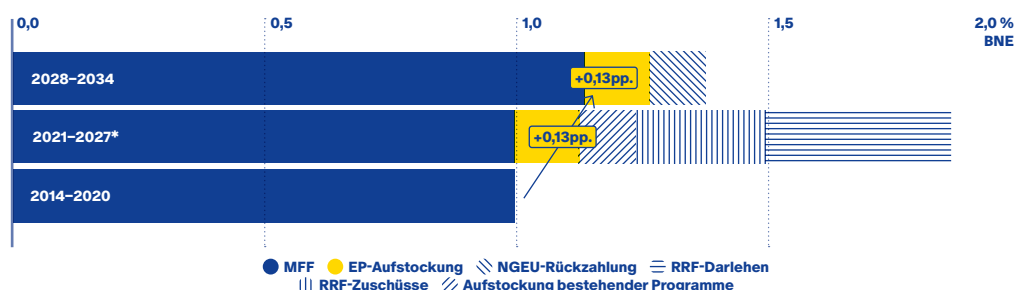
Man mag dies schlicht als üblichen und wenig bemerkenswerten Einstieg in die bevorstehenden harten politischen Budgetverhandlungen ansehen. Doch das politische Signal für die EU ist fatal. Hier formiert sich eine Gruppe von üblichen Verdächtigen,

der EU-Kommission vorgesehene Ausgabensteigerung in Wahrheit minimal ist. Es ist aus den Medienberichten nicht zu entnehmen, wie die von Merz behauptete Steigerung von bis zu 60 Prozent gegenüber dem bisherigen Finanzrahmen berechnet wurde. Tatsächlich betrüge die nominale Steigerungsrate bei einem neuen Rahmen von 2 Billionen gegenüber dem alten Rahmen von 1,21 Billionen etwa 65 Prozent. Doch Vergleiche nominaler Zahlen über längere Zeiträume – im vorliegenden Fall von 2021 bis 2034 – sind nicht aussagekräftig. Korrekter-

Für Deutschland betragen 0,13 Prozent des BIP im Jahr 2025 gerade einmal 5 Milliarden Euro. Natürlich ist das angesichts der bestehenden riesigen Haushaltslücken im Bundeshaushalt ein relevanter Betrag. Allerdings gönnt sich Deutschland in den kommenden zwölf Jahren mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz jährlich über 50 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln und steigert seine Ausgaben in der Bereichsausnahme für Verteidigung bis 2030 um 100 Milliarden Euro. Allein eine Abschaffung der vergünstigten Gastromerwertsteuer würde den deutschen öffentlichen Haushalten 3,6 Milliarden Euro einbringen und damit einen wesentlichen Anteil der vorgesehenen Ausgabensteigerung im EU-Haushalt finanzieren können.

Das Verhalten Deutschlands und der »Sparsamen Sechs« steht in offensichtlichem Gegensatz zur viel beschworenen Notwendigkeit einer Stärkung der EU und erscheint angesichts der gemeinsamen Herausforderungen doch recht geizig. ●

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFF) und NextGenerationEU nach Perioden, gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE)



* 2021-2027 inklusive European Solidarity Reserve, Emergency Aid Reserve und Recovery and Resilience Fund (RRF)

Das Verhalten Deutschlands und der »Sparsamen Sechs« steht in offensichtlichem Gegensatz zur Notwendigkeit einer Stärkung der EU.

Schweden nach Berlin, um ihren gemeinsamen Protest zu Protokoll zu geben. Die genannten fünf Staaten gehören zusammen mit Deutschland zur Gruppe der sogenannten »Frugals«, also der »Sparsamen« in der EU, die sich – gerade in der Eurokrise – immer wieder für härtere Fiskalregeln, für strikte Sparpolitik und gegen eine stärkere Unterstützung kriselnder Mitgliedstaaten ausgesprochen hatten. Genauso hörte sich auch an, was die »Sparsamen Sechs« der Presse mitzuteilen hatten: Der Bundeskanzler erklärte, in Zeiten der Haushaltskonsolidierung sei die vorgesehene Aufstockung um bis zu 60 Prozent »schlicht unbezahlbar«.

allen voran Deutschland, dessen zum Teil harte Haltung in der Eurokrise vielen Staaten in der EU-Peripherie eine Austeritätspolitik bescherte, die für viel ökonomisches und soziales Leid verantwortlich war. Dies dürften viele der betroffenen Mitgliedstaaten bis heute nicht vergessen haben. Die nun erneut zur Schau gestellte »Sparsamkeit« stellt daher wohl kaum das richtige Mittel dar, um angesichts der gemeinsamen Herausforderungen der EU freundschaftlich zu gemeinschaftlichen Lösungen zu finden.

Ausgabensteigerung in Wahrheit minimal

Dies gilt umso mehr, als die von

weise betont die EU-Kommission daher auch, dass der EU-Haushalt in Relation zur Wirtschaftsleistung, also in Prozent des BIP, lediglich von 1,13 Prozent auf 1,26 Prozent, also nur um 0,13 Prozentpunkte, ansteigen soll. Davon soll übrigens der Löwenanteil von 0,11 Prozentpunkten gar nicht für »echte« zusätzliche Ausgaben, sondern für die Tilgung der zur Bewältigung der Corona-Krise aufgenommenen EU-Kredite verwendet werden. Die »Sparsamen Sechs« stellen sich also gar keinem Ausgabenaufwuchs entgegen, sondern wollen in Wahrheit ein drastisches Kürzungsprogramm auflegen, das die EU schwächen und nicht stärken würde.

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von ACHIM TRUGER direkt ins Postfach bekommen: surplusmagazin.de/autoren/achim-truger

Mazzucato: »Regierungen setzen meine Ideen falsch um.«



Buchtipps Mariana Mazzucato:
»Ein Kapitalismus, der allen
nützt. Die neue Gemeinwohl-
Ökonomie«. Erschien im
September 2026 im Campus
Verlag.

Gemeinwohl In ihrem neuen Buch beschreibt **Mariana Mazzucato**, wie sich Märkte auf Gemeinwohl ausrichten lassen. Im Interview mit **Lukas Scholle** erklärt sie ihre Vision.

Ihr neues Buch trägt den Untertitel »Die neue Gemeinwohl-Ökonomie«. Wie genau soll diese Ihrer Meinung nach aussehen?

Zunächst einmal gibt es das Konzept des Gemeinwohls in der Wirtschaftswissenschaft eigentlich gar nicht. Dort gibt es den Begriff des öffentlichen Gutes, das im Wesentlichen eine Korrektur für Marktversagen ist – ähnlich wie Elinor Ostroms Konzept der »Commons«, die eine Korrektur für staatliches Versagen darstellen. Ein echtes Konzept für Gemeinwohl an sich existiert aber nicht.

Eines der ersten Dinge, die ich in dem Buch zu erklären versuche, ist: Wenn wir Gemeinwohl in die Wirtschaftswissenschaften einbeziehen wollen, müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass kollektives oder staatliches Handeln lediglich eine Korrektur von Marktversagen ist. Stattdessen müssen wir es als Ziel an sich betrachten – eines, bei dem es genauso sehr darauf ankommt, wie wir etwas tun, wie darauf, was wir erreichen wollen.

Ich habe mich von Philosophen wie Aristoteles inspirieren lassen, der sich nicht nur auf das *Telos* – den Zweck oder das Ziel – konzentrierte, sondern auch auf die *Polis*, die Gemeinschaft. Es geht darum, wie wir miteinander umgehen; um die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, dem öffentlichen und dem privaten Sektor, den Bürgerinnen und Bürgern. Das *Wie* ist genauso wichtig wie das *Was*. Der erste große Unterschied ist also, dass für das Erreichen von Gemeinwohl die Märkte gestaltet werden müssen, nicht nur korrigiert.

Was trägt Ihr Buch dazu bei?

In diesem Buch geht es darum, wie wir die Märkte auf das gewünschte Gemeinwohl ausrichten. Es ist kein Buch, das einfach sagt: Wir sollten Gutes tun. Über das Gute reden wir ständig, über die Ziele für nachhaltige Entwicklung, den ökologischen Wandel und den Abbau von Ungleichheit. Und doch scheitern wir immer wieder daran, diese Ziele zu erreichen.

Meine These ist, dass das kein Zufall ist, sondern gewollt. Bisher sind wir diese Herausforderungen eher durch Marktkorrekturen als durch Marktgestaltung angegangen. Wenn das zugrunde liegende Konzept lediglich auf Korrekturen basiert, dann ist das Scheitern aber bereits im System angelegt und eingebaut.

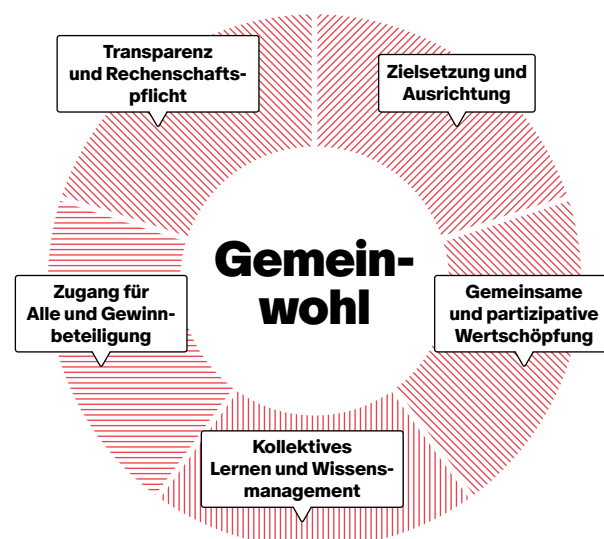
Gemeinwohl bietet einen Kompass – eine Reihe von Grundsätzen, die uns dabei helfen, darüber nachzudenken, wie wir Ziele erreichen, und nicht nur, welche Ziele wir verfolgen. Das ist der Mehrwert dieses Buches: Es bietet ein Rahmenkonzept, um Märkte so zu gestalten, dass diese Ambitionen erreichbar werden. Eine erfolgreiche Umgestaltung kann nicht dem Zufall überlassen werden.

Was ist der erste Punkt in Ihrem Kompass?

Erstens muss man sich über den Zweck und die Ausrichtung des Systems ganz klar werden. Sonst verteilen wir am Ende einfach nur Subventionen an Unternehmen. Ob erneuerbare Energien oder KI – wir subventionieren und subventionieren, wissen aber oft gar nicht genau, welche Art von Wirtschaft wir eigentlich aufbauen wollen.

Zweitens geht es um Mitgestaltung und Beteiligung: Wer entscheidet über Zweck und Ausrichtung? Vielleicht ein Diktator? Mein Argument ist, dass wir national und regional angepasste Missionen und Leitbilder brauchen, die über eine viel stärkere Bürgerbeteiligung ausgestaltet werden. Diese Leitbilder sollten auf den Lebenserfahrungen der Menschen basieren.

Wenn wir zum Beispiel ein besseres Gesundheitssystem wollen, sollten wir die Menschen, die Pflege leisten und in Anspruch nehmen, in die Gestaltung einbeziehen. Das geht nicht allein durch Entscheidungen von oben. Das Gleiche gilt für den ökologischen Wandel – wir brauchen viel mehr Beteiligung. Ich nenne das »Co-Creation«. Man denke zum



Beispiel an den Amazonas-Fonds, der von der staatlichen Entwicklungsbank Brasiliens (BNDES) konzipiert wurde. Indigene Gemeinschaften spielen bei seiner Gestaltung und Verwaltung kaum eine Rolle, obwohl sie mehr als jeder andere über den Wald, die Artenvielfalt und die Wassersysteme wissen. Das zweite Prinzip lautet daher Beteiligung und Co-Creation.

Was sind die weiteren Punkte?

Das dritte Prinzip ist kollektives Lernen und Wissensmanagement. Wir reden ständig über Wissen, Innovation und kollektive Intelligenz, aber in der Praxis privatisieren wir Wissen immer mehr.

Das konnte man während der Coronavirus-Pandemie sehen. Es gab fast keinen Wissensaustausch rund um die Impfstoffproduktion. Das führte wiederum dazu, dass in vielen Teilen der Welt, insbesondere in Afrika, keine Impfstoffe hergestellt werden konnten. Eine Ausnahme bildete der Impfstoff von Oxford-AstraZeneca, bei dem die Universität Oxford darauf bestand, dass der Wissensaustausch in ihre Vertragsvereinbarung mit AstraZeneca aufgenommen wurde. Man kann zusammenfassen: Wenn wir das Lernen

nicht in den Mittelpunkt stellen, werden wir keine Kapazitäten aufbauen.

Das habe ich in meinem Buch *Die große Consulting-Show* untersucht. Ich habe dort argumentiert, dass die Art und Weise, wie Berater oft mit Regierungen zusammenarbeiten, dazu führen kann, dass Regierungen weniger statt mehr Kapazitäten und Kompetenzen aufbauen. Die eigentliche Frage lautet also: Was bedeutet es, Kapazitäten aufzubauen? Wie gesagt: Lernen muss im Mittelpunkt stehen.

Das vierte Prinzip ist Zugang für alle und Gewinnbeteiligung. Wir müssen uns von dem lösen, was ich in *Das Kapital des Staates* als Vergemeinschaftung der Risiken und Privatisierung der Gewinne beschrieben habe. In dem Buch analysiere ich diverse Wege, mit denen eine gerechtere Verteilung sowohl beim Zugang als auch bei den Gewinnen und Vorteilen erreicht werden soll.

Und das fünfte Prinzip?

Das fünfte Prinzip ist Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Bei diesen fünf Elementen dreht sich alles um das *Wie*. Eine Gemeinwohlwirtschaft ist eine ergebnisorientierte Wirtschaft, in der das *Wie* – also *wie* wir Ergebnisse erzielen, seien es geringere Emissionen, bessere Gesundheit oder weniger Ungleichheit – genauso wichtig ist wie die Ergebnisse selbst.

In dem Buch gliedere ich die Diskussion in drei Teile: Theorie, Politik und Praxis. Im Abschnitt zur Politik untersuche ich jedes Element des Kompasses und zeige Beispiele auf, in denen man Keime eines Gemeinwohls erkennen kann. Doch diese Beispiele führen noch nicht zu einem systemischen Wandel, eben weil es keinen richtungsweisenden Kompass gibt. Alle fünf Elemente müssen vorhanden sein. Es gibt keinen Sinn und Zweck ohne Wissensaustausch. Es gibt keinen Wissensaustausch ohne Beteiligung an den Vorteilen.

Ich betrachte das als die Grundprinzipien des Gemeinwohls. Natürlich kann man immer noch weitere hinzufügen, aber dann läuft das Rahmenkonzept Gefahr, zu einer bloßen Abhak-Liste zu verkommen.

Wie können diese Konzepte in konkrete Politik übertragen werden?

Einer der Gründe, warum ich dieses Buch geschrieben habe, ist, dass viele meiner Ideen von Regierungen aufgegriffen, aber oft nur oberflächlich umgesetzt werden. Dann wird vielleicht ein Schlagwort – zum Beispiel »Missionen« – übernommen, aber nicht der Inhalt. Das konnte man zum Beispiel bei Keir Starmer sehen. Wenn man anhand von »Missionen« arbeiten will, muss man verstehen, dass Wachstum nicht die Mission ist; Wachstum ist das Ergebnis.

Es braucht außerdem eine andere Beziehung zur Wirtschaft. Sonst reproduziert man am Ende nur ausbeuterische öffentlich-private Partnerschaften, nur dass man sie mit einem Begriff wie »Missionen« versieht. Der Kompass dient dazu, Missionen zu hinterfragen und in die Verantwortung zu nehmen, indem aufgeschlüsselt wird, was sie in der Praxis tatsächlich erfordern.

Gibt es Beispiele dafür? Was würde in Ihren Kompass passen?

Ein Beispiel für eine solche Gewinnbeteiligung ist meine Arbeit am CHIPS Act in den USA. Die damalige Handels-

ministerin Gina Raimondo bat mich, bei der Ausgestaltung des Rahmenwerks mitzuwirken. Wir stellten sicher, dass die an Halbleiterunternehmen gewährten Subventionen an Bedingungen geknüpft waren: Die Unternehmen mussten Gewinne reinvestieren, anstatt sie für Aktienrückkäufe zu verwenden; ebenso sollten die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert und energieeffizientere Lieferketten aufgebaut werden. Das Ganze war kein explizites Klimagesetz und auch kein Gesetz gegen Ungleichheit – wir machten Technologiepolitik. Aber das Prinzip der Gewinnbeteiligung war darin verankert.

Zum Thema Mitgestaltung habe ich bereits den Amazonas-Fonds erwähnt. Indigene Communities argumentieren, Lösungsansätze sollten nicht nur aus Umverteilungsmaßnahmen wie *Bolsa Família* bestehen, sondern auch aus einer *Bolsa Verde* – also der Anerkennung des Wissens, der Innovationskraft und der verantwortungsvollen Nutzung der Ressourcen durch indigene Völker. Es geht um deutlich mehr, als ihnen lediglich Geld zu überweisen; sie sollen mit am Tisch sitzen und den Amazonas-Fonds mitgestalten.

Letztendlich handelt es sich bei meinem Buch um ein Werk über Politikgestaltung. Vielleicht besteht eine Schwäche sogar darin, dass es sich fast zu sehr auf die Politik konzentriert. Es geht von der Idee aus, dass der Staat nicht als marktregulierende oder marktkorrigierende, sondern als marktgestaltende Instanz verstanden werden sollte. Politische Maßnahmen müssen ergebnisorientiert gestaltet werden; Beziehungen zur Wirtschaftswelt sollten auf Augenhöhe stattfinden und auf Gegenleistungen beruhen. Ob es nun um öffentliches Beschaffungswesen, Subventionen, Bailouts und Rettungsmaßnahmen, Eigentums- oder Wasserrechte geht: Verträge sollten von Anfang an klar definieren, welche öffentlichen Ziele damit erreicht werden sollen – und nicht erst im Nachhinein. Deshalb spreche ich von »Vorverteilung« (*predistribution*), nicht nur von Umverteilung (*redistribution*).

Laut der New York Times wollen Sie weniger über Umverteilung und mehr über Vorverteilung sprechen.

Nein, Umverteilung bleibt essenziell wichtig. Wir sollten nicht weniger über Umverteilung sprechen, sondern vielmehr darüber, wie wir Umverteilung progressiv statt regressiv gestalten können. Nur sollten wir eben auch viel über Vorverteilung sprechen, bei der es darum geht, von Anfang an auf andere Weise Wert zu schaffen, damit von vornherein weniger Ungleichheiten entstehen.

Bis dieses Ziel erreicht ist, benötigen wir unbedingt eine starke Umverteilungspolitik. Wissenschaftler wie Gabriel Palma haben allerdings aufgezeigt, wie viel Aufwand Regierungen für Umverteilungsmaßnahmen aufwenden müssen, weil der Wert von Anfang an nicht auf inklusivere Weise geschaffen wurde. Auch darüber habe ich bereits geschrieben. Beide Ansätze müssen deswegen Hand in Hand gehen. Letztendlich gilt: Wenn die Vorverteilung richtig gestaltet wird, ist der spätere Bedarf an Umverteilung geringer.

Gibt es dafür ein Beispiel, vielleicht die Umverteilung der Aktien von KI-Unternehmen, die Bernie Sanders gefordert hat?

Seit ich *Das Kapital des Staates* geschrieben habe, stehe ich im Austausch mit dem Team von Bernie Sanders – und auch



Es geht darum, die Beziehung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor neu zu gestalten.

mit dem von Elizabeth Warren. Mein Argument war stets, dass der Staat Anteile an vielen der Unternehmen hätte behalten sollen, die aus der IT-Revolution hervorgegangen sind. Schließlich haben öffentliche Investitionen eine zentrale Rolle bei deren Finanzierung und Förderung gespielt.

Diese Logik auf die heutigen KI-Unternehmen anzuwenden, ist schwieriger, da es sich um eine rückwirkende Maßnahme handeln würde. Es ist viel einfacher, solche Klauseln von Anfang an festzulegen, wenn Bedingungen für öffentliche Investitionen vereinbart werden. Viele Technologien, die heute KI möglich machen – von Spracherkennung bis hin zu komplexen LLMs – haben von öffentlicher Förderung profitiert. Im Idealfall hätten die entsprechenden Verträge von Beginn an Bestimmungen über Gegenleistungen und einen Rückfluss der Profite enthalten.

Ich halte den Vorschlag von Bernie Sanders nach wie vor für eine gute Idee, doch ist die Umsetzung nun schwieriger. Das unterscheidet sich vom CHIPS Act, bei dem Bedingungen direkt in die Verträge aufgenommen werden konnten. Die Regierung kann sagen: Wir werden den Ausbau der Halbleiterkapazitäten in den Vereinigten Staaten unterstützen, doch im Gegenzug muss ein Teil des geschaffenen Wertes in die Stärkung der US-Wirtschaft zurückfließen, und die Öffentlichkeit sollte eine Beteiligung an den Unternehmen behalten, die von dieser Unterstützung profitieren.

Das wäre also ein gutes Beispiel für Vorverteilung statt Umverteilung.

Ganz genau. Es geht darum, diese Mechanismen von Anfang an als Teil eines umfassenderen Portfolios öffentlicher Investitionsinstrumente zu integrieren, das nicht nur die Risiken, sondern auch die Profite auf die Allgemeinheit verteilt. Ver-

Kann das Capitol Tesla in eine Gemeinwohlwirtschaft integrieren?



sucht man, solche Regelungen erst später einzuführen, lassen sie sich viel schwerer durchsetzen, da oft die rechtlichen Grundlagen fehlen.

Also ein Staatsfonds von Anfang an, nicht erst später?

Ja, dafür plädierte ich in *Das Kapital des Staates*. Es gibt einen ganzen Abschnitt über Risiken und Chancen, in dem ich mich für staatliche Beteiligungen und öffentliche Investitionsfonds ausspreche.

Allgemeiner betrachtet ist einer der Mythen, die ich infrage stelle, die Vorstellung, dass Regierungen zunächst Steuern einnehmen müssen, bevor sie investieren können. In Kriegzeiten fragt niemand, ob genügend Steuereinnahmen vorhanden sind, bevor Ressourcen mobilisiert werden. Regierungen können diese Finanzierung schultern, weil das Ziel als unverzichtbar angesehen wird. Wenn es jedoch um Investitionen in Gesundheit, Klimaschutz oder Innovation geht, tun wir plötzlich so, als gäbe es kein Geld.

Wenn mit öffentlich-staatlichen Investitionen die Produktionskapazitäten erweitert werden und zweckorientierte Investitionen vorgesehen sind, generieren diese zukünftige Steuereinnahmen. Das ist die postkeynesianische Erkenntnis: Investitionen gehen den Steuereinnahmen voraus, nicht umgekehrt.

Die nächste Frage lautet, ob Regierungen sich ausschließlich auf diese zukünftigen Steuereinnahmen verlassen sollten oder ob sie für die von ihnen eingegangenen Risiken auch eine direkte Rendite erhalten sollten – etwa durch Mechanismen wie Kapitalbeteiligungen. Dies würde es Regierungen ermöglichen, öffentliche Investitionsfonds oder Staatsfonds aufzubauen, die zukünftige Innovationen finanzieren.

Ich verwende oft das Beispiel von Tesla und Solyndra. Beide erhielten staatliche Unterstützung in Höhe von rund 500 Millionen Dollar. Solyndra scheiterte, und die Öffentlichkeit trug den Verlust. Tesla war erfolgreich und zahlte sein Darlehen zurück. Nun stelle man sich aber vor, die US-Regierung hätte Anteile erworben, anstatt lediglich Fremdkapital bereitzustellen. Der Aktienkurs von Tesla ist von etwa neun auf neunzig Dollar gestiegen. Eine staatliche Beteiligung hätte die verlustreiche Investition bei Solyndra mehr als ausgeglichen und dazu beigetragen, die nächste Investitionsrunde zu finanzieren. So funktioniert ein öffentlicher Risikokapitalfonds.

All diese Beispiele verdeutlichen, dass es bei einer Gemeinwohlwirtschaft nicht darum geht, einen größeren Staat oder einen kleineren Markt zu haben. Es geht darum, die Beziehung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor neu zu gestalten, sodass öffentliche Investitionen, Innovation und Wachstum auf kollektive Ziele ausgerichtet sind. Der Kompass bietet einen praktischen Rahmen dafür. Er trägt dazu bei, dass öffentliches Handeln von Zweckorientierung, gemeinsamer Gestaltung, Lernen, Gewinnbeteiligung und Rechenschaftspflicht geleitet wird. Sind diese Elemente vorhanden, schaffen wir Wachstum mit dem Ziel, öffentlichen Mehrwert zu schaffen – und nicht als reinen Selbstzweck. Das ist letztlich, was ich unter einer Gemeinwohlwirtschaft verstehe. ●



BIP: 4,4 Billionen Dollar (2026)

Pro-Kopf-BIP: 35 700 Dollar (2026)

Arbeitslosenquote: 2,5 %

Industrieanteil: 18,82 % (2024)

Schuldenquote: 248,7 % (2025)

Japan und Deutschland – konservative Geschwister



Wer in Deutschland Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung Japans liest, findet sehr viel Vertrautes: Japan ist eine hochentwickelte Industrienation ohne eigene Rohstoffe, die ihren Wohlstand darauf gebaut hat, Vorprodukte zu importieren, sie mit exzellenter Ingenieurskunst zu Maschinen, Autos und Präzisionsgütern zu verarbeiten und diese in die Welt zu exportieren. Das Land hat einen Mittelstand mit Zulieferern, die über Generationen in Familienbesitz bleiben, es gibt ein starkes Bedürfnis nach Ordnung und Verlässlichkeit und ein Parteiensystem, das über Jahrzehnte von einer einzigen bürgerlichen Kraft dominiert wurde – in Japan von der Liberaldemokratischen Partei (LDP), die seit 1955 mit kurzen Unterbrechungen durchregiert.

Da die japanische Gesellschaft schneller altert als fast jede andere, dominiert kaum etwas so sehr die wirtschaftspolitische Debatte wie der Faktor Demografie. Fast 30 Prozent der Bevölkerung Japans sind über 65 Jahre alt. Die Geburtenrate pro Frau liegt mit 1,2 Kindern auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland (1,3).

Sowohl Japan als auch Deutschland erwirtschaften seit Jahrzehnten Leistungsbilanzüberschüsse und sind damit Nettogläubiger der Welt. Über 34 Jahre hinweg war Japan sogar der größte Gläubiger überhaupt, bis es diesen Titel 2025 an Deutschland abtreten

musste. Beide Volkswirtschaften haben einen Unternehmenssektor, der spart, und beide diskutieren seit Jahren dieselbe Frage: Wie hält man eine Industrie am Leben, wenn die Belegschaften schrumpfen, die Energie teuer ist und die geopolitische Lage ungemütlich wird? Doch an dieser Stelle enden die Ähnlichkeiten, denn tatsächlich kann man auch sehr gut argumentieren, dass Japan ein Land ist, das in der Wirtschaftspolitik seit 70 Jahren fast alles anders macht als Deutschland.

MITI gegen Ordoliberalismus

Die Unterschiede beginnen bereits bei der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Ideologie, die die beiden Länder dominiert. Die deutsche Nachkriegsökonomie wurde (und wird auch weiterhin) stark vom Ordoliberalismus dominiert: Der Staat soll die Regeln setzen, den Wettbewerb sichern und sich ansonsten aus wirtschaftlichen Aktivitäten heraushalten. Historisch verkennt dieses Ideal selbstverständlich die eigene Entwicklungsgeschichte, denn auch in Deutschland waren industriepolitische Eingriffe zentral für die Geschichte des Wirtschaftswunders. Doch die ordoliberalen Märchenerzählungen halten sich hier weiterhin hartnäckig. Industriepolitische Eingriffe gelten in Deutschland (mit Ausnahme des Rüstungssektors) weiterhin als schwierig. Eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik wird zudem als Grundlage einer »verantwortungsbewussten« Wirtschaftspolitik betrachtet.

In Japan findet sich hingegen wenig von solchen ordoliberalen Glaubenssätzen. Das Ministry of International Trade and Industry (MITI, seit 2001 METI) war über Jahrzehnte ein zentraler, steuernder Akteur der japanischen Entwicklung. Es identifizierte Zielsektoren – erst Stahl, Kohle und Schiffbau, dann Automobil, Maschinenbau, Elektronik, Halbleiter –, koordinierte Forschungskonsortien, schützte junge Industrien über Importbeschränkungen, organisierte Kapazitätsabbau in schrumpfenden Branchen und moderierte, wer sich mit wem zusammenschließt. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Kreditlenkung der Bank of Japan, die über die sogenannte *window guidance* den Geschäftsbanken faktisch vorgab, wie viel Kredit in welche Sektoren fließen sollte. Hinzu kamen die Keiretsu-Strukturen, eine Art japanische »Deutschland AG« aus eng verflochtenen Unternehmen und ihren Hausbanken, in denen Unternehmen langfristig und geduldig finanziert wurden, statt Quartalszahlen zu bedienen.

Das Wachstumsmodell der Nachkriegszeit

Dass (West-)Deutschland und Japan in der Lage waren, sich nach dem Zweiten Weltkrieg robust und rasant zu entwickeln, lag daran, dass beide Staaten im Kalten Krieg zu Schlüsselstaaten für die USA wurden. In den unmittelbaren Nachkriegsplanungen liefen die Überlegungen zum Umgang mit den beiden Kriegsverlierern



High-Speed-Zug aus Japan im Hafen von Kaohsiung.

noch auf Entmilitarisierung, Demontage und Reparationen hinaus. In Deutschland hätte der Morgenthau-Plan womöglich zurück zur Agrarwirtschaft geführt. Im japanischen Fall war die Zerschlagung der Zaibatsu beabsichtigt, jener familienkontrollierten Industrie- und Finanzkonglomerate, die das Fundament der japanischen Kriegswirtschaft waren.

Mit der Truman-Doktrin 1947, der Berlin-Blockade 1948, dem Sieg der Kommunistischen Partei in China 1949 und dem Beginn des Koreakriegs 1950 wurde diese Politik eingekassiert. Washington brauchte an beiden Enden Eurasiens industrielle und politische Anker: die Bundesrepublik als Bollwerk am Eisernen Vorhang, Japan als »Werkstatt Asiens«, die eine stabilisierende Rolle als verbündete, regionale Industriemacht übernehmen sollte. In Japan spricht man vom »Reverse Course«, der Umkehr der Besatzungspolitik.

Die politische Rehabilitierung beruhte also auf Pragmatismus. Sowohl Japan als auch Deutschland wurden von einem erheblichen Teil ihrer Kriegslasten befreit: die Bundesrepublik 1953 im Londoner Schuldenabkommen, das die Auslandsschulden etwa halbierte und die Tilgung an die Exporterlöse koppelte. Japan im Friedensvertrag von San Francisco 1951, in dem die meisten Alliierten auf Reparationen verzichteten. Vor allem aber bekamen beide einen Wechselkurs zugestanden, der ihre Industrie systematisch begünstigte: 4,20 D-Mark und 360 Yen je Dollar, in beiden Fällen real deutlich unterbewertet und im Bretton-Woods-System über zwei Jahrzehnte stabil gehalten. Solange die amerikanischen und europäischen Absatzmärkte offenblieben, war das eine dauerhafte Exportsubvention, die den Kern des exportgetriebenen Wachstums ausmachte.

Tatsächlich führten diese Bedingungen in beiden Ländern zu einem »Wirtschaftswunder«, wobei das japanische noch viel spektakulärer verlief als das deutsche. Zwischen 1955 und 1973 wuchs die japanische Wirtschaft real um durchschnittlich rund 9 Prozent pro Jahr. Premierminister Hayato Ikeda versprach 1960 in seinem »Einkommensverdoppelungsplan«, das Volkseinkommen binnen eines Jahrzehnts zu verdoppeln. Tatsächlich wurde es schneller erreicht als angekündigt. Neben den – durch

das Wechselkursregime subventionierten – Exporten wurde das Wachstum durch staatliche Investitionen in Verkehr, Energie und Bildung angetrieben. Hinzu kam der systematische Erwerb westlicher Technologien über Lizenzen, gefolgt von eigenständiger Prozessinnovation, die japanische Fertigungsmethoden am Ende weltweit zum Maßstab machte.

Die Lohnpolitik wiederum trug entscheidend dazu bei, dass das Wachstum nicht nur über Exporte generiert wurde, sondern auch der Binnenmarkt zulegte. Die jährlichen Shuntō-Runden, die »Frühjahrsoffensive« der Gewerkschaften, hoben die Löhne im Gleichschritt mit der Produktivität. Das lebenslange Beschäftigungsversprechen der Großkonzerne machte die Nachfrage zusätzlich stabil.

Mit dem Nixon-Schock 1971, der das Bretton-Woods-System beendete, und dem Ölpreisschock 1973 endete diese Phase der sehr

Panasonic-Farbfernseher-Produktion im Werk Ibaraki in Osaka, 1960.



hohen Wachstumsraten. Der feste und unterbewertete Wechselkurs, der den Kern des Modells ausgemacht hatte, fiel weg. Der Yen wertete auf, wobei die Aufwertung zunächst nicht ausreichte, um den japanischen Außenhandelsüberschuss zu beseitigen. Nach einer

kurzen Phase des Anpassungsdrucks stiegen die Überschüsse wieder, was auch in Deutschland und Europa Panik und Hysterie auslöste.

Die deutsche Autoindustrie warnte Anfang der 1980er Jahre vor »Hunderttausenden von Arbeitslosen« und verlangte »Flankenschutz von Vater Staat«. Japanische Autos, Stahl, Elektronik und Maschinen eroberten Marktanteile, während die japanischen Handelsüberschüsse weiter wuchsen. Die Sorge war, dass die etablierten Industrieländer ihre industrielle Basis an einen immer erfolgreicherer asiatischen Konkurrenten verlieren könnten. Es folgten zahlreiche Appelle an die Belegschaft in Deutschland, »mehr zu arbeiten, um gegen die Japaner bestehen zu können.«

1985 mündete der Konflikt über die Ungleichgewichte im Außenhandel in das Plaza-Abkommen. Die Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten westlichen Industrieländer verständigten sich darauf, den Dollar gegenüber Yen und D-Mark gezielt abzuwerten. Für Japan bedeutete das eine drastische Aufwertung: Der Yen stieg gegenüber dem Dollar innerhalb von zwei Jahren nahezu auf das Doppelte. Auch die D-Mark wertete deutlich auf. Die japanische Exportindustrie geriet in die *endaka fukyo*, die Hochkurs-Rezession. Das Wachstum der Exporte brach ein, während die Importe zunahmen und der Handelsüberschuss deutlich schrumpfte.

Die japanische Wirtschaftspolitik versuchte, die Folgen der Aufwertung durch eine expansive Geldpolitik abzufedern. Die Bank of Japan senkte die Zinsen. Gleichzeitig veränderte sich das japanische Finanzsystem grundlegend. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte eröffnete den großen Unternehmen neue Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des traditionellen Bankensystems. Für die Banken brach damit ein Teil ihres bisherigen Geschäfts weg. Sie suchten neue Geschäftsfelder und weiteten ihre Kreditvergabe auf Immobilien, Bauwirtschaft und Nichtbanken aus.

Die Folge war eine klassische Finanzblase. Die Grundstückspreise stiegen rasant, wodurch Immobilien immer wertvollere Sicherheiten für neue Kredite wurden. Steigende Sicherheiten ermöglichten höhere Kredite, die wiederum weitere Käufe und Preissteigerungen finanzierten. Auch die Aktienmärkte wurden von der Dynamik erfasst. Der Nikkei erreichte am 29. Dezember 1989 mit 38915 Punkten seinen historischen Höchststand. Um zu veranschaulichen, zu welchen absurden Bewertungen diese Entwicklungen führten: Der Kaiserpalast in Tokio, inklusive der Palastgärten, soll auf dem Höhepunkt der Blase so viel wert gewesen sein wie der gesamte US-Bundesstaat Kalifornien.

Es kam schließlich, wie es kommen musste – und die Blase platzte. Der Nikkei verlor in den folgenden Jahren rund vier Fünftel seines Wertes, die gewerblichen Grundstückspreise

brachen um bis zu 80 Prozent ein. Es sollte über 30 Jahre dauern (bis ins Jahr 2024), bis der Aktienindex wieder den Höchststand von 1989 übersteigen würde.

Der Crash und die Bilanzrezession

Eine der unmittelbarsten Folgen des Platzens der Blase war, dass die Unternehmen auf Bilanzen sitzen blieben, in denen der Wert der Vermögensstände massiv gelitten hat, während die Schulden hoch blieben. Strukturell mussten die Unternehmen ihr Verhalten anpassen und ihre Bilanzen »bereinigen«. Das bedeutete, dass sie ihre Gewinne nicht mehr für neue Investitionen ausgaben, sondern vor allem dafür nutzten, um ihre Schulden abzubauen. Aus Unternehmen, die zuvor Kredite aufgenommen und investiert hatten, wurden dadurch Unternehmen, die netto sparten. Der Ökonom Richard Koo entwickelte für diese Konstellation den Begriff der Bilanzrezession, da das Sparverhalten der Unternehmen zu einer erheblichen und permanenten Nachfragerückgang führte.

Der Staat versuchte, diese Nachfragerückgang durch Konjunkturprogramme aufzufangen. In den 1990er Jahren wechselten sich expansive Maßnahmen allerdings immer wieder mit Versuchen zur Haushaltskonsolidierung ab, was die Erholung erschwerte. Mit der Zeit wurde das Nettosparen der Unternehmen zu einem dauerhaften Merkmal der japanischen Wirtschaft. Auch nachdem die ursprüngliche Verschuldung abgebaut war, blieben die Unternehmen strukturell Nettosparger und erzielten über weite Strecken Finanzierungsüberschüsse von mehreren Prozent des BIP – deutlich mehr als die privaten Haushalte. Der Staat blieb ent-



Shinzo Abe, ehemaliger Premierminister Japans.

sprechend dauerhaft im Defizit, während die außenwirtschaftlichen Überschüsse bestehen blieben, sich aber meist in einer Größenordnung von etwa zwei bis vier Prozent des BIP bewegten. Eine schwache Lohnentwicklung hielt zugleich die Binnennachfrage niedrig und verstärkte den Deflationsdruck. Die Zinsen sanken immer weiter, ohne dass dies eine Rückkehr zu hohen Wachstumsraten bewirkte. 2016 gingen sogar Autoren des IWF so weit, Japan eine rigide Lohnpolitik zu empfehlen, um Wachstum und Inflation wieder in Gang zu bringen. Doch das Muster aus sparenden Unternehmen, fiskalischen Defiziten, niedrigen Zinsen und schwacher Binnennachfrage erschien über die Jahrzehnte hinweg als enorm resilient. Weder die Asienkrise Ende der 1990er Jahre noch die globale Finanzkrise ab 2008 oder die Corona-Pandemie brachten es ins Wanken. Ebenso wenig vermochten die unternommenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen irgendwelche strukturellen Veränderungen zu bewirken.

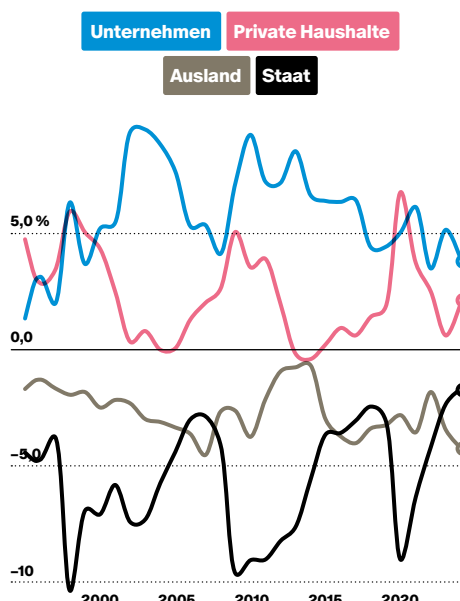
In den 2010er Jahren trat Shinzō Abe mit einem Programm an, das die Deflation beenden

sollte. Doch auch mithilfe der »Abenomics« gelang keine Kehrtwende im Hinblick auf den Deflationskurs: Während die Bank of Japan unter Haruhiko Kuroda weiter Staatsanleihen aufkaufte und die Regierung bei einer expansiven Fiskalpolitik blieb, brach Abe immerhin mit der Tradition, dass die Politik sich aus den Lohnverhandlungen heraushält. Abe forderte die Unternehmensverbände öffentlich zu (moderat) höheren Lohnabschlüssen auf. Parallel dazu wurden allerdings die Arbeitsmärkte weiter flexibilisiert und der Beschäftigungszuwachs der Abe-Jahre entstand überwiegend in Leiharbeit, Befristung und Teilzeit. Die Nominallöhne blieben aufgrund der widersprüchlichen Arbeitsmarktpolitik schwach, das Inflationsziel von 2 Prozent über Jahre entsprechend unerreicht.

Der Staat verharrte damit fiskalisch im Expansionsmodus, ohne dass das Wachstum merklich anzog. Andererseits verhinderte diese Politik einen tiefen Einbruch der Wirtschaft, der aufgrund der permanenten Nachfragerückgang durch das Sparverhalten der Unternehmen unumgänglich gewesen wäre. Die öffentliche Schuldenquote stieg in der Folge in den frühen 2020er Jahren auf rund 250 Prozent des BIP.

Sanae Takaichi, seit 2025 als erste Frau im Amt der Premierministerin, setzt die Linie ihres bis 2020 regierenden Vorgängers Abe mit eigenen Akzenten fort. Sie legte ein Konjunkturpaket am oberen Rand der Erwartungen und einen Rekordhaushalt vor und übernimmt von Abe die Ausgabenexpansion und die Lohnappelle. An die Stelle der Deregulierung setzt sie allerdings Industriepolitik in staatlich definierten Schlüsselsektoren. Für

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungssalden von Staat, Unternehmen, privaten Haushalten und Ausland, in Prozent des nominalen BIP, 1995–2024



Wöchentliche Schlussstände des japanischen Leitindex Nikkei seit Januar 1976



diesen Kurs etablierte sich rasch der Begriff der »Takaichinomics«.

Rückblickend schien Japan lange Zeit den gängigen Argumenten marktliberaler Ökonomen zu widersprechen: Ein Land konnte über Jahrzehnte hohe Staatsschulden anhäufen, die Zinsen nahe null halten und mit schwachem Wachstum und Deflation leben, ohne in die erwartete Schulden- oder Währungskrise zu geraten. Heute stellt sich die Frage, ob das Modell an seine Grenzen stößt.

Der Yen als neue Sollbruchstelle

Ähnlich wie andere exportorientierte Ökonomien sind es insbesondere die schwierigen außenwirtschaftlichen Verhältnisse, die Japan zu schaffen machen, wobei in dem Fall noch einige gesonderte Faktoren hinzukommen. Zwei Drittel der japanischen Stromerzeugung stam-

weil sie diese Kosten nicht weitergeben konnten. Damit lagen die sogenannten inflationsinduzierten Insolvenzen auf dem höchsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2018.

Doch warum wertet die japanische Währung ab? Ein wesentlicher Grund hat tatsächlich mit der Spekulation auf den globalen Finanzmärkten zu tun: den sogenannten Carry Trades. Dabei verschulden sich Spekulanten in Niedrigzinsländern wie Japan, um ihr Geld in Märkten mit höheren Zinsen zu parken. Der hohe Zinsabstand Japans zu den USA sorgt maßgeblich für die gegenwärtige Schwäche des Yen. Bei einem japanischen Leitzins von 1 Prozent und Renditen von nahezu 5 Prozent auf zehnjährige amerikanische Staatsanleihen lohnt es sich nämlich besonders, Kredite in Yen aufzunehmen, die Summe in Dollar zu tauschen und dort anzulegen. Wer diesen

muss bei ihren Zinsentscheidungen somit den Blick über die Inflationszahlen hinaus richten und auch die Finanzmarktstabilität im Auge behalten.

Mittlerweile mehren sich die Anzeichen dafür, dass im Herbst weitere Zinserhöhungen kommen. Denn zusätzlich zur Inflations- und Wechselkursdynamik hat sich auch das Wachstum der Nominallöhne beschleunigt. Das liefert der Zentralbank einen weiteren Grund für eine Anhebung der Zinsen. Anders als nach der Pandemie, als die Inflation auf über vier Prozent stieg und Haruhiko Kuroda die Zinsen bei null beließ, weil die Löhne stagnierten und der Preisschub als Importeffekt auslief, liefern die Shuntō-Runden inzwischen das dritte Jahr in Folge Abschlüsse über 5 Prozent, was den Druck auf die Zentralbank erhöht.

Die geldpolitische Zwickmühle

Die japanische Zentralbank ist damit in einer Zwickmühle. Geht die Bank of Japan zu behutsam vor, bleibt der Zinsabstand groß und mit ihm der Abwertungsdruck, der die Energierechnung weiter verteuert. Geht sie zu schnell vor, riskiert sie die abrupte Auflösung der Carry Trades mit den negativen Folgen für die Finanzmärkte.

Aufgrund der zentralen Rolle des Yen als Finanzierungswährung konnten auch die USA dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Als der Yen Ende Juli auf fast 164 je Dollar gefallen war, intervenierte zunächst Japan am De-

Finanzmärkte und Menschen in Tokio.



men aus importierten fossilen Energieträgern. Vor allem Importe aus dem Persischen Golf, die durch die Schließung der Straße von Hormus weitgehend zum Erliegen kamen, treffen die japanische Wirtschaft empfindlich. Der Wert der japanischen Ölimporte lag im Juli um fast 90 Prozent über dem Vorjahr, und die Handelsbilanz rutschte trotz kräftig wachsender Exporte erneut ins Defizit.

Der Energiepreisschock wird durch die Wechselkursdynamik verstärkt. Energie und Rohstoffe werden in Dollar abgerechnet – ein fallender Yen würde die Preise somit verteuern, selbst wenn der Weltmarktpreis unverändert bliebe. Wenn jedoch die Währung abwertet und die Weltmarktpreise zugleich steigen, schaukeln sich die Effekte gegenseitig hoch. Die Einkaufspreise der japanischen Unternehmen lagen im Juli um 7,2 Prozent über dem Vorjahr, angeführt von Öl- und Kohleprodukten, Chemie und Buntmetallen. Im ersten Halbjahr 2026 gingen 556 Firmen insolvent,

Carry Trade betreibt, verkauft somit Yen, um US-Dollar zu kaufen, und drückt den Kurs weiter – was das Geschäft für die nächsten Spekulanten noch attraktiver macht, weil sie neben den Zinsdifferenzen auch noch von einer Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Yen profitieren. Es setzt eine sich selbst verstärkende Spirale in Gang. Der japanische Yen ist aufgrund der anhaltend niedrigen Zinsen traditionell zu einer der wichtigsten Finanzierungswährungen der internationalen Spekulationsströme geworden.

Doch die spekulativen Carry Trades können auch für erhebliche Verwerfungen sorgen. Wertet der Yen doch auf, weil beispielsweise die Inflation anzieht und die Zinsen steigen, müssen gehebelte Positionen geschlossen werden, wofür Auslandsanlagen verkauft und Yen zurückgekauft werden. Im August 2024 beispielsweise fiel der Dollar-Yen-Kurs binnen drei Wochen von 161 auf 142 und riss die Aktienmärkte weltweit mit. Die Bank of Japan



visenmarkt. Die Zentralbank verkaufte Teile ihrer Devisenbestände und kaufte mit diesen Fremdwährungen die eigene Währung auf, um die Nachfrage nach Yen zu erhöhen und damit dem Abwertungsdruck etwas entgegenzusetzen. Kurz darauf beteiligte sich Washing-

ton erstmals seit fast 30 Jahren wieder direkt an einer gemeinsamen Stützung der japanischen Währung. Durch diese staatlich koordinierten Yen-Käufe wurde der Kurs vorübergehend deutlich stabilisiert.

Die USA hatten in dem Zusammenhang auch ein handfestes, eigenes Interesse daran, dass die japanische Zentralbank nicht allein im Kampf gegen die Finanzmärkte gelassen wird. Japan hält nämlich mehr als eine Billion Dollar an US-Staatsanleihen und könnte diese verkaufen, um Dollar für weitere Interventionen zu beschaffen. Größere Verkäufe würden jedoch wiederum die amerikanischen Anleiherenditen nach oben treiben. Über eine Fazilität der Federal Reserve kann Japan deshalb Dollar erhalten und seine US-Staatsanleihen als Sicherheit hinterlegen, statt sie verkaufen zu müssen.

Diese koordinierten Eingriffe verleihen der japanischen Politik somit wertvolle Zeit und einen stabileren Rahmen, um in der wirtschaftlichen Lage handlungsfähig zu bleiben. Denn trotz der außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten bleiben die grundlegenden Verhaltensmuster der übrigen wirtschaftlichen Sektoren auch (oder gerade) in den Krisenzeiten dieselben: Die Unternehmen bleiben Nettosparer, und auch die privaten Haushalte legen Geld beiseite. Gleichzeitig spricht wenig dafür, dass der Leistungsbilanzüberschuss künftig so stark anwachsen sollte, dass er die inländischen Ersparnisse vollständig abdeckt. Damit fällt dem Staat weiterhin die Rolle zu, die fehlende Nachfrage durch eigene Defizite auszugleichen. Angesichts des japanischen Pragmatismus in wirtschaftspolitischen Fragen ist daher die nächste Anpassungsrunde zu erwarten, um auch mit den widrigen Umständen zurechtzukommen. Das bedeutet konkret: höhere, im internationalen Vergleich aber weiterhin niedrige Zinsen, weitere Interventionen am Devisenmarkt, gegebenenfalls etwas mehr industriepolitische Eingriffe und bei Bedarf erneute Käufe der Bank of Japan am Anleihemarkt. Spätestens an diesem Pragmatismus zeigt sich, wie weit Japan und Deutschland – trotz mancher struktureller Ähnlichkeiten – letztendlich doch auseinanderliegen. ●

PATRICK KACZMARCZYK ist Ökonom an der Universität Mannheim und Redakteur bei Surplus. Zuletzt war er Leiter für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen beim Wirtschaftsforum der SPD und UNO-Berater.



Es gibt sie, die guten Nachrichten...

News Weltweit gibt es immer wieder Beispiele für wirtschaftliche Erfolge. Ob beim Klima, der Besteuerung von Superreichen oder in der Kultur – wir zeigen eine Auswahl. Von *Xenia Miller*

Erneuerbare auch in Deutschland weiter im Aufwind

Strom aus erneuerbaren Energien ist in Deutschland zum Selbstläufer geworden, ihr Anteil steigt Jahr für Jahr. Im ersten Halbjahr 2026 stammten 59,1 Prozent hierzulande aus Wind-, Solar- oder etwa Wasserkraft, wie das Statistische Bundesamt errechnete. Gleichzeitig wächst der Ausbau von Batteriespeichern entgegen aller Erwartungen rasant. Bei einem Ausbau des Stromnetzes erübrigen sich die Netzprobleme, die durch Stromflauten bei Erneuerbaren entstehen – und der Strom wird sicherer und günstiger. Hoffentlich ist das nicht der letzte Peak vor dem gefürchteten »Reiche-Knick«.

Albaniens Bürger wehren sich gegen den Ausverkauf an Trump

Bereits seit dem 30. Mai demonstrieren Bürgerinnen und Bürger gegen die Regierung

in Tirana und deren Deals mit dem Trump-Imperium. US-Investoren unter der Federführung von Jared Kushner, Donald Trumps Schwiegersohn, wollen in Teilen eines albanischen Naturschutzgebietes Luxusresorts bauen. Die Demonstranten fordern unter dem Motto »Albanien ist nicht zu verkaufen!« den Rücktritt des Ministerpräsidenten Edi Rama, der das Projekt unterstützt.

Endlich weg von Paypal und Co.?

Beim digitalen Euro geht es voran: Das Europäische Parlament hat sein Go gegeben, Kandidaten für das Pilotprojekt sind ausgewählt. Bis 2029 soll die neue Bezahlfunktion eingeführt werden. Dann sollen Bürgerinnen und Bürger in der EU nicht mehr abhängig sein von Visa, Mastercard, Paypal und Co. Das ist umso relevanter, seitdem Donald Trump Druck auf ihm unliebsame Organisationen über US-amerikanische Zahlungsdienstleister ausübt. Relevant wird die Frage bleiben, ob der digitale Euro, der über große Privatbanken in der EU

läuft, nicht auch deren Macht zementiert.

Frankreich geht gegen Wegwerfmode vor

Frankreich sagt Ultra-Fast-Fashion den Kampf an. Ein neues Gesetz soll vor allem Anbieter wie Shein und Temu treffen, die den Markt mit extrem billiger Kleidung überschwemmen. Unternehmen, die zu viele Produkte zu Preisen anbieten, bei denen sich eine Reparatur kaum lohnt, müssen künftig einen Produktionsmalus zahlen. Zudem kann Werbung für Ultra-Fast-Fashion verboten werden. Das Gesetz hat allerdings eine entscheidende Lücke: Klassische Fast-Fashion-Konzerne wie Zara oder H&M fallen nach erfolgreicher Lobbyarbeit nicht unter die Regelung. Trotzdem könnte Frankreich damit zum Vorbild für eine stärkere Regulierung der Wegwerfmode in Europa werden, die enorme Umweltschäden verursacht.

Das Glück der Allmende

Portrait

Elinor Ostrom widerlegte die berühmte Tragödie der Allmende und erhielt als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis. Ihr Denken ist für die Frage nach den Gemeingütern zentral. Von **Leonhard Kersten**

A large, close-up portrait of Elinor Ostrom, a woman with short dark hair, smiling warmly. She is wearing a plaid shirt. The background is a vibrant mix of green and blue with semi-transparent circles and arcs.

Elinor Ostrom

A smaller, semi-transparent portrait of an older woman with glasses and grey hair, looking slightly to the side. She is wearing a dark jacket over a patterned top. This portrait is positioned in the lower right corner, overlapping with the large portrait of Elinor Ostrom.



Als Elinor Ostrom im Herbst 2009 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt, war die Welt der Ökonomie irritiert. Nicht nur, weil Ostrom als erste Frau Trägerin des renommiertesten Preises der Wirtschaftswissenschaften wurde. Sie war vor allem eine Forscherin, deren Denken und Methodik nicht dem entsprachen, was an den Wirtschaftsfakultäten als seriöse Wissenschaft galt. Ostrom hatte keine allgemeinen Gleichgewichtsmodelle entworfen, nicht mit mathematischen Formeln menschliches Verhalten vorhergesagt. Der Nobelpreis, den sie für ihre »Analyse der wirtschaftlichen Steuerung vor allem von Gemeingütern« erhielt, wie es das Nobelpreiskomitee formulierte, war die späte, aber umso bemerkenswertere Anerkennung einer Forscherin, die mit ihren Arbeiten den Menschen verstehen wollte. Und darin nicht den rationalen Nutzenmaximierer, den *homo oeconomicus*, entdeckte, sondern ein kommunizierendes und kooperierendes Wesen. Hierzu hatte sie jahrzehntelang Feldforschung betrieben und akribisch dokumentiert, wie Menschen jenseits von Markt und Staat nachhaltige Bewirtschaftung gemeinsamer Ressourcen gestalteten.

Der unwahrscheinliche Werdegang einer Außenseiterin

Elinor Claire Awan wurde 1933 in Los Angeles geboren, in einer Familie, die von der Großen Depression unmittelbar betroffen war. Eine akademische Laufbahn war für sie nicht vorgesehen. Ein schweres Stottern begleitete die junge Elinor jahrelang und drängte sie in eine Außenseiterrolle. Sie studierte Politikwissenschaft an der University of California und nicht Ökonomie. Die ökonomischen Fakultäten der 1950er Jahre waren stark männlich dominiert, folgten mathematischen Methoden und hatten wenig übrig für praxisnahe Feldforschung. Ostrom wählte bewusst einen Umweg. Ostrom begann 1965 ihre Arbeit an der Indiana University und lernte kurz vorher ihren Mann Vincent kennen. Vincent Ostrom, Politikwissenschaftler aus Washington, wurde auch ihr engster wissenschaftlicher Weggefährte. Die Partnerschaft erwies sich als entscheidend für die Entwicklung des Institutional Analysis and Development (IAD), das herkömmliche Ansichten zur Verwaltung von Gemeinschaftsgütern infrage stellte. Es war diese bahnbrechende Arbeit, die Elinor Ostrom 2009 den Nobelpreis einbrachte.

Die vermeintliche Tragödie der Allmende

Kaum eine Theorie hat das wirtschaftswissenschaftliche Denken der letzten 50 Jahre so nachhaltig geprägt wie die sogenannte Tragödie der Allmende. Der Biologe Garrett Hardin beschrieb 1968 in der renommierten

Zeitschrift *Science* ein relativ simples Problem: Man stelle sich eine Weidefläche vor, die von mehreren Hirten gemeinschaftlich genutzt wird. Für jeden einzelnen Hirten ist es rational, möglichst viele Tiere auf die Weide zu treiben.

Der Gewinn aus dem zusätzlichen Tier fließt dem Hirten allein zu, die Kosten der Überweidung hingegen werden auf alle Nutzer verteilt. Die unausweichliche Konsequenz sei, glaubt Hardin, dass jeder Hirte seinem Eigeninteresse folgt. So wird die Lebensgrundlage aller zerstört. Aus diesem theoretischen Ansatz leitete Hardin zwei Lösungen ab. Entweder folgt die Privatisierung, sodass jeder Eigentümer die Kosten seiner Nutzung selbst trägt, oder die staatliche Bewirtschaftung, die durch Verbote und Gebote die Übernutzung verhindert. Generationen von Studierenden

Menschen sind keine isolierten Nutzenmaximierer, sondern soziale Wesen, die auf Beobachtung und Kommunikation reagieren.

lernen bis heute anhand dieses Beispiels, dass kollektives Handeln notwendigerweise zu kollektiver Selbstschädigung führt.

Ostroms Lebenswerk lässt sich als beharrliche Widerlegung dieses Narrativs verstehen. Ihr Einwand begann nicht im Denken, sondern in der Praxis. Sie fragte nicht, ob Gemeineigentum funktionieren könne, sondern wo es bereits funktionierte. Über Jahrzehnte trug sie eine immense Sammlung von Fallstudien zusammen, die ein anderes Bild zeigten. Auf den Bergweiden der Schweiz existierten seit Jahrhunderten genossenschaftliche Nutzungsregeln, die die Überweidung verlässlich verhinderten. In den Bewässerungsanlagen der spanischen Levante haben Bauern seit maurischer Zeit komplexe Verteilungsmechanismen entwickelt und wenden sie bis heute an. Überall fanden sich Beispiele dauerhafter und fairer Bewirtschaftung von Gemeingütern. Diese Fälle waren keine anekdotischen Relikte und keine gesellschaftlichen Ausnah-

men, fand Ostrom heraus. Sie folgten wiederkehrenden Mustern, die sich systematisieren ließen.

Während die klassische Ökonomie ihre Modelle aus wenigen Grundannahmen deduzierte, etwa Nutzenmaximierung und vollständige Information, verfolgte Ostrom einen anderen Ansatz. Sie begann mit der Beschreibung konkreter Fragen und Problematiken. Wer nutzt welche Ressource? Welche Regeln gelten? Wie werden Verstöße sanktioniert? Wie verändern sich die Regeln mit der Zeit? Um diese Fragen zu beantworten, reisten Ostrom und ihre Mitarbeitenden in Bewässerungsgebiete Nepals, in die Hochtäler der Schweiz, an die Küsten Schottlands und in die Wälder Boliviens. Dort führten sie Interviews, werteten Archive aus und dokumentierten Konfliktfälle. Dabei begegneten sie keineswegs idealisierten und per-

nen und Ökonomen mit Skepsis betrachteten. In Laborexperimenten ließ Ostrom Versuchspersonen sogenannte Allmendespiele spielen. Jeder Teilnehmer entscheidet wiederholt, wie viele Ressourceneinheiten er einer gemeinsamen Kasse entnehmen möchte, ähnlich Hardins theoretischem Modell der Weide und der Hirten. Die individuell optimale Strategie des *homo oeconomicus* wäre maximale Entnahme. Kollektiv optimal wäre hingegen eine gemäßigte Entnahme, die den Fortbestand der Ressource sichert. Die experimentelle Standardliteratur prognostizierte den raschen Kollaps. Tatsächlich zeigten viele Versuchsreihen genau diesen Verlauf.

Ostrom variierte jedoch die Versuchsbedingungen. Sie forcierte, dass die Teilnehmer miteinander kommunizierten und stattete sie mit Sanktionsmöglichkeiten aus. Die Ergebnisse

Elinor Ostrom mit dem indischen Ökonomen und Philosophen Amartya Sen.



fekt kooperierenden Gemeinschaften. In den Arbeiten finden sich von gescheiterten Ansätze über mäßig funktionierende Beispiele bis hin zu solchen, die von Machtbeziehungen und sozialem Ausschluss geprägt waren. Aber diese Diskrepanz war aufschlussreich. Indem Ostrom funktionierende mit gescheiterten Fällen vergleichen konnte, identifizierte sie Bedingungen, unter denen kollektive Selbstorganisation gelingt. Dieser Forschungsstil war zeitaufwendig und wenig prestigeträchtig. Er brachte keine eleganten theoretischen Gleichungen hervor, jedoch hatte Ostrom so Hunderte praxisnahe Fallberichte seit den 1960er Jahren zusammengetragen.

Kooperation unter Laborbedingungen

Ostroms Empirie beschränkte sich jedoch nicht auf Feldforschung. Seit den späten 1980er Jahren wandte sie sich der experimentellen Wirtschaftsforschung zu, einer damals noch jungen Disziplin, die viele Ökonomin-

waren eindeutig, Kommunikation zwischen den Spielern steigerte deren Kooperationsbereitschaft dramatisch. Die Möglichkeit, Regelverstöße zu bestrafen, verstärkte diesen Effekt weiter. Das war selbst dann der Fall, wenn die Bestrafung für den Sanktionierenden mit persönlichen Kosten verbunden war. Besonders bemerkenswert war, dass die bloße Ankündigung von Sanktionsmöglichkeiten häufig ausreichte, um regelkonformes Verhalten zu bewirken. Tatsächliche Sanktionen wurden selten benötigt.

Diese Experimente lieferten den theoretischen Beweis für das, was Ostrom im Feld beobachtet hatte. Menschen sind keine isolierten Nutzenmaximierer, sondern soziale Wesen, die auf Beobachtung und Kommunikation reagieren. Die Ergebnisse widersprachen so fundamental dem Konzept des *homo oeconomicus*, dass sie lange Zeit ignoriert wurden. Heute gehören sie zum gesicherten Bestand der Verhaltensökonomie.

Kein wissenschaftliches Werk ist frei von Kritik; Ostroms Commons-Forschung bildet da keine Ausnahme. Ein wiederkehrender Einwand: Wie übertragbar sind die Ergebnisse wirklich? Lassen sich die Prinzipien funktionierender lokaler Commons tatsächlich auf globale Probleme wie den Klimawandel anwenden? Können Milliarden von Menschen jemals jene direkte Kommunikation und wechselseitige Kontrolle entwickeln, die Ostrom in ihren Fallstudien als zentral identifizierte? Ostrom selbst war sich dieser Schwäche bewusst. In ihren späteren Arbeiten sprach sie daher zunehmend von polyzentrischen Systemen. Damit ist eine Form der Regulation gemeint, die lokale, regionale, nationale und die globale Ebene miteinander verschränkt. Nicht ein Weltklimavertrag, sondern viele tausend Verträge, Projekte und Initiativen auf unterschied-

**Unvollkommene,
lernfähige, dezentrale
Lösungen sind
den perfekten, aber
nicht realisierbaren
zentralen Konzepten
vorzuziehen.**

lichsten Ebenen könnten die Antwort sein. Diese Vorstellung ist theoretisch faszinierend, praktisch jedoch mit erheblichen Koordinationsproblemen belastet. Ostrom thematisierte diese Probleme nur in Ansätzen. Feministische und postkoloniale Theoretiker kritisieren außerdem, ihre Fallstudien würden die westliche, patriarchale Vorstellung rationaler Regelformbildung unzulässig universalisieren.

Polyzentrische Ordnung – Ostroms Antwort auf globale Herausforderungen

Der Klimawandel, das Artensterben, die Verschmutzung der Meere, all das sind nur einige Beispiele der globalen Allmenden des 21. Jahrhunderts. Jahrzehntelang dominierte in der Umweltpolitik die Überzeugung, dass solche grenzüberschreitenden Probleme nur durch ebenso grenzüberschreitende Institutionen lösbar seien. Man baute Weltorganisationen und umfassende Vertragsregime auf. Die Ergebnisse dieser Strategie sind ernüchternd. Die Weltkli-



makonferenzen produzieren lediglich Absichtserklärungen, die Umsetzung hinkt hinterher, verbindliche Sanktionen existieren kaum.

Ostroms Denken eröffnet eine Alternative. Sie plädierte nicht für die Abschaffung internationaler Verträge, aber für deren Ergänzung durch eine Vielzahl kleinerer, flexiblerer Initiativen. Städte, Regionen, Kooperativen und wissenschaftliche Netzwerke können Klimaschutz betreiben, auch wenn die große Staatengemeinschaft versagen sollte. Diese polyzentrische Struktur hat mehrere Vorteile. Sie erlaubt Experimente, sie ermöglicht Wettbewerb um die besten Lösungen und sie nutzt lokales Wissen, das zentralen Planungsinstanzen nicht zugänglich ist. Kritikerinnen und Kritiker wenden ein, polyzentrische Systeme würden zu Fragmentierung und Ungleichheit führen. Reiche Kommunen können sich ambitionierte Ziele leisten, arme Regionen bleiben zurück. Ostrom bestritt diese Probleme nicht. In einer unvollkommenen Welt, so ihre Überzeugung, sind unvollkommene, lernfähige, dezentrale Lösungen den perfekten, aber nicht realisierbaren zentralen Konzepten vorzuziehen.

Im Zentrum von Ostroms Werk steht eine stille, aber folgenreiche Verschiebung des Menschenbildes. Der *homo oeconomicus*, jener fiktive Mensch, der unermüdlich seinen Nutzen kalkuliert, seine Präferenzen ordnet und jede Handlung an ihren Folgen misst, ist in Ostroms Universum nicht etwa verschwunden. Aber er ist in soziale Zusammenhänge eingebettet, die seine Rationalität formen, begrenzen und zugleich ermöglichen. Menschen berechnen nicht alle Eventualitäten und sind daher nie perfekt rational. Sie handeln nach Gewohnheiten und Faustregeln und orientieren sich an dem, was andere tun. In Ostroms Modell ist Rationalität daher kein Konzept, das außerhalb der sozialen Welt existiert, sondern ein Prozess, der in Institutionen gründet und durch sie gestaltet wird. Kommunikation spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die klassische Ökonomie hatte in der Kommunikation allenfalls ein Austauschmedium für Informationen gesehen. Ostrom zeigte, dass sie ein Mechanismus der Koordination und der wechselseitigen Verpflichtung ist. Gespräche erzeugen

Verbindlichkeiten, die in anonymen Märkten nicht existieren. Aus dieser Einsicht folgen praktische Konsequenzen. Wenn Kommunikation Kooperation fördert, müssen Institutionen so gestaltet sein, dass sie Gelegenheiten für Austausch und Begegnung schaffen.

Es dauerte lange, bis Ostroms Arbeiten die Anerkennung fanden, die ihnen gebührt. In den 1970er und 1980er Jahren galt sie in vielen wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen als Außenseiterin, deren empirische Detailstudien zwar fleißig, aber theoretisch anspruchslos seien. Die Verleihung des Nobelpreises 2009 markierte daher nicht nur eine persönliche Auszeichnung, sondern einen Wandel innerhalb der ökonomischen Disziplin. Heute ist Ostrom aus der institutionellen, ökonomischen, politikwissenschaftlichen und soziologischen Debatte nicht mehr wegzudenken. Ihr Einfluss reicht weit über die akademischen Sphären hinaus. In der Debatte um Open-Source-Software und kollaborative Plattformen beziehen sich Menschen häufig auf sie, auch wenn sie selbst diese Entwicklungen nicht mehr erlebte. Ihre Designprinzipien werden in Hunderten von Fallstudien getestet, kritisiert und bestätigt. Ostrom hat gezeigt, dass man die Komplexität sozialer Phänomene nicht eibebnen muss, um zu verallgemeinerbaren Aussagen zu gelangen. Diese Haltung ist kein Verzicht auf Wissenschaft, sondern deren Verteidigung gegen einen theoretischen Reduktionismus, der nur als wissenschaftlich anerkennt, was in mathematische Formeln passt.

Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Heterodoxe Ökonomie ist über die letzten Dekaden an den Rand der akademischen Forschung gedrängt worden. In vielen Lehrbüchern und Forschungspapieren herrscht noch das alte Denken. Aber Ostrom hat einen Riss in der Mauer hinterlassen, der sich nicht mehr schließen lässt. Sie hat gezeigt, dass eine andere Ökonomie möglich ist. Die Entzauberung des Mythos *homo oeconomicus* ist zugleich die Annahme eines alternativen Menschenbildes. Nicht als rationaler Automat, nicht als altruistischer Heiliger, sondern als fehlbares, lernfähiges und kooperationswilliges Wesen, das unter geeigneten institutionellen Bedingungen zu Leistungen fähig ist, die sich nicht einfach in ein theoretisches Modell pressen lassen. Elinor Ostrom hat uns die Augen geöffnet für diese Möglichkeit. Es liegt an uns, sie zu verarbeiten, zu nutzen und weiterzuentwickeln. ●

LEONHARD KERSTEN ist Ökonom und forscht an der Sorbonne Université sowie der Université de Technologie de Compiègne. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Finanz- und Politikökonomie sowie beim globalen Gesundheitswesen.

Impressum

Schließe jetzt ein Abonnement ab!

Surplus ist das Wirtschaftsmagazin, das sich um die Interessen der großen Mehrheit und nicht die der Reichsten dreht. Dafür bringen wir weltweit führende ökonomische Denkerinnen und Denker zusammen.



- Alle zwei Monate das Print- und Online-Magazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

120€ pro Jahr (DE)

12€ pro Monat (DE)

www.surplusmagazin.de

ISBN: 978-3-69151-032-4

VERLAG

Brumaire Verlag GmbH
Görlitzer Str. 71, 10997 Berlin

© 2026

Surplus Magazin GmbH
Görlitzer Str. 71, 10997 Berlin

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Lukas Scholle

VERLAGSLEITUNG

Dr. Carmen Giovanazzi

V.I.S.D.P.

Lukas Scholle (Chefredakteur)
scholle@surplusmagazin.de

CREATIVE DIRECTOR

Markus Stumpf
stumpf@surplusmagazin.de

FREIE MITARBEIT (DESIGN)

Cristina Zickert

ÜBERSETZUNG

Tim Steins

KORREKTORAT

Julia Katz

KONTAKT ZUR REDAKTION

redaktion@surplusmagazin.de

KONTAKT ZUM ABO-SUPPORT

support@surplusmagazin.de

ANZEIGEN/WERBUNG

landwehr@surplusmagazin.de

MEDIADATEN

www.surplusmagazin.de/mediadaten

BILDRECHTE

Cover © Surplus, S.4–8 © Collage Surplus / Material: Ziko #noAfD van Dijk, Superbass, Silar, Bernd Schwabe in Hannover, PantheraLeo1359531, Elekes Andor, Ethan Doyle White, Gerd Eichmann, Jennifer Granholm, Kurtkaiser, ChiralJon, Bundesarchiv, Gage Skidmore, Artaxerxes, Edward Kimmel, Palácio do Planalto, Hanover press photographer, Marie-Lan Nguyen, Beto Oliveira / Câmara dos Deputados, Office of Congressman Jim Banks, Reuben Ingber, Michael Stokes, U.K. Prime Minister, Secret-Name101, The United States Senate - Office of Senator Kamala Harris, Blandine Le Cain, UK Government,

Press Information Bureau, Government of India, Elekes Andor, Marcelo Camargo/Agência Brasil, Palácio do Planalto, European Union 2024 - Alain Rolland, Surfsupusa, Prime Minister's Office, Government of India, KING RODRIGUEZ / PPD, ROLANDO MAILO / PPD, TOTO LOZANO/Presidential Photo, USDagov, David Leo Veksler, Alice Linahan Voices Empower, Adam Cuerden, Alan Santos/PR, Roger A Smith, European Union 2024 - Philippe BUISSIN Surplus, S.10 © IMAGO / Steinach, S.12–15 © IMAGO / Chris Emil Janßen, © IMAGO / BildFunkMV, © IMAGO / photothek, IMAGO / pictureteam, S.16–17 © IMAGO / Klaus Rose, © IMAGO / Härte!PRESS, © IMAGO / bonn-sequenz, © IMAGO / Heiko Feddersen, © IMAGO / Rust, © IMAGO / Rainer Unkel, © IMAGO / photo2000, S.19 © IMAGO / Italy Photo Press, © IMAGO / Belga, S.21 © Collage Surplus, S.25 © Collage Surplus, S.26–30 © Silas Bahr, S.36–40 © Doro Zinn, S.42 © Collage Surplus, S.44 © IMAGO / Emmanuele Contini, S.46–47 © IMAGO / Europa Press, © IMAGO / Depositphotos, © IMAGO / Nicolo Campo, S.48 Illustration © Zane Ziemeša, S.50 © Tania/contrasto/laif, S.53 © IMAGO / CTK Photo, IMAGO / imagebroker, S.54 © Collage Surplus. Material: IMAGO / dts Nachrichten-agentur, S.56–58 © IMAGO / Kyodo News, © IMAGO / United Archives Keystone, © IMAGO / Depositphotos, © IMAGO / SOPA Images, S.60 © Collage Surplus / Material: Indiana University, S.62 © Indiana University, S.63 © IMAGO / UPI Photo

DRUCK

Druckhaus Sportflieger GmbH, Berlin

VERSAND

Heftwerk / OML GmbH & Co. KG, Berlin

VERTRIEB

PressUp GmbH, Hamburg

VERLAG

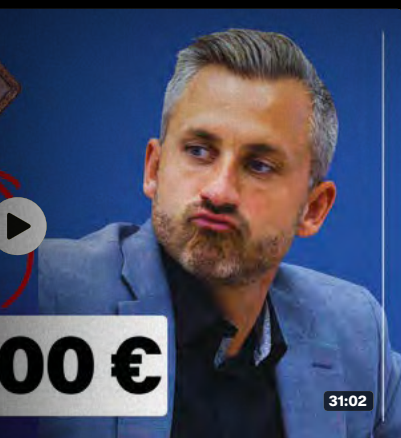
www.brumaireverlag.de



Surplus-Analysen gibt es auch im Video-Format – kompakt, wöchentlich, gehostet von *Ciara Cesaro-Tadic*.



CIARA CESARO-TADIC hostet und entwickelt Audio- und Videoformate bei Surplus. Ansonsten steht sie für die Tagesschau vor der Kamera und arbeitet als freie Investigativ- und Datenjournalistin, u. a. für STRG_F und die NDR Verifikation.



Jetzt auf YouTube, Spotify und Apple Podcasts abonnieren!



Spotify



Youtube



Apple



Andere Wirtschaftsmedien schreiben
für Deine Chefs. **Wir für Dich.**

- Alle zwei Monate als Print- und Onlinemagazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

**Surplus 4 Wochen für
nur 1 € testen**



[www.surplusmagazin.de/
probeabo/](http://www.surplusmagazin.de/probeabo/)